

**Einwohnerratssitzung 2012/2013  
Protokoll Nr. 5**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 13. Dezember 2012**  
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:10 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll Jennifer Schweizer  
Direktwahl 041 329 63 03

13. Dezember 2012 js

---

**Anwesend**

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

32 Mitglieder  
Camenisch Räto (ab 15:00 Uhr)  
Bieri Esther (bis 17:45 Uhr)  
Kloter Yanik (bis 18:00 Uhr)  
Wicki Verena (bis 16:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Graf Alexandra  
Schweizer Jennifer  
Lipp Janine

**Entschuldigt**

Aakti Brahim  
Koch Patrick  
Lammer Thomas

## Traktanden

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 183 |
| 2.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017   | Nr. 009/12 | Seite 188 |
|     | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>   |            |           |
|     | - <u>Postulat Graber:</u> Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb                               | Nr. 278/11 |           |
| 3.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Voranschlag 2013   | Nr. 008/12 | Seite 195 |
|     | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>   |            |           |
|     | - <u>Motion Erni:</u> Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung  | Nr. 268/11 |           |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Dorfkern   | Nr. 011/12 | Seite 209 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid             | Nr. 012/12 | Seite 217 |
| 5a. | <u>Dringliche Interpellation Fässler:</u> Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende?<br><i>Beantwortung</i>         | Nr. 014/12 | Seite 220 |
| 6.  | <u>Bericht Postulat Camenisch:</u> Unterbringen von Asylant/innen in Kriens   | Nr. 315/12 | Seite 223 |
| 6a. | <u>Dringliche Interpellation Frey:</u> Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal<br><i>Beantwortung</i>                       | Nr. 015/12 | Seite 224 |
| 7.  | <u>Interpellation Portmann:</u> Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle<br><i>Beantwortung</i>                                     | Nr. 314/12 | Seite 225 |
| 8.  | <u>Postulat Kaufmann:</u> Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd<br><i>Begründung</i>                                     | Nr. 003/12 | Seite 229 |
| 9.  | <u>Postulat Tanner:</u> Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens<br><i>Begründung</i> | Nr. 004/12 | Seite 229 |
| 10. | <u>Interpellation Urfer:</u> Erlen - kein denkmalgeschütztes Gebäude<br><i>Beantwortung</i>                                       | Nr. 322/12 | Seite 233 |

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 11. | <u>Interpellation Tanner</u> : Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien<br><i>Beantwortung</i> | Nr. 326/12 | Seite 233 |
| 12. | <u>Fragestunde</u><br><i>(max. 30 Min.)</i>   |            | Seite 233 |
| 13. | <u>Verabschiedung</u> Toni Bründler (SVP)   |            | Seite 233 |
- 

## Neueingangsliste

- Nr. 010/12    Beantwortung Interpellation Graber: Stopp dem Schottern von Naturwegen
- Nr. 015/12    Dringliche Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal  
*Eingang: 10.12.2012*

\*\*\*\*\*

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf. Insbesondere herzlich willkommen heisst der Sprecher Janine Lipp, neue Sachbearbeiterin der Gemeindekanzlei und zuständig für den Einwohnerrat.

Heute, wo die Hälfte der Weihnachtszeit vorüber ist, darf man das 13. Türchen des Adventskalenders öffnen und dahinter zeigt sich folgender Wunsch des Vorsitzenden: „Der Einwohnerrat fällt heute einen klaren Entscheid, der von der Bevölkerung als gut zu verstehendes Zeichen verstanden und so auch mitgetragen wird.“

Entschuldigt haben sich Brahim Aakti, er ist noch immer auf Weltreise sowie Patrick Koch und Thomas Lammer, welche in den Ferien weilen. Räto Camenisch stösst erst etwa um 15:30 Uhr zur Sitzung hinzu. Esther Bieri verlässt die Sitzung um 17:40 Uhr, Yanik Kloter um 18.30 Uhr und Verena Wicki um 15:15 Uhr.

Die Pause ist von 15:45 Uhr bis 16:05 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

## 1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind laut Martin Heini keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Im Weiteren wurden zwei dringliche Vorstösse eingereicht.

**Dringliche Interpellation Fässler: Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende? (Nr. 014/12)**

Peter Fässler begründet die Dringlichkeit aufgrund der laufenden Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der SVP „NEIN zur Asylbewerberunterkunft Grosshof“. Am 13. November 2012 wurden anlässlich einer offiziellen Veranstaltung Informationen und Fakten durch den Regierungsrat, vertreten durch Guido Graf, den Gemeinderat Kriens und weitere beteiligte Organisationen an die Öffentlichkeit abgegeben. Der Begleittext zum Unterschriftenbogen enthält jedoch nun viele, gegenteilige, allenfalls sogar unwahre Aussagen zur geplanten Asylbewerberunterkunft. Die Öffentlichkeit wird somit mit diametral unterschiedlichen Informationen bedient. Im Hinblick auf den Ablauf der Sammelfrist am 21. Dezember 2012 ist eine Klärung deshalb jetzt notwendig.

Nachdem der Dringlichkeit nicht widersprochen wird, schlägt Martin Heini vor, die Interpellation als Traktandum 5a zu behandeln. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.

### **Dringliche Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal (Nr. 015/12)**

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt durch Bruno Bienz, nachdem Maurus Frey noch nicht anwesend ist. Bekanntlich ist die Gemeindeabstimmung über den Landverkauf Matthof am 3. Februar 2013 geplant. Damit den Stimmberechtigten für ihren Entscheid entsprechende Vergleichszahlen vorliegen, müssen die Ergebnisse aus der Submission zum Teiggi-Areal heute offen gelegt werden.

Matthias Senn stellt fest, dass es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Deshalb kann er keine Details zu den Verhandlungen bekannt geben. Der Gemeinderat wird erst im Januar 2013 einen Entscheid fällen und im Juli 2013 soll das Geschäft dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Nachdem das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, wird er heute lediglich qualitative Aussagen abgeben bzw. einen Vergleich ziehen, welche Faktoren das Ergebnis der Submission beeinflusst haben.

Hans Gartmann opponiert der Dringlichkeit. Dieser Vorstoss ist reine Propaganda. Die Ergebnisse der Investoren-Submission beim Teiggi-Areal sind dann zu behandeln, wenn der Gemeinderat Auskunft erteilen darf.

Auch Martin Heiz widerspricht der Dringlichkeit. Die Behandlung des Vorstosses macht im jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, da die vom Interpellanten erhofften Auskünfte nicht erfolgen können.

Bruno Bienz überrascht es, dass der Gemeinderat heute keine Auskunft erteilen kann. Anlässlich einer früheren Anfrage hat der Gemeinderat damals erwähnt, dass die Ergebnisse der Submission an der nächsten Gemeinderatssitzung traktandiert und besprochen werden. War dies demnach nicht der Fall?

Matthias Senn erklärt, dass dies grundsätzlich korrekt ist und das Geschäft im Gemeinderat behandelt wurde. Dabei ging es aber lediglich darum, die Auswertungen vorzunehmen und zu entscheiden, mit wem weiter verhandelt werden soll. Der definitive Zuschlag erfolgt erst im Januar 2013.

Gemäss Kathrin Graber unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Dringlichkeit. Zwar teilt sie die Auffassung, dass heute die vom Interpellant erhofften Antworten nicht vorgetragen

werden. Trotzdem kann sie das Anliegen verstehen, für den Abstimmungskampf Antworten zu suchen. Dafür ist es an der nächsten Einwohnerratssitzung zu spät.

Auch Peter Fässler spricht sich für die Dringlichkeit aus. Es könnte damit Klarheit im Bereich Mattenhof geschaffen werden.

**Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal (Nr. 015/12)**

Mit 18:12 Stimmen wird die Interpellation dringlich erklärt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini schlägt vor, den Vorstoss als Traktandum 6a zu behandeln. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert. Der Vorsitzende kommt nun zu den weiteren Mitteilungen und gratuliert Cyrill Wiget zu dessen gestrigem 50. Geburtstag. Nach einem Applaus durch die Anwesenden übergibt der Sprecher das Wort an Paul Winiker für die Mitteilungen von Seiten des Gemeinderates.

Paul Winiker dankt allen, die an der Veranstaltung „Wir sind Kriens“ teilgenommen haben. Am letzten Montag haben sich die rund neun Arbeitsgruppen konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Er bittet die Anwesenden, sich bereits heute den 27. April 2013 für die entsprechende Ergebniskonferenz zu reservieren.

Am 8. Januar 2013 wird ab ca. 18.30 h ein öffentlicher Umstrunk auf dem Dorfplatz stattfinden. Aufgrund der kalten Jahreszeit werden wärmende Getränke ausgeschenkt, bei denen sich die Mitglieder des Gemeinderates und des Einwohnerrats mit der Bevölkerung über die

anstehenden Gemeindeabstimmungen (Voranschlag 2013 und Landverkauf Mattenhof) austauschen können. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dies eine neue und eher unkonventionelle Art für einen Dialog mit der Bevölkerung darstellt und ist umso mehr gespannt auf das Ergebnis.

Lothar Sidler nimmt Bezug auf die verschiedenen Presseartikel (insbesondere im Blick) zur Lebenssituation des Ehepaars Huser. Er möchte auf dieses Thema nicht näher eingehen, weist aber darauf hin, dass auf der Internetseite der Gemeinde Kriens eine entsprechende Medienmitteilung bzw. Richtigstellung aufgeschaltet ist.

## **2. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017 Nr. 009/12**

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

**- Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb“** **Nr. 278/11**

Martin Heini begrüsst als Sachverständigen Beat Fallegger. Gleichzeitig hält er fest, dass gestützt auf § 26 Abs. 1 lit. b der Gemeindeordnung der Aufgaben- und Finanzplan vom Einwohnerrat genehmigt werden muss.

Roger Erni erklärt namens der FGK, dass Planung als menschliche Fähigkeit die gedankliche Vorwegnahme von Handlungsschritten ist, die zur Erreichung eines Zieles notwendig scheinen. Die im Finanz- und Aufgabenplan festgehaltenen schlechten Zahlen wie auch die darin fehlenden Visionen werden von der FGK moniert. Schade ist auch, dass Zukunftsprojekte wie auch Desinvestitionen gar nicht erwähnt werden. Auch fehlt der FGK die Finanzspalte bei der Projektliste 2013 bis 2017, mit welcher man sich eine Übersicht verschaffen könnte. Die FGK ist sich bewusst, dass dadurch, dass die Steuererhöhung schon zweimal gescheitert ist, das Finanzdepartement kein Risiko eingehen wollte und sich deshalb für die Variante „Defense first“ entschieden hat. Eine Varianten-Planung wäre aber für die FGK wünschenswert gewesen. Last but not least verdankt die Kommission die grosse Arbeit seitens der federführenden Gemeindeabteilung unter der Führung von Beat Fallegger. Auch die Präsentation und die Informationen anlässlich der FGK-Sitzung waren sehr kompetent und ausführlich. Die FGK war mit 7:0 für Eintreten und hat den Beschlusstext grösstmehrheitlich genehmigt.

Nach Christine Kaufmann-Wolf hat sich die BiK einstimmig für Eintreten ausgesprochen. Der vorliegende Bericht und Antrag zeigt auf, dass in den nächsten Jahren weiterhin grosse Bildungsprojekte anstehen. Trotz massiven Verzicht- und Sparmassnahmen in der Vergangenheit und einer absoluten Konzentration auf die Kernaufgaben, steigen die Mehraufwände in der Bildung an. Einerseits sind es die Investitionen für die dringend notwendigen Sanierungen und Werterhaltungen von Schulhäusern, welche leider in früheren Legislaturen sträflich vernachlässigt wurden. Andererseits betrifft dies die Umsetzung der kantonalen Vorgaben, wie die Einführung des 2-Jahreskindergartens, einer bedarfsgerechten Ausweitung der Betreuungsangebote oder die Umsetzung der integrativen Förderung. Um diese Kosten einigermaßen im Griff zu halten, wird die Einführung des 2-Jahreskindergartens bis 2017 etappiert und die Umsetzung der integrativen Förderung wird bis 2016 abgeschlossen sein.

Der Aufgaben- und Finanzplan führte innerhalb der BiK zu einer betroffenen Diskussion. Die BiK erkennt die anstehenden Probleme, welche die Gemeinde Kriens auch inskünftig noch beschäftigen werden. Gerne würde man für die Unterstützung des „täglichen Geschäfts“ mehr

Ressourcen zur Verfügung stellen. Doch leider ist dies heute im gewünschten Umfang noch nicht möglich. In der BiK beanstandet wurde, dass bei der Projektliste ab Seite 27 im Aufgaben- und Finanzplan keine Finanzkennzahlen für die Projekte aufgeführt sind. Ohne diese Angaben kann sich der Einwohnerrat kein Bild machen. Im Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass zum kantonalen Sparpaket, welches diese Woche im Kantonsrat beraten wurde, keine Stellungnahme vorhanden ist. Die BiK genehmigt den bildungsrelevanten Teil des Aufgaben- und Finanzplans mit 4:2 Stimmen.

Martin Heiz gibt bekannt, dass in der BK Eintreten unbestritten war. Man hat sich auf die baukommissionsrelevanten Punkte beschränkt und vor allem die Investitionsplanung genauer angesehen. Neu sind die Zukunftsprojekte nicht mehr enthalten. Diese sollen über Sonderkredite abgewickelt werden. Bei den Heimen will man mit Investorenprojekten arbeiten.

Während der BK-Sitzung wurden diverse Fragen gestellt. Beim Bereich Umwelt und Raumordnung erkundigte man sich, ob es eine Landwirtschafts- und Waldbewirtschaftungsstrategie gibt. Bezüglich der Alterswohnungen Hofmatt tauchte die Frage auf, warum die Sanierung in verschiedenen Etappen und nicht mittels Gesamtanierung erfolgte. Im Weiteren wollte man wissen, wie der Planungsstand des K4-Projektes aussieht. Auch die Radverkehrsanlagen auf dem alten Trasse der Zentralbahn, der Wasserbezug, die Reihenfolge bei der Werterhaltung der Gemeindestrassen und das Darlehen an das Klubhaus Tennisclub waren ein Thema in der Kommissionssitzung. Die BK sagt einstimmig Ja zu den baurelevanten Themen und Konten.

Bruno Bienz teilt mit, dass das Eintreten auch in der SGK unbestritten war. Es ist sicher kein erfreuliches Papier, dazu sind die Zahlen zu düster. Einig war man sich, dass im sozialen Bereich sehr viele Projekte geplant sind. Da stellt sich die Frage, ob diese Planung realistisch ist, denn finanziert ist sie noch nicht. Es ist lediglich eine Auflistung, was die Gemeinde gerne umsetzen möchte. Über die Dringlichkeit der einzelnen Projekte kann und sollte auch noch diskutiert werden. Nicht alle Mitglieder waren mit diesem Aufgaben- und Finanzplan einverstanden. Es wurden die fehlenden Visionen kritisiert und die nicht enthaltende demografische Entwicklung. Auch wurde bemängelt, dass es keine konkreten Lösungsansätze gibt.

Die Abteilungsleitenden wurden mit der Frage konfrontiert, ob es durch die Sparmassnahmen zu Qualitätseinbussen in ihren Abteilungen gekommen ist. In den Heimen ist es vor allem in jenen Bereichen zu Sparmassnahmen gekommen, in denen die Bewohnenden am wenigsten davon merken. Die Massnahmen müssen immer vertretbar sein. Der Druck beim Personal ist jedoch bereits sehr hoch. Bei den Investitionen wird nur im Notfall gehandelt. Die Sozialabteilung kann mit dem Budget leben, es sei aber schon sehr knapp. Das Hauptproblem liegt beim Personalwechsel. Im Sozialamt haben drei neue Mitarbeitende begonnen. Es dauert circa ein Jahr, bis diese eingearbeitet sind. Probleme bereiten auch die vielen Einsprachen, trotz der Tatsache, dass dem Sozialamt bei diesen sehr viel Recht gegeben wird. Hier wäre sicher zu prüfen, ob eine Rechtsdienst-Zusammenarbeit, beispielsweise mit Luzern, sinnvoll ist. Die Spitex kann gemäss Hanspeter Inauen mit dem Budget leben. Wichtig sei aber, dass das Wachstum der Branche beachtet wird. Wird noch mehr reduziert, hätte das zum Beispiel auch Auswirkungen auf die Auswärtsplatzierung. Dies würde höhere Kosten für die Gemeinde mit sich ziehen. Zudem bekundet die Spitex grosse Mühe, gutes, qualifiziertes Personal zu finden. Die KESB ist laut Sybille Tobler startklar. Personell ist die letzte Vakanz besetzt worden. Laut Lothar Sidler ist die KESB sicher teurer unterwegs als das Vormundschaftssekretariat, aber immer noch günstiger, als viele andere KESB-Varianten im Kanton. Die Kommission wünscht der KESB zusammen mit Schwarzenberg einen guten Start. Die SGK hat dem Aufgaben- und Finanzplan mit 4:1 Stimmen genehmigt.

Pascal Meyer stellt fest, dass auch die USK den Aufgaben- und Finanzplan besprochen hat. Was soll man da noch sagen? Rosig ist wohl anders... Nichts desto trotz wurde eine kritische

Diskussionen geführt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Aufgaben- und Finanzplan in einem Jahr wieder komplett anders aussehen wird, da diverse Projekte nicht aufgeführt wurden. Insofern handelt es sich nur um eine Momentaufnahme. Bis 2017 dauert es noch fünf Jahre. Bis 2017 hat Kriens keinen finanziellen Handlungsspielraum. Bis 2017 wird die Gemeinde Kriens keinen bedeutenden Fortschritt machen können, welcher doch in vielen Bereichen so dringend nötig wäre. Das kann kein gewollter Zustand sein. Wenn Kriens sein „Schlafstadt-Image“ in Zukunft verlieren will, muss der Einwohnerrat zum Ziel haben, dass die Aufgaben- und Finanzpläne der nahen Zukunft ein erfreulicherer Bild zeigen.

Daniel Piazza namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion hätte sich natürlich gewünscht, dass gerade in den aktuellen finanzpolitisch frostigen Zeiten die rollende politische Gesamtplanung vorgenommen wird. Klar hätte sich die Fraktion auch das Durchrechnen der Tragbarkeit von Zukunftsprojekten sowie des Investitionsspielraums gewünscht. Dabei zählt sie auf das Wort des Gemeinderates, dass er diese zu gegebener Zeit nachliefert. Und selbstverständlich hätte sich die Fraktion die Auflistung von Schätzungen der finanziellen Auswirkungen der aufgelisteten Spar-, Effizienzsteigerungs- und Leistungsumsetzungs-Projekte gewünscht. Aber die CVP-/JCVP/GLP-Fraktion sieht, in welcher finanziellen Notlage sich der Krienser Finanzhaushalt inzwischen befindet. Es geht somit, wie der Gemeinderat richtig feststellt, um die Fokussierung auf das Wesentliche, nämlich

1. Die Rettung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit
2. Der umfassenden und strukturellen Sanierung des Krienser Finanzhaushalts
3. Einer vorausschauenden und weitsichtigen Gemeindeentwicklung

Deshalb dankt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat und allen in der Verwaltung Beteiligten für die grosse und nicht einfache Erstellung des Finanz- und Aufgabenplans. Danke, dass dem Einwohnerrat alle relevanten Zusammenhänge und Kennzahlen aufgezeigt werden, die unmissverständlich klar machen, dass es tatsächlich „fünf nach zwölf“ ist. Wobei der Sprecher betont, dass seine Fraktion bereits als einzige bürgerliche Kraft bei den letzten beiden Budgetvorlagen die Einschätzung des Gemeinderates geteilt und sich an vorderster Front für eine Sanierung der Gemeindefinanzen durch Sparen und Steuererhöhung eingesetzt hat. Daniel Piazza bittet deshalb jene Sprecher, die heute planen zu sagen die „bürgerlichen Krienser Parteien“ hätten die Steuererhöhung bekämpft, dies sein zu lassen, da es nicht stimmt.

Das düstere Bild des Finanzhaushalts der Gemeinde Kriens hat sich Jahr für Jahr akzentuiert. Mittlerweile sind Ausgangslage und Perspektiven so dunkel wie „Mordor“ (Schattental bei Herr der Ringe). Beim jetzigen Dilemma muss man mehr denn je aufpassen, dass in die Zukunft von Kriens investiert wird und Kriens mit den Leistungen eine attraktive Gemeinde bleibt, welche aber zugleich nicht Gefahr läuft, die Finanzen an die Wand zu fahren, weil sie sich tatsächlich nicht mehr viel leisten kann. Was es braucht ist eine konsequente Umsetzung der Vier-Säulenstrategie des Gemeinderates von 2010. Dazu gehört neben den Sparmassnahmen, den Investitions-Staffelungen und -Verschiebungen und den strukturellen Sparmassnahmen endlich auch die bisher fehlende Steuererhöhung. Dafür sind zwei Dinge wichtig: Einerseits die Konsens in allen Fraktionen. Nur so kann der Einwohnerrat ein genug starkes Zeichen der Ernsthaftigkeit der Krienser Finanzlage an die Stimmbürgerinnen und -bürger übermitteln. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist froh, dass zumindest aktuell endlich ein Einvernehmen gefunden wurde und hofft, dass diese Einigkeit und Entschlossenheit, die Gemeindefinanzen zu sanieren auch in den nächsten Jahren bestehen bleibt. Andererseits braucht es neben den vier bestehenden Säulen zur Sanierung der Gemeindefinanzen noch zwei Weitere. Zum einen benötigt die Gemeinde Kriens wieder Dynamik. Projekte wie der Mattenhof oder auch das Zentrum müssen realisiert werden können. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Kriens nicht länger stehen bleibt, sondern sich tatkräftig weiterentwickelt. Im Weiteren müssen – wie durch den Vorstoss der CVP/JCVP von Kathrin Graber gefordert – nach dem Entscheid für ein eigenständiges Kriens weitere Kooperationsfelder mit den umliegenden Gemeinden ausgelotet, ernsthaft durchgerechnet und realisiert werden. Nicht nur mit einzelnen Gemeinden, sondern mit mehreren Gemeinden müssen Effizienzstei-

gerungen und Sparmöglichkeiten verwirklicht werden. Grössere Skalen helfen oft, schlankere Prozesse bei sichergestellter Leistungserstellung hinzukriegen.

Die Gemeinde Kriens muss sich wieder einen generationengerechten Finanzhaushalt erarbeiten. Die Einnahmen der heutigen Generation müssen deren Ausgaben decken und es muss vorausschauend investiert werden. Dafür muss aber die Gemeinde zuerst finanziell gerettet werden. Sie steht mit dem Rücken an der Wand. Nun gilt es zu kämpfen. In den nächsten Jahren stehen in der Politik und insbesondere den Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verschiedene schwierige aber wegweisende Entscheide bevor. Es ist dabei wichtig, dass man nicht „Däumchen dreht“ und auf das Prinzip Hoffnung setzt, sondern Nägel mit Köpfen macht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt dies, solange es ausgewogen und fair passiert und nicht auf dem Rücken jener ausgetragen wird, die sich nicht wehren können. Denn es ist besser, nur ein kleines Lichtlein anzuzünden und dann noch eins und noch eins, als die Dunkelheit zu verfluchen. Diese Denkweise muss den Blick nach vorne prägen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2013-2017.

Für Peter Portmann namens der SVP-Fraktion braucht es in der heutigen Zeit, und insbesondere jetzt, wo es nicht gut um die Gemeindefinanzen steht, eine Politik der Weitsicht. Denn die zukunftsorientierte Ausrichtung des Gemeinwesens ist wichtiger denn je. Das gilt hauptsächlich für die finanzielle Planung. Darum erachtet die SVP-Fraktion es als richtig, dass Zukunftsprojekte wie das Kleeblatt nicht im Aufgaben- und Finanzplanung enthalten sind. Grossprojekte sollen überdacht und Schritt für Schritt realisiert werden.

Die SVP-Fraktion wird per 2013 einer Steuererhöhung um 1/10 Einheiten grossmehrheitlich zustimmen. Diese Steuererhöhung wird nicht reichen, um die Gemeindefinanzen sofort zu sanieren. Die SVP ist aber der Ansicht, dass die Steuererhöhung per 2013 die finale Steuererhöhung für die nächsten Jahre sein wird. Sie setzt auf Wachstum und Entwicklung der Schwerpunkte. Sie ist auch der Meinung, dass die Ausgaben endlich plafoniert werden müssen. Auch einen Einstellungsstopp kann sie sich gut vorstellen. Es kann nicht sein, dass trotz schlechter Finanzlage immer mehr Stellen und Leistungen geschaffen werden. Mehr Stellen verhindern eine bessere Entlohnung des angestammten Personals. Es ist zu verhindern, dass beim Personal Frust und Unzufriedenheit aufkommen.

Die SVP vertraut dem Gemeinderat bei seinen Verhandlungen mit zukünftigen Investoren und wird jetzt und auch in Zukunft keine wirtschaftliche Entwicklungsverhinderung mittragen. Es kann nicht sein, dass die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinde mit allen Mitteln aus fadenscheinigen Gründen torpediert wird. Kriens kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Verzögerungs- und Verhinderungstaktik brauchen, wie jene, die zur Zeit beim Mattenhof angewendet wird. Das kostet Geld, es ist schlecht für den Ruf der Gemeinde und schreckt zukünftige Investoren ab. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für Eintreten.

Gemäss Roger Erni ist der Aufgaben- und Finanzplan für die FDP - da am 27. September 2012 der Voranschlag bereits „vorweggenommen“ wurde - keine Überraschung. Ein Mix aus Verzichts- und Sparmassnahmen sowie einer Steuererhöhung in den nächsten Jahren ist das Resultat, der Fachbegriff dafür lautet Vier-Säulen-Modell. Zum Bericht und Antrag hat die FDP folgende Anmerkungen: Es ist erfreulich, dass in den Planungsgrössen keine zweite Steuererhöhung enthalten ist. Hingegen akzeptiert die FDP nicht, dass im Bericht von Erbschaftssteuern auf Gemeindeebene die Rede ist. Im Weiteren wird das vorgestern im Kantonsrat besprochene Sparpaket als Chance erwähnt. Aufgrund der erfolgten Debatte erwartet die FDP, vorausgesetzt das Sparpaket greift, dass in Kriens bereits in den Jahren 2015/2016 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert wird. Selbstverständlich gehört auch dazu, dass auf Gemeindeebene keine Sparbemühungen gestrichen werden aufgrund der kantonalen Spardiskussionen.

Die Projektliste zeigt, dass sehr viele Projekte anstehen. Die FDP fragt sich, ob diese zu leisten sind und ob zur Information des Einwohnerrates allenfalls als zusätzliche Spalte die projektierten Kosten hinzuzufügen wären. Bezüglich der Investitionen und Desinvestitionen findet es die FDP schade, dass sich der Gemeinderat noch immer „trotzig“ zeigt. Die dringend nötige Schulhaus-Renovation Gabeldingen wird aufgrund des negativen Budget-Entscheids im 2011 verschoben. Dies generiert rund Fr. 300'000.00 Kosten für die Mietcontainer über die zwei bis drei Jahre. Auch sind die geplanten Investitionen nicht im Finanzplan mit Plandaten enthalten und die Desinvestitionen Mattenhof, Bosmatt und Mühlerain werden einfach ausgeklammert. Die FDP genehmigt den Aufgaben- und Finanzplan bei einigen Enthaltungen.

Peter Fässler namens der SP/Juso-Fraktion hat unter Wikipedia nachgelesen, was Planung bedeutet: „Planung ist als menschliche Fähigkeit die gedankliche Vorwegnahme von Handlungsschritten, die zur Erreichung eines Zieles notwendig erscheinen.“ Die heutige desolante Finanzsituation lässt darauf schliessen, dass das Prinzip Planung in den letzten vier Jahren von der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Einwohnerrat anderen Begrifflichkeiten unterworfen waren, wie etwa „Wenn wir alle an Steuern sparen, geht es uns und der Gemeinde gut“ oder eher „Nach uns die Sintflut?“ Der Sprecher fragt sich, ob es geplant war, das Gemeinwesen an die Wand zu drücken, was sich jedoch mit dem Willen zur Selbständigkeit diametral kreuzt. Oder ob es vielleicht einfach auch nur Egoismus war, nach dem Motto „Hauptsache, mir geht es gut und ich kann Steuern sparen!“ Dass man im Rat auf die Einwände und Bedenken der SP kein Ohr und keinen Gedanken verschwendete, gehörte wie selbstverständlich zum guten Ton. Die Mitglieder des SP kamen sich dabei wie einsame Rufer in der Wüste vor.

Nun hat man einen Aufgaben- und Finanzplan für die nächsten Jahre, der sich nur gerade auf die lebensnotwendigen Kernaufgaben konzentriert. Visionen oder nur schon zukunftsgerichtete Projekte sucht man vergebens in dieser sogenannten Planung. Mit zögerlichen Massnahmen und Mikroschritten wird versucht, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Fundament dieser ganzen Strategie ist nach wie vor das Prinzip Hoffnung. Hoffen auf ein Steuerwachstum, hoffen auf einen guten Ertrag der Sondersteuern, hoffen auf eine gute Konjunktur und darauf, dass der Kanton nichts Weiteres beschert und die Infrastruktur weiterhin funktioniert. Und selbst wenn diese Voraussetzungen sich optimal erfüllen: Wo steht Kriens in vier Jahren? Wieder bei null. Wahrlich schöne Aussichten, wenn einem das Wasser immer noch bis zum Halse steht.

Die SP/Juso-Fraktion setzt sich für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde ein. Sie fordert deshalb eine schnellere Gangart für die Sanierung der Gemeindefinanzen. Ein Weg wäre die dem Volk gegenüber ehrliche Kommunikation, dass ein Zehntel Steuererhöhung nicht reicht. Die SP/Juso-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es für einen nachhaltigen Befreiungsschlag eine höhere Steuererhöhung braucht. Etwas mehr Mut würde den Führungsorganen der Gemeinde Kriens gut tun. Da müsste man allerdings auch zugeben, dass das Verschenken von 78 Mio. Franken Steuergeldern in Form der kantonalen und kommunalen Steuerensenkungen seit 2009 eher einem Schildbürgerstreich gleich kommt, als einer weitsichtigen Politik. Die SP/Ju-so-Fraktion steigt mit vielen Fragen und ernsthaften Bedenken in die Behandlung dieses Bericht und Antrages ein. Damit sie Antworten auf ihre Fragen erhält, ist sie für Eintreten.

Nach Erich Tschümperlin sind die Grünen und JG für Eintreten auf den Aufgaben- und Finanzplan. Dieser zeigt auf, wohin die Reise geht und spiegelt die finanzielle Entwicklung der Gemeinde über den Horizont des nächsten Budgets hinaus wieder. Dieses Instrument deckt auf, wie sich die Finanzen mittelfristig entwickeln, damit rechtzeitig Gegensteuer geben werden kann, bevor die Finanzen in Schieflage geraten oder gar abstürzen. Deshalb braucht es den Finanz- und Aufgabenplan und darum sollte man ihn ernst nehmen. So wär's eigentlich gedacht - in Kriens ist es jedoch anders gekommen. Weshalb hat man die heutigen katastrophalen Krienser Finanzen nicht kommen sehen? Weil einige diesen Bericht und Antrag nicht ernst nehmen? Weil viele hoffen, dass es schon irgendwie besser kommt?

Wenn man die Krienser Finanzkennzahlen genau betrachtet, kann jeder sehen, dass diese nicht mehr der Verordnung über den Finanzhaushalt entsprechen. Die Gemeinde Kriens kann die nächsten paar Jahre mehrheitlich das Gesetz nicht mehr einhalten. Beim Verschuldungs- und Selbstfinanzierungsgrad sowie bei der Nettoschuld pro Einwohner sind die Zahlen katastrophal.

Und was tut man dagegen? Man hofft, dass es im Jahr 2017 langsam wieder besser wird. Und einige sagen jetzt schon, dass diese eine, kleine Steuererhöhung die letzte ist, die sie unterstützen werden. Nach sechs, teils gewaltigen Steuersenkungen, grossen Sparpaketen und grossen neuen Aufgaben ist das alles, was den rechtsbürgerlichen Finanzexperten einfällt. Da können Rechnungen gewaltige Löcher in die Kasse reissen, da können Budget, Finanz- und Aufgabenplan aufzeigen, das alles nur noch schlimmer wird, die finanzielle Realität interessiert nicht. Beim Sparen hingegen ist man auf dem Knochen angelangt, hier kannten die Anhänger der Steuersenkungen keine Skrupel, es gab keine heiligen Kühe. Bei den Einnahmen haben sich die einen und dann wieder die andern sehr geziert. Das Festhalten am bestehenden Steuersatz hat für den Sprecher inzwischen etwas Sektiererisches.

Die Steuergeschenke der letzten paar Jahre bezahlt Kriens teuer, sehr teuer. Je länger man zuwartet, desto schlimmer sind die Auswirkungen. Gesehen haben das die meisten schon länger, deshalb wurden die Steuererhöhungen ja auch mehrheitlich unterstützt. Leider hat man aber zwei Jahre verloren und steht schlechter da denn je. Beim Betrachten der Zahlen wird einem sofort klar, dass das strukturelle Defizit mit 1/10 Steuererhöhung nicht gelöst werden kann und die Finanzkennzahlen sich weiter verschlechtern. Hier braucht es mindestens 2/10. Alles andere ist Augenwischerei. Auch das Argument Wachstum sticht nicht, denn Wachstum kostet zuerst einmal in Form von Infrastruktur. Wenn Kriens in den nächsten Jahren neue Steuerzahler will, muss zuerst zusätzlich in Strassen, Schulen und Kinderhorte investiert werden. Und Wachstum allein löst das Problem sowieso nicht, die strukturellen Probleme bleiben und somit das strukturelle Defizit.

Es wird immer wieder erwähnt, dass diese Steuererhöhung beim Volk keine Chance hat, gerade nach den letzten zwei Abstimmungen. Bis jetzt hat sich aber immer eine Partei gefunden, die der Auffassung war, es gehe auch ohne (wider besseren Wissens). Um die Krienser Finanzen steht es schlimm und das Volk soll und muss es wissen. Es vor dieser Wahrheit zu verschonen, bedeutet, es nicht ernst zu nehmen. Der Einwohnerrat darf keine Angst haben vor den Krienserinnen und Kriensern. Wie sollen ihm diese sonst glauben und vertrauen, wenn er ihnen nicht die Wahrheit sagt? Im Jahr 2017 sind die Probleme nicht etwa gelöst, wie dies da und dort geäussert wurde. Kriens wird dann vielleicht keine Defizite mehr schreiben, aber noch Jahre die Schulden abbauen müssen, da diese massiv über den gesetzlichen Werten liegen. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrates hier und jetzt aus diesem Finanz- und Aufgabenplan die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit Kriens wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt wird. Der Sprecher bittet die Mitglieder des Einwohnerrates, dies bei der folgenden Budgetdebatte zu bedenken. Die Grünen und JG genehmigen den Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017.

Für Alfons Graf steht fest, dass man bei der geplanten Zentrumsüberbauung mit dem hoch gepriesenen vierblättrigen Kleeblatt die Flughöhe korrigieren muss. Man muss von der „Jumbo-Jet-Höhe“ abweichen und in ein „Kleinflugzeug“ umsteigen. Dann hat man einen besseren Überblick auf die Gemeinde. Mit anderen Worten muss man bescheidener werden, sonst wird das Volk bei der Abstimmung eine Notlandung erzwingen. Der geplante grosse Wurf kann und wird so einfach nicht funktionieren. Es muss eine etappenweise Umsetzung erfolgen, bei welcher zuerst das Teiggi- und das Gemeindehausareal desinvestiert werden. Private Investoren müssen an Bord geholt werden, damit die Gemeinde nicht noch mehr ins finanzielle Fiasko schlittert. Auch muss – bevor neue Bauten realisiert werden – die katastrophale Verkehrssituation überdacht und geregelt sein. Ob die Krienserinnen und Krienser aufgrund der Visionen

Zentrumsüberbauung, Ortskernplanung und aufgrund des Einstehens für ein Asylzentrum im Grosshof für eine Steuererhöhung bereit sind, wird sich im kommenden Februar zeigen.

Martin Heiz ist davon ausgegangen, dass heute im Einwohnerrat Einstimmigkeit herrscht. Die Äusserungen bzw. Anschuldigungen der Ratslinken stimmen ihn jedoch sehr bedenklich. Die Stimmbürger haben die Steuersenkungen beschlossen bzw. den Entscheid des Einwohnerrates gestützt. Die SP und die Grünen nehmen anscheinend diesen Volksentscheid einfach nicht ernst. Bei solchen Aussagen fragt er sich, ob er überhaupt noch bei der geplanten Steuererhöhung mitmachen soll.

Alex Hahn bezieht sich ebenfalls auf die Anschuldigungen und Vorhaltungen der Grünen. Visionen kann man erst dann haben, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Am Defizit bzw. den schlechten Zahlen sind Faktoren wie die Pflegefinanzierung, die integrative Förderung und der Zweijahreskindergarten mitschuldig. Vor vier bis fünf Jahren hatte die Gemeinde Kriens noch ein ausgewogenes Budget. Als Vertreter der viel „geschmähten“ rechtsbürgerlichen Parteien möchte der Sprecher festhalten, dass nicht nur die Steuerreduktionen am finanziellen Desaster schuld sind. Unkenrufe und Beschuldigungen bringen nichts, es gilt nun miteinander einen Konsens zu finden. Vielleicht ist in absehbarer Zeit auch der Kanton zur Erkenntnis gekommen, dass die Gemeinden nicht länger mehr belastet werden können.

Paul Winiker geht davon aus, dass alle Sprecher zum Teil Recht haben. Es gibt nicht nur einen Schuldigen und keine absolute Wahrheit. Fakt ist, dass die Nettoaufwände seit 2007 in einem forschen Tempo gestiegen sind. Vielleicht liegt eine Ursache darin, dass auf zu vielen Ebenen unterschiedliche Planungen erfolgen. Der Bund plant beispielsweise bereits weitere Belastungen im Bereich der familienergänzenden Tagesstrukturen. Bei all den verschiedenen Projekten, die nun vorgegeben wurden, darf man aber nicht vergessen, dass es sich dabei immer um demokratische Entscheide handelte, welche es gilt, umzusetzen. Wie Christine Kaufmann-Wolf bereits ausgeführt hat, ist man mit den Projekten noch lange nicht am Ende. Ein weiterer Faktor, welcher den Gemeindehaushalt zudem mit jährlichen 2 Mio. Franken belastet, ist die Sanierung der Pensionskasse der Gemeinde Kriens.

Anhand einer Powerpoint-Folie zeigt der Sprecher die Entwicklung der Gemeinderechnung seit 2007 bis 2012 auf. Das Steuerwachstum wurde durch die beiden Steuergesetzrevisionen buchstäblich „aufgefressen“. Dem Wachstum ist es zu verdanken, dass das Defizit bei 18 Mio. Franken und nicht noch höher liegt. Auf der Aufwandseite steigen die Kosten seit 2008 kontinuierlich. Auch hier zeigt sich, dass Planungen nicht immer so laufen, wie man es anfänglich gedacht hat. Beispielsweise war bei der Pflegefinanzierung anfänglich von 2.3 Mio. Franken Mehraufwand die Rede, inzwischen beläuft sich dieser auf rund 6 Mio. Franken.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die geplante Steuererhöhung nur eine Etappe ist und keinen Befreiungsschlag darstellt. Es braucht weitere Abschnitte, deshalb ist die Umsetzung der Vier-Säulen-Strategie wichtig. Besonders gefreut hat sich der Sprecher über die fünfte Säule „Dynamik im Prozess“. Die Finanzkennzahlen im Finanzplan sind ungenügend und dem Gemeinderat ist klar, dass es überhaupt nicht befriedigend ist, wenn man erst im Jahr 2017 wieder schwarzen Zahlen schreibt. Das Thema einer weiteren Steuererhöhung wird, falls die Zukunft zeigt, dass die geplanten Massnahmen nicht ausreichen, wieder auf den Tisch gelangen. Jetzt soll aber erst mal ein Schritt nach dem anderen gemacht werden. Ein Schritt, der unumgänglich ist. Da das Eigenkapital aufgebraucht ist, gibt keine Alternative mehr.

Seitens des Einwohnerrates wurde beanstandet, dass die Zentrumsprojekte nicht enthalten sind. Diese wurden vom Gemeinderat bewusst nicht aufgenommen. Die Ausgangslage für die Steuererhöhung ist schlecht, da diese bereits zweimal an der Urne abgewiesen wurde. Deshalb wollte man die Diskussion nicht erschweren, indem die Zukunftsprojekte zum Thema werden. Die geplante Steuererhöhung ist zwingend nötig, um die Kernaufgaben realisieren zu

können. Bis im Frühling werden die Submissionszahlen zu den Zentrumsprojekten vorliegen und der Gemeinderat wird die entsprechende Planung erstellen und die finanziellen Konsequenzen darlegen. Die Diskussionen werden zu gegebener Zeit geführt. Dabei verweist der Sprecher aber auf die bekannte Problematik mit den ersten Zahlen. Diese sind noch nicht substantiell und in der Regel deshalb falsch, wie das Beispiel Parkbad zeigt.

Im Weiteren wurde bemängelt, dass Visionen und die Gesamtplanung fehlen. Der Gemeinderat hat auch hier bewusst darauf verzichtet, diese im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan abzubilden, da es vor zwei Jahren noch hiess, diese wären nur „Prosatexte“ und durch die rosarote Brille betrachtet. Ziel ist es nun, sicherzustellen, dass die Kernaufgaben erfüllt werden können. In welcher Form der Gemeinderat die Gesamtplanung auflegen will, wird er sich im Nachgang zur Zukunftskonferenz überlegen.

Der Sprecher nimmt zur Kenntnis, dass niemand richtig zufrieden ist mit dem Aufgaben- und Finanzplan. Auch in den nächsten Jahren wird der Krienser Finanzhaushalt leiden, zum Teil auch aufgrund der Entscheide des Kantons und des Bundes. Der Finanzplan spiegelt den Schritt des Möglichen wieder, einen Minimalschritt. Es geht um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit. Der Gemeinderat bittet deshalb die Mitglieder des Einwohnerrates, mitzuhelfen, dass dieser Schritt - im Sinne einer Einigung der Parteien - umgesetzt werden kann.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

### ***Detailberatung***

#### ***Seite 7, 4 Gesundheit (Pflegefiananzierung)***

Esther Bieri bezieht sich auf die im Bericht und Antrag enthaltenden Aussagen zur demographischen Entwicklung. Auch wenn in der Gemeinde Kriens die zur Verfügung stehen finanziellen Mittel knapper werden, bedeutet dies nicht, dass die demografische Entwicklung vor der Gemeindegrenze halt macht. Die Sprecherin fragt sich, wie die Krienser Heime und die Spitex das kommende Wachstum begleiten werden.

Paul Winiker führt aus, dass bei den über 80-Jährigen mit einem Wachstum von rund fünf Prozent bis ins Jahr 2030 zu rechnen ist. Diesbezüglich wurde der Planungsbericht „Versorgungskonzept Gesundheit“ durch Lothar Sidler vorgestellt. Der Gemeinderat erachtet den Hinweis von Esther Bieri für wichtig und ist sich bewusst, dass begleitende Massnahmen nötig sind.

#### ***Seite 19 - Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb“ Nr. 278/11***

Kathrin Graber war gespannt auf den Bericht und musste etwas schmunzeln, da es sich der Gemeinderat mit seiner Beantwortung sehr einfach gemacht hat. Die Forderung war es, einen konkreten Vorgehensplan aufzuzeigen, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zusätzlich möglich ist und wie die Gemeinde Kriens als eigenständige Gemeinde eine aktive Positionierung im Standortwettbewerb der Region übernehmen will. Auslöser für die Einreichung des Vorstosses waren die Aussagen des Gemeinderates nach der Abstimmung zur Starken Stadtregion bzw. dem Nein zu den Fusionsverhandlungen. Damals sagte der Gemeinderat, man müsse nun aktiv werden und weitere Zusammenarbeitsprojekte ins Auge fassen. Der heute vorliegende Bericht bzw. die darin erwähnten Projekte sind aber alles andere als konkret und stellen keine aktive Positionierung dar. Die Sprecherin behält sich deshalb ausdrücklich vor, zu gegebener Zeit - falls nötig - einen erneuten Vorstoss zu diesem Thema einzureichen.

Paul Winiker wehrt sich gegen Aussagen, wie der Gemeinderat nehme seine Aufgabe nicht ernst, prüfe mögliche Kooperationen nicht bestimmt oder betreibe zu wenig Standortförderung. Kooperationen machen dort Sinn, wo Synergien bei Gemeinden genützt werden können. Im Rahmen seiner Klausur hat der Gemeinderat den Schlussbericht zur Stadtregion analysiert und sich entschieden, Schritt für Schritt vorzugehen. Die Gemeinde Kriens hat nicht die Ressourcen, um zig Projekte gleichzeitig anzugehen. Diverse Vorschläge sind aber im Bericht enthalten. Am Weitesten vorangeschritten ist die Zusammenarbeit im Bereich Informatik und Telekommunikation. Dort besteht bereits eine Absichtserklärung und weitere Schritte laufen. Die übrigen erwähnten Projekte befinden sich in der Abklärungsphase. Auch bestehen weitere Projektideen, z.B. beim Einkauf und auch in anderen Bereichen gibt es Kontakt mit anderen Gemeinden. Kooperation braucht aber immer einen oder mehrere Partner. Diese zu finden, ist nicht immer leicht. Im Bereich der KESB hat sich der Gemeinderat angestrengt, eine Zusammenarbeit mit mehreren Gemeinden zu erwirken. Horw hat nun eine andere Lösung gefunden, Schwarzenberg arbeitet mit Kriens zusammen.

Auch im Bereich der Standortförderung unternimmt der Gemeinderat grosse Anstrengungen. Matthias Senn betreibt aktiv Wirtschaftsförderung und kantonsweit ist die Stiftung „Wirtschaftsförderung“ im Einsatz. Damit hat man gute Erfahrungen gemacht. Es gibt kein „Gezeter und Gezerre“ unter den Gemeinden. Die Wirtschaftsförderung richtet sich nach dem Kundenbedürfnis und der Kunde entscheidet selbst, welche Areale er näher prüfen möchte. Erst dann kommen die jeweiligen Gemeinderäte zum Zug. Dadurch wird das Konkurrenzdenken unter den Gemeinden vermindert und alle Areale werden fair einbezogen. Im Weiteren ist auch das Gebietsmanagement Luzern-Süd eine Massnahme der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Und auch innerhalb von LuzernPlus werden neue Zusammenarbeitsthemen angepackt.

Martin Heini erklärt, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt und dieses durch den vorliegenden Bericht als erledigt gilt.

**Seite 24 - 7 Umwelt, Raumordnung (Schützenrain, Sanierung Kugelfang)**

Bruno Bienz möchte wissen, ob diese Sanierung zwingend jetzt zu erledigen ist und nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden kann?

Gemäss Paul Winiker gibt es gesetzliche Grundlage, welche einzuhalten sind, so dass eine Sanierung erfolgen muss. Schliesslich wurden dort Millionen von Schüssen abgefeuert. Auch im Hinblick auf die in der Nähe anstehenden Bauprojekte ist eine Sanierung unumgänglich, erst recht, falls die Zufahrten allenfalls über dieses Grundstück erfolgen sollten.

Nachdem kein Rückkommen verlangt wird, verliert Martin Heini den **Beschlussestext**.

1. *Der Aufgaben- und Finanzplan 2013-2017 wird genehmigt.*
2. *Spätere Abweichungen gemäss Beschlüssen des Einwohnerrates bleiben vorbehalten.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 009/12:**

Der Beschlussestext wird mit 21:3 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja

Dalla Bona, Mara	Enthaltung
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

### 3. Bericht und Antrag: Voranschlag 2013

Nr. 008/12

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

**- Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung  
Nr. 268/11**

Sachverständiger ist immer noch Beat Fallegger.

Roger Erni knüpft an die Diskussion des Traktandums 2 an, da wo in die ähnliche Richtung diskutiert wurde. Die FGK hat sowohl im Eintreten wie auch in der Schlussabstimmung zusammengehalten (7:0) und ein starkes Zeichen gesetzt. Sie sind sich einig, dass der grosse Teil der Budgetdiskussion schon am 27. September 2012 vorweggenommen wurde. Heute erwartet der Sprechende als Präsident, dass zur Thematik Einwohnerrats-Entschädigung und Parteibeitrag sowie zum ein oder anderen Thema Vorstösse kommen.

Das Wasser steht der Gemeinde bis zum Hals und einige Kommissionsmitglieder haben trotz klarer Endabstimmung nicht nur Freude. Roger Erni verzichtet an dieser Stelle auf die Aufzählung. Der Zielkonflikt ist aber immer derselbe – mehr Aufgaben braucht mehr Steuereinnahmen und weniger Aufgaben braucht keine Steuererhöhung! Der Sprechende zieht folgendes Fazit: der Voranschlag wird sang und klanglos akzeptiert. Die in den Schlössli-Gesprächen angefangene Einigkeit soll heute im Einwohnerrat aufrechterhalten werden, damit man am 3. Februar 2013 ein Budget 2013 hat, welches die Gemeinde prospektiv wieder handlungsfähig macht.

Christine Kaufmann-Wolf fügt an, dass alle anwesenden Kommissionsmitglieder der BiK sich für Eintreten ausgesprochen haben. Bei der Bildung wird ein Mehraufwand gegenüber von

2012 von Fr. 1,84 Mio. budgetiert. Diese Zunahme ist nicht selbst verursacht. Verantwortlich für einen grössten Teil sind die beiden Erneuerungen bei den Verbuchungen:

- Neu müssen gemäss dem Regierungsstatthalter zwingend die Kosten für die Schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen im Bereich Bildung verbucht werden.
- Neu muss auch die Kontogruppe Informatik brutto geführt werden.

Diese beiden Erneuerungen machen zusammen bereits Fr. 963'400.00 der Zunahme aus. Verantwortlich für den anderen Teil des Mehraufwands sind die etappierte Einführung des 2-Jahres-Kindergarten. Das heisst, im August 2013 werden zusätzlich 2 Kindergarten eingeführt, sowie die IF-Einführung.

In den letzten Jahren wurde bereits Verzicht- und Sparmassnahmen von Fr. 668'000.00 an der Volksschule Kriens umgesetzt. Die Umsetzung der kantonalen Forderungen kosten und verursachen Mehraufwand. Die von aussen verlangten Umsetzungen führen dazu, dass die Volksschule Kriens andersorts sparen muss. Kriens schnallt den Gürtel in der Bildung enger, damit die kantonalen Bildungsvorgaben umgesetzt werden können.

Die VSK hat folgende neue zusätzliche Sparmassnahmen von Fr. 232'000.00 budgetiert:

- Reduktion der Abteilungen
  - bei der Hauswirtschaft : Reduktion auf das Tagesgeschäft
  - Kürzung der Weiterbildung um 10%
  - Musikschule Kriens: Zusammenlegung der Ensembles
- Und bei der Kultur verzichtet man auf eine Bürgerfeier.

Innerhalb der BiK wurde zudem noch folgendes diskutiert:

- Wie sicher sind die Schulhäuser bei der Ablehnung der Steuererhöhung
- Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen: Wie anfangs bereits erwähnt, sind gemäss dem Regierungsstatthalter die Aufwände und Erträge der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen zwingend der VSK zu verbuchen. Das führt in Kriens zu einer speziellen Situation. Der Aufwand wird der Bildung belastet, die Organisation und Ausführung aber durch das Umwelt u. Sicherheitsdepartement bestimmt und ausgeführt werden.
- Für die BiK stellt sich die Frage, wie denn die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung geregelt werden.
- Ferienhäuser: Der Mietvertrag des Ferienlagerhaus Kippel konnte erfolgreich neu verhandelt werden. Resultat ist eine tiefere Miete. Bei den Ferienhäuser Kippel und Scuol wünscht die BiK ein Erhöhung der Anzahl Fremdvermietungen.
- Auch im Voranschlag wurde moniert, dass die kantonalen Sparmassnahmen nicht im Voranschlag eingebracht wurden. Durch die im Kantonsrat beschlossene Sparmassnahmen wird die Volksschule Kriens um ca. Fr. 115'000.00 entlastet.

Die BiK hat den Voranschlag 2013 in den ihnen zugewiesenen Konti genehmigt und einstimmig zugestimmt.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Auch hier hat die BK sich nur mit den baurelevanten Konten befasst.

In der Detailberatung wurden Fragen zu den folgenden Punkten gestellt.

- Verkehrssignalisation: Wo wird der Schaden bei einem Unfall verbucht?

- Grundwasserkonzessionen
- Bei der Investitionsrechnung wurde die BK hellhörig bei der Werterhaltung der Schwimm- und Sportanlagen sowie beim Mobiliar für das Parkbad.
- Bei den öffentliche Strassen: Neubau von Salz- und Splittsilos im Eichenspes. Damit muss nicht mehr mit Säcken gearbeitet werden.
- Fenstersanierung beim Schloss Schauensee

Antworten erhielt man direkt an der Sitzung oder sind im Protokoll aufgeführt. Mit dem Abschreiben der Motion Erni ist man einstimmig einverstanden.

Somit stimmt die BK den baurelevanten Konten mit 6:0 bei einer Enthaltung zu.

Bruno Bienz möchte zuallererst im Namen der SGK allen Mitarbeitern der Gemeinde danken für Ihre Arbeit im 2012. Unter dem Budgetdruck war es sicher nicht immer einfach.

Auch beim Voranschlag 2013 war das Eintreten unbestritten. Für einzelne Mitglieder ist das Sparpaket richtig und vertretbar. Einig war man sich, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Es wurden Fragen auf verschiedene Budgetposten der SGK gestellt. Diese konnten in den meisten Fällen zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet werden.

Die Hoteltaxen in den Heimen werden um Fr. 2.00. erhöht. Momentan sind diese immer noch drei Franken unter dem Kostendeckungsgrad. Trotzdem sind die Heime Kriens teurer als die Heime in der Umgebung. Das wirft Fragen auf. Der langersehnte Benchmark sollte anfangs 2013 Licht ins Dunkle bringen. Vielleicht wäre eine Aussenbetrachtung im Verlauf des Jahres sinnvoll, bevor die Spezialfinanzierung im 2014 eingeführt wird.

Der Voranschlag 2013 wird in den SGK relevanten Konten einstimmig angenommen

Gemäss Pascal Meyer hat die USK den Voranschlag 2013 besprochen. Überrascht hat sie nichts mehr, eher betrübt. Der Voranschlag 2013 kann man wohl passender als letzten Rettungsring des sinkenden Schiffes bezeichnen. Wenn man bedenkt, dass der Gemeinde folglich für Zukunftsprojekte die Hände gebunden sind, ist das eine denkbar schlechte Ausgangslage. Die Positionen welche zu ihrer Zuständigkeit gehören, kann die USK im Grossen und Ganzen akzeptieren. Einzig die Streichung der Neuzuzüger- und Jungbürgerfeiern ist bedauerlich. Das Eintreten war unbestritten und es werden keine Anträge gestellt.

Rolf Schmid, namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, weist darauf hin, dass am 21. Dezember 2012 der Maya Kalender endet. Es wurde viel vom Weltuntergang gesprochen und geschrieben. Am 31. Dezember 2012 wird die Rechnung nun mit einem hohen Defizit schliessen. Eigenkapital ist keines mehr vorhanden. Die Gemeinde muss vollumfänglich fremd finanziert werden. Kriens schreibt seit Jahren hohe Defizite. Die Gemeinde steht kurz vor dem Abgrund. Wäre die Gemeinde Kriens ein Unternehmen, stünde sie vor dem Konkurs.

Da die Steuern vom Kanton Luzern und der Gemeinde zweimal gesenkt wurden, wurde im Rahmen der Finanzen umstrukturiert. Drei Sparpakete wurden bereits durchgeführt. 18 Mio. Franken geringere Steuereinnahmen können nicht einfach so weggesteckt werden. Die Fraktion geht stark davon aus, dass sämtliche Parteien der Ansicht sind, dass man nicht mehr um eine Steuererhöhung herum kommt. Die Gemeinde muss für das Gemeinwesen die elementarsten Aufgaben übernehmen. Der Krienser-Jugend sollen die gleichen Bildungschancen gegeben werden wie in den umliegenden Gemeinden. Eine Steuererhöhung bringt für Familien nur Vorteile. Als Beispiel sei angeführt, dass eine Familie mit 2 Kinder mit einem steuer-

baren Einkommen von Fr. 50'000.00 zwischen 2007 und 2012 um Fr. 1'821.00 oder 35 % entlastet wurde. Die Steuererhöhung von 1/10 Steuereinheiten wird die Entlastung lediglich um Fr. 91.00 wieder reduzieren. Die Bildungskosten sind heute auch um ein vielfaches höher.

Die Gemeinde Kriens schreibt trotz geplanter Steuererhöhung ein Defizit von Fr. 1.8 Mio. Mit einem Defizit von Fr. 5.7 Mio. kann die Gemeinde, ohne diesen Schritt, die Kernaufgaben nicht weiterführen. Da es um die Zukunft von Kriens geht, müssen alle Parteien mit grossen Schritten aus der finanzpolitischen Sackgasse herauskommen. Die Fraktion steht geschlossen hinter dem Voranschlag und der Steuererhöhung und ist für Eintreten.

Laut Peter Portmann wird die SVP-Fraktion einer Steuererhöhung von 1/10 zustimmen. Dies auch nur in Verbindung mit den beschlossenen übrigen Sparmassnahmen von Fr. 1.82 Mio. Der Voranschlag 2013 entspricht dem Planungsbericht welcher am 29. August 2012 ausgehändigt wurde. Eine Steuererhöhung von 2/10, wie von Links gewünscht wird, kommt für die SVP nicht in Frage.

Die SVP akzeptiert den Voranschlag wie vorliegend. Einzige Ausnahme ist der Beitrag an Parteien auf Seite 2, welcher wieder mit Fr. 25'500.00 einzustellen ist. Der Sprechende vertritt die Ansicht, dass die Handlungsfähigkeit der Parteien gewährleistet sein muss und insbesondere ist der Beitrag für die Kleinparteien sehr wichtig. Die SVP-Fraktion wird auf keine weiteren Diskussionen eingehen. Sie werden aber auch keine zusätzlichen Belastungen oder Verwässerung des Budgets hinnehmen. Sie sind nur für Kürzungen zu haben.

Der Sprechende steht auch zu seinen Aussagen anlässlich der Steuererhöhung von 2008. Er äusserte sich gegenüber der Presse, dass eine Steuersenkung keine finanziellen Nachteile für Kriens bringen werde und dass diese völlig verkraftbar sei. In der Zwischenzeit hat sich das Blatt gewendet und den Gemeinden wurden vom Kanton und Bund Mittel entzogen oder neue Aufgaben aufgebürdet. Beispiele sind die Reduktion Unternehmenssteuern, Pflegefinanzierung, Integrative Schulförderung usw., um nur einige zu nennen.

Peter Portmann ist froh, dass in den Jahren 2008 und 2009 Steuersenkungen beschlossen wurden. Hätten diese Steuersenkungen nicht stattgefunden müsste man heute Steuererhöhungen von mindestens 2.2 Einheiten beschliessen. So war die Exekutive wie auch die Legislative gezwungen Sparpakete zu schnüren und kein Geld aus dem Fenster zu werfen.

Die SVP hofft auch, dass dieses Budget im Jahr 2013 von allen Departementen strickte eingehalten wird. Die Fraktion gibt auch zu bedenken, dass das Volk das letzte Wort zur Steuererhöhung hat. Der Worst Case ist unbedingt zu verhindern und deshalb erachten sie das Referendum über den Verkauf des Mattenhof- Areal als sehr gefährlich. Man riskiert, dass das Volk beides ablehnt. Sollte dieses Szenario eintreffen, dann wird die SVP in den nächsten 10 Jahren die Schuld den Grünen in die Schuhe schieben. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten

Gemäss Roger Erni bleibt die FDP-Fraktion dem schon im Planungsbericht gesagten treu. Die Budget-Debatte wurde bereits am 27. September 2012 geführt.

Die Fraktion verlangt auch hier wieder, wenn das Sparpaket vom Kanton kommt, dass die Gemeinden daran partizipieren (z.B. Lehrerlöhne nur + 0,5 %; ÖV anderer Verteiler oder Prämienvergünstigungen neu über Ausgleichskasse), dass die Gemeinde Kriens bereits 2015/16 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert.

Die FDP unterstützt die Richtung des Gemeinderates mit dem 4-Säulen-Prinzip. Der eingeschlagene Weg muss weiterverfolgt werden. Die Position der FDP zur Steuersenkung 2009

und zur letzten Steuererhöhung 2011 war richtig und wichtig. So wurde der Druck aufrecht-erhalten und die Einsparungen von Fr. 1.8 Mio. wären wahrscheinlich nicht so hoch ausgefal-len. Aber die Vorzeichen stehen jetzt auf Steuererhöhung.

Die Fraktion steht, ohne Freude, geschlossen hinter der Steuererhöhung 2013 von 1/10. Sie sind aber aus heutiger Sicht klar gegen eine allfällige zweite Steuererhöhung. Es müssen jetzt die Finanzen saniert werden. Trotz des Konsenses hat die Fraktion bedenken, dass ein Um-denken wirklich stattfindet. Der Druck muss hochgehalten werden.

Die FDP-Fraktion kommentiert keine einzige Position des Voranschlages 2013. Der Mix ist entscheidend und stimmt für sie. Hier geht es um Effizienzsteigerung um Leistungsabbau ein-zelne Tariferhöhungen und um die Steuererhöhung. Die FDP unterstützt den Voranschlag 2013 grösstmehrheitlich.

Peter Fässler stellt fest, dass Kriens das Wasser bis über den Hals steht. Lautes Schreien und Lamentieren würde in dieser Situation bildlich gesprochen nur einen Hustenanfall und Wasser in der Lunge provozieren. Aber diesen Voranschlag einfach sang- und klanglos akzeptieren? Das fällt der SP/Juso-Fraktion sehr schwer. Doch haben auch sie das eine Ziel im Auge: Das Gewinnen der Volksabstimmung über diesen Voranschlag 2013 mit dieser bitter notwendigen Steuererhöhung.

Mit der Marschrichtung ist die Fraktion einverstanden: Steuererhöhung und Leistungsabbau. Ohne Hurra oder besser zur Jahreszeit passend ohne Glanz und Gloria. Sie haben keine an-dere Wahl: Es gilt nun, Einigkeit der Parteien von rechts nach links vor dem Volk zu demonstrieren. Denn alles andere führt grässlich ins Desaster. Mit Folgen, die sie sich nicht ausmalen möchten.

Es tut der SP/Juso-Fraktion weh, die Folgen der Auswüchse der Fehlplanung und das Ignorie-ren der angekündigten Kostenabwälzungen vom Kanton der letzten 4 Jahre mit ausbaden zu müssen. Es tut weh und macht auch wütend, ihre von der Mehrheit in den Wind geschlagenen Argumente betreffend Steuersenkungen bestätigt zu sehen.

Die Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass nun Gegensteuer gegeben werden muss. Und zwar richtig. 2/10 Steuererhöhung sind rechnerisch korrekt und wären ehrlicher den Bür-gern gegenüber. Aber 1/10 ist besser als gar nichts. Denn mit den „roten“ Leistungsabbau-massnahmen könnten sie sich nie einverstanden erklären. Aber auch die Zustimmung zu ei-ner allfälligen Fortsetzung der zerstörerischen Leistungsabbaurunde steht noch in den Ster-nen.

Die SP/Juso-Fraktion steht, wie schon an den Schössli-Gesprächen bekundet, weiterhin zu diesem Voranschlag und ist daher für das Eintreten.

Die Grünen sind gemäss Erich Tschümperlin für Eintreten auf den Voranschlag. Aber dieses Budget ist nicht das Budget der Grünen. Vor fünf Jahren hat der Sprechende an dieser Stelle erwähnt, was den Grünen wichtig ist, wie sie die Gemeinde weiterbringen wollen, wie sie sie attraktiver und sozialer machen wollen. Damals hatte die Gemeinde kein Geld in der Kasse und konnten nichts machen, heute hat die Gemeinde schwarze Löcher in der Kasse und der Gemeinde sind die Hände gebunden. Seit Jahren wird über die selbst verschuldeten Zahlen gejammert und können rein gar nichts mehr in Kriens gestalten.

Dieses Budget ist das Resultat der aggressiven Steuerpolitik des Kantons Luzern. Kriens hat sogar noch eins draufgelegt und zusätzlich die kommunalen Steuern gesenkt. Jetzt hört man

überall, dass man nur warten muss, das komme dann schon gut, es müsse jetzt nur noch wirken. Das mit dem Warten wurde ausprobiert, je einmal haben SVP und FDP die Steuererhöhung bekämpft und gewonnen. Kriens hat jedoch verloren; es sind zwei verlorene Jahre die die Gemeinde immer tiefer in den Schuldenstrudel reissen.

Der Scherbenhaufen, der heute vorliegt, ist das Resultat einer durch und durch rechtsbürgerlichen Finanzpolitik. Sie tragen die Verantwortung für die finanzielle Lage der Gemeinde. Auch in diesem Rat war man nicht in der Lage abzuschätzen, wie viel die Steuereinnahmen wegbrechen mit all den Senkungen. Oder man hat dies im Steuersenkungsdelirium in Kauf genommen. Denn Steuern senken ist inzwischen zum Selbstzweck geworden. Unternehmen und Reiche zahlen markant weniger Steuern, Familien zahlen dafür immer mehr Gebühren und Beiträge an Schulen, usw.

Die Bürgerlichen schreiben sich immer auf die Fahne, eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben. Finanzkompetenz sieht für die Grünen anders aus. Heute hat Erich Tschümperlin mehrfach gehört, dass es nichts bringt, zurückzuschauen und Schuldige zu suchen. Es ist natürlich sehr unangenehm an Fehler erinnert zu werden. Den Grünen geht es aber nicht darum. Zum Lernen muss man die Fehler kennen, nur so kann man die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Wenn man die Gründe nicht wissen will, will man nicht lernen.

Sieht so eine eigenständige, zukunftssträchtige Gemeinde aus? Warum wagt man keinen Befreiungsschlag? Es braucht eine Steuererhöhung von 2/10 damit die Gemeinde in absehbarer Zeit wieder vertretbare Finanzen hat, alles andere ist weder nachhaltig noch ehrlich. Man muss den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein oder besser klares Wasser einschenken. Nur so können sie den Ernst der Lage auch erkennen.

Der Fatalismus vieler Politiker - die Gemeinde hat jetzt ein Defizit, also muss gespart werden - erstaunt den Sprechenden. Früher hatte die Gemeinde gute Zahlen und man hat die Steuern auf Vorrat gesenkt. Jetzt wo es nicht mehr reicht, kommt nur sparen in Frage. Die falsche Politik der massiven Steuergeschenke entsprechend zu korrigieren wird nicht einmal in Betracht gezogen. Zur Hoffnung, dass die Probleme mittels Wachstum gelöst werden, hat der Sprechende bereits beim Finanz- und Aufgabenplan seine Bedenken angebracht.

Der soziale Wohlstand und Frieden in der Schweiz beruht zu einem grossen Teil auf dem sozialen Ausgleich und der Chancengleichheit für alle. Die besten müssen an die Uni, wenn man den Wohlstand halten will, nicht nur die Reichsten. In einer immer reicheren Schweiz wird der Staat immer mehr verpönt, man macht ihn schlechter als er ist. Dafür hofiert man mit den reichen Unternehmen und Personen, ködert sie mit Steuergeschenken. Dieser Trend muss gebrochen werden, vor allem wenn es fürs Notwendigste nicht mehr reicht.

Warum stehen die Grünen trotzdem hinter diesem Budget? Zum ersten Mal stehen alle Parteien hinter der Steuererhöhung die es unbedingt braucht. Sie hoffen, dass dieses Mal auch all ihre Exponenten dahinter stehen. Die vierte Säule der Finanzstrategie ist bis jetzt noch nie zum Tragen gekommen: die Steuererhöhung. Dies ist diejenige Massnahme mit der grössten Hebelwirkung überhaupt. Dieses Mal stehen die Chancen besser. Die Grünen unterstützen den Voranschlag 2013 trotz allem. Die Jungen Grünen werden den Antrag auf 2/10 Steuererhöhung stellen.

Erich Tschümperlin möchte an dieser Stelle noch ein Wort zum Mattenhof Referendum sagen. Dies wird nun gerne mit dem Budget verknüpft und zwar auf eigenartige Weise. Alle Einwohner:innen hier drin wissen, dass in diesem Fall alle für den Verkauf einer Gemeindeliegenschaft sind. Aber man ist mit dem Preis ganz und gar nicht einverstanden. Zu behaupten, dass sie gegen einen Verkauf sind ist schlicht eine Lüge. Ob es für die Gemeinde besser oder schlechter ist, wenn sie mehr Geld für ihr Grundstück erhält, überlässt er den Anderen. Die erhofften

Steuerbatzen jedenfalls werden spärlich ausfallen, wenn tatsächlich so viele Unternehmen in den Mattenhof kommen wie angekündigt. Falls doch mehr Wohnungen gebaut werden als angekündigt, dann sieht es mit den Steuern schon besser aus. Aber dann ist der Landpreis von Fr. 800.00 ein doppeltes Weihnachtsgeschenk.

Paul Winiker dankt den Mitgliedern des Einwohnerrates für die gute Kommissionsarbeit mit vielen konstruktiven Einzeldiskussionen. Auch die beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung wurden in den Kommissionen gelobt für ihre Arbeit, diesem Dank – allem voran an Beat Fallegger – möchte der Gemeindepräsident sich anschliessen.

Die Budgetdebatte wurde mit dem Planungsbericht am 27. September 2012 bereits vorweg genommen. Die dabei geführten Diskussionen sind ins Budget 2013 eingeflossen. Der Gemeinderat spürt nun eine grosse Einigkeit. Gerade aufgrund der Tatsache, dass das Budget in den vergangenen zwei Jahren vom Volk abgelehnt wurde, sind nun die Parteien zusammen mit dem Gemeinderat dafür verantwortlich, ein einheitliches Bild abzugeben, damit auch die Säule der zusätzlichen Einnahmen für die Gesundung der Gemeindefinanzen erreicht werden kann.

Wünschenswerte Zukunftsprojekte müssen später diskutiert werden.

Das Sparpaket B55 des Kantons hat, wie bereits erwähnt wurde, Auswirkungen auf das Budget 2013 sowie die weitere Planung. Im besten Fall rechnet Kriens für das nächste Jahr mit einer Entlastung von 0.5 Mio. Franken. In den Folgejahren sollte die Entlastung sogar noch etwas grösser werden, zumindest auf dem Papier. Ob die Planungsparameter aber tatsächlich so umgesetzt werden können, bleibt offen. Fest steht, dass der Kanton nicht die Probleme, die bei den Gemeinden bestehen, lösen kann. Das wäre nach dem Prinzip Hoffnung und somit der falsche Ansatz. Die Erwartung der Gemeinden darf es aber sein, dass keine weiteren Belastungen von Seiten des Kantons geschaffen werden. Diese Botschaft muss ankommen.

Rolf Schmid hat bereits zahlenmässig ausgeführt, wie die Steuerpflichtigen in den letzten Jahren entlastet wurden bzw. was die geplante Steuererhöhung für Auswirkungen hat. Bei einem verheirateten Ehepaar mit einem Einkommen von Fr. 50'000.00 liegt die Entlastung immer noch bei rund Fr. 1'750.00. Seit 2007 wurden die Steuerzahlenden mit rund 18 Mio. Franken entlastet, dazu kommen Pflegefinanzierungskosten von 6 Mio. Franken sowie Sanierungskosten für die Pensionskasse der Gemeinde Kriens von 2 Mio. Franken, weshalb man nun nur noch Defizite schreibt. Die Massnahmen waren sicher nicht alle aufeinander abgestimmt, aber es waren politische Entscheidungsprozesse. Dort wo man konnte, hat man in Kriens die Kosten beeinflusst und man kann sagen, dass man die selbstgemachten Zahlen im Griff hat. Auch weist die Gemeinde nicht zu „fette“ Strukturen auf, im Gegenteil, man hört sogar, dass Kriens nicht mehr schlank, sondern bereits magersüchtig sei.

Das vorliegende Budget ist mit 2,7 Mio. Franken Defizit sicherlich kein Meisterwurf und man kann auch nicht von einem Befreiungsschlag reden. Es wird weiterhin Anstrengungen brauchen, beruhend auf dem Vier-Säulen-Prinzip, ergänzt mit der fünften Säule „Dynamisierung“. Der Sprecher hofft, dass das Parlament und der Gemeinderat am 3. Februar 2012 so wahrgenommen werden, dass die Zeichen erkannt wurden und ein Handeln unumgänglich ist. Der Sprecher dankt für die Zustimmung zum Budget 2013.

Martin Heini ergänzt, dass die Detailzahlen zum Budget 2013 dem bereits ausgeteilten Handout entnommen werden können.

**Detailberatung**

**Seite 2 LR - Konto 011.00.300.00 Entschädigung Sitzungsgelder**

Christine Kaufmann-Wolf stellt namens der Geschäftsleitung den Antrag, die Entschädigung der Sitzungsgelder des Einwohnerrates auf Fr. 106'000.00 zu setzen. Im Voranschlag wird eine Einsparung von Fr. 20'000.00 budgetiert. Diese Senkung ist im Vergleich mit anderen Senkungen prozentual sehr hoch. Die Geschäftsleitung ist sich einig, dass eine Kürzung der Entschädigung mittels Pauschalisierung und Verzicht der falsche Ansatz ist. Allgemein haben die Parteien bereits heute schon Mühe, Personen zu finden, die bereit sind, diese intensive Arbeit für die Allgemeinheit zu leisten.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung sind jedoch der Meinung, dass es richtig ist, ein Zeichen zu setzen. Daher stellen Sie den Antrag, für das Jahr 2013 die Pauschale von Fr. 1'000.00 pro Einwohnerrat auf Fr. 500.00 zu halbieren sowie eine weitere Reduktion der Pauschale für das Präsidium um Fr. 500.00. Dies ergibt eine Einsparung von Fr. 18'500.00. Mit einer Halbierung der Pauschale leisten alle Einwohnerräte den gleichen Sparbeitrag. Diese Reduktion ist einmalig bzw. beschränkt sich auf den Voranschlag 2013.

**Abstimmung über den Antrag der Geschäftsleitung (Sitzungsgelder Einwohnerrat)**

Mit 26:4 Stimmen wird der Antrag der Geschäftsleitung angenommen.

Berger, Rita	GL, 106'000
Bienz, Bruno	GL, 106'000
Bienz, Viktor	GL, 106'000
Bieri, Esther	GL, 106'000
Bründler, Anton	GL, 106'000
Camenisch, Râto	GL, 106'000
Dalla Bona, Mara	GL, 106'000
Erni, Roger	GL, 106'000
Fässler, Peter	GL, 106'000
Fluder, Hans	GL, 106'000
Frey, Maurus	GR, 104'500
Gartmann, Hans	GL, 106'000
Graber, Kathrin	GL, 106'000
Graf, Alfons	GL, 106'000
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	GL, 106'000
Heiz, Martin	GL, 106'000
Kaufmann-Wolf, Christine	GL, 106'000
Kloter, Yanik	GR, 104'500
Mathis-Wicki, Judith	GL, 106'000
Meyer, Pascal	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	GL, 106'000
Piazza, Daniel	GL, 106'000
Portmann, Peter	GL, 106'000
Schmid, Rolf	GL, 106'000
Schwizer, Roland	GL, 106'000
Takacs, Fabian	GR, 104'500
Tanner, Beat	GL, 106'000
Tschümperlin, Erich	GR, 104'500
Urfer, Mario	GL, 106'000
Wicki Roth, Verena	GL, 106'000
Zosso, René	GL, 106'000

**Seite 2 LR - Konto 011.00.365.00 Beitrag an Parteien**

Christine Kaufmann-Wolf stellt namens der Geschäftsleitung den Antrag, den Aufwand von Fr. 25'500.00 wieder in den Voranschlag 2013 aufzunehmen. Die Parteien und Fraktionen

sind das Rückgrat des Parlaments. Die intensive Arbeit und das Engagement erfolgen freiwillig. Für die dazu nötigen Aufwendungen kommen in der Regel Mitglieder und Parlamentarier selber auf. Die Krienser Parlamentarier verzichten bereits bei der Pauschale auf einen happigen Entschädigungsbetrag. Gerade für die kommenden kommunalen Abstimmungen wie zum Beispiel das Budget mit Steuererhöhung sind finanzielle Mittel aber dringend erforderlich. Die Arbeit der demokratischen Basis soll nicht gefährdet werden. Darum ist dieser Betrag wieder in den Voranschlag 2013 aufzunehmen.

Roger Erni möchte als Präsident der FGK daran erinnern, dass bereits am 27. September 2012 anlässlich der Behandlung des Planungsberichts von Seiten des Parlaments der Wunsch geäußert wurde, auf diese Kürzung im Voranschlag 2013 zu verzichten. Der Gemeinderat hat diesen Einwand anscheinend nicht ernst genommen. Die FGK hat sich mit 6:1 Stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung angeschlossen, da die Mitglieder des Einwohnerrates ihren Sparbeitrag bereits im Rahmen ihrer Sitzungsgelder leisten. Bei den Parteibeiträgen zusätzlich zu sparen, wäre unverhältnismässig.

**Abstimmung über den Antrag der Geschäftsleitung (Parteibeiträge)**

Mit 29:2 Stimmen wird dem Antrag der Geschäftsleitung zugestimmt.

Berger, Rita	GL, 25'500
Bienz, Bruno	GL, 25'500
Bienz, Viktor	GL, 25'500
Bieri, Esther	GL, 25'500
Bründler, Anton	GL, 25'500
Camenisch, Ráto	GL, 25'500
Dalla Bona, Mara	GL, 25'500
Erni, Roger	GL, 25'500
Fässler, Peter	GL, 25'500
Fluder, Hans	GL, 25'500
Frey, Maurus	GL, 25'500
Gartmann, Hans	GL, 25'500
Graber, Kathrin	GL, 25'500
Graf, Alfons	GL, 25'500
Günter, Michael	GR, 0
Hahn, Alex	GL, 25'500
Heiz, Martin	GL, 25'500
Kaufmann-Wolf, Christine	GL, 25'500
Kloter, Yanik	GL, 25'500
Mathis-Wicki, Judith	GL, 25'500
Meyer, Pascal	GL, 25'500
Nyfele, Nicole	GL, 25'500
Piazza, Daniel	GL, 25'500
Portmann, Peter	GL, 25'500
Schmid, Rolf	GL, 25'500
Schwizer, Roland	GL, 25'500
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	GL, 25'500
Tschümperlin, Erich	GR, 0
Urfer, Mario	GL, 25'500
Wicki Roth, Verena	GL, 25'500
Zosso, René	GL, 25'500

**Seite 21 LR - Konto 300.03.319.01 Jungbürger-Feier**

Roger Erni nimmt Bezug auf das Votum der USK, gemäss welchem diese bedauert, dass die Jungbürgerfeier abgeschafft wurde. Präzisierend möchte er festhalten, dass diese Feier nicht abgeschafft, jedoch neu nur noch alle zwei Jahre durchgeführt wird.

**Seite 21 LR - Konto 310.00 Denkmalpflege, Heimatschutz**

Mario Urfer fragt sich, ob sich die Gemeinde bei der Denkmalpflege und dem Heimatschutz aus der Verantwortung stiehlt. Seit zwei Jahren wurden keine Gemeindebeiträge eingesetzt, im dritten Jahr wird dann wohl keine Rechnung oder Voranschlag mehr ausgewiesen. Die SP/Juso-Fraktion meint, die Gemeinde ist verpflichtet, zu den identitätsstiftenden Kulturgütern Sorge zu tragen und diese, wenn nötig, finanziell zu unterstützen.

Cyrill Wiget erklärt, dass es im Rahmen der Finanzreform in diesem Bereich Veränderungen gegeben hat. Bisher musste, wenn der Kanton einen Beitrag leistete, die Gemeinde ebenfalls einen Anteil gemäss einem vordefinierten Verteilschlüssel übernehmen. Dies ist nun nicht mehr so, sondern der Kanton übernimmt den gesamten Beitrag. Die Gemeinde kann jedoch auf freiwilliger Basis ebenfalls einen Beitrag leisten. Darauf hat man aber die letzten Jahre, auch im Auftrag des Einwohnerrates, verzichtet.

**Seite 50 LR - Konto 810.00.435.00 Verkaufserlös Holz**

Viktor Bienz möchte wissen, warum in diesem Jahr nicht geholt wird, wenn man doch auf Einnahmequellen angewiesen ist. Im Kanton Luzern sind bekanntlich die Wälder unternutzt.

Nach Cyrill Wiget besteht der Druck auf das Budget schon seit zehn Jahren und deshalb wurde in der Vergangenheit viel Holz geschlagen und diese „Einnahmequelle“ ausgeschöpft. Das führt dazu, dass die gut zugänglichen Waldstücke inzwischen durchforstet sind. Einen Holzzuwachs, welcher einen grösseren Ertrag generiert, gibt es momentan nicht. In Absprache mit der Kooperation Luzern wird deshalb vorübergehend auf eine Abholzung verzichtet. Der Wald braucht etwa zwei bis drei Jahre Schonzeit.

**Seite 52 LR - Konto 900.00.400.10 Gemeindesteuern: Ertrag laufendes Jahr**

Fabian Takacs stellt namens der JG den Antrag, die Einwohnergemeindesteuern für das Jahr 2013 auf 2.10 Einheiten festzulegen, d.h. gegenüber 2012 um 2/10 Einheiten zu erhöhen. Die Jungen Grünen sind erfreut, dass sich alle Parteien für eine Steuererhöhung aussprechen. Es ist bekannt, dass der Steuersenkungswahn der vergangenen Jahre nicht zum erhofften Ziel geführt hat und das man inzwischen „auf dem Zahnfleisch läuft“. Deshalb sollte man heute ein richtiges und deutliches Zeichen setzen und die Steuern um die benötigten 2/10 Einheiten anheben. Der Sprecher befürchtet, dass die Stimmbürger – wenn sie das Budget mit Sparmassnahmen von rund 1,8 Mio. Franken und der Steuererhöhung um 1/10 Einheit sehen – glauben, es gäbe noch mehr Sparpotential. Das Signal an die Stimmbürger ist eine schwache Leistung und diffus. Man muss dazu stehen, dass keine Substanz mehr vorhanden ist und dass die Sparmassnahmen zum Teil ein Armutszeugnis sind. Auch ist nicht zu unterschätzen, dass diese teilweise zu einem Bumerang-Effekt führen. Beispielsweise wenn die Beschaffung von Hardware für die Gemeindeangestellten zurückgestellt wird. Die JG danken im Namen der jungen Generation, welche ein Budget für ihre Zukunft haben möchte, für die Unterstützung ihres Antrags.

Anton Bründer opponiert dem Antrag. Die JG haben noch zu wenig Erfahrung und zeigen keine Weitsicht. Das Budget bzw. die Steuererhöhung wurden bereits zweimal abgelehnt. Wenn man die Fuhre nun zu stark belädt, spielt man mit dem Feuer.

Yanik Kloter findet es sehr gewagt, den JG ihre Weitsicht abzusprechen. Man könnte genau so gut sagen, diese war auf rechter Seite nicht vorhanden, als man die kantonalen

Steuersenkungen beschlossen hat. Zusätzlich auch auf kommunaler Ebene weitere Steuersenkungen „durchzupeitschen“, spricht ebenfalls nicht für Besonnenheit. Der Gemeinde Kriens sitzt das Messer am Hals und der Druck ist inzwischen so stark, dass es weh tut. Die Linken trauen sich, dem Volk diese Wahrheit zu unterbreiten. Nur so nimmt man dieses nämlich ernst.

Daniel Piazza hätte es begrüsst, wenn der Antrag für 1/5-Steuererhöhung bereits anlässlich der FGK-Sitzung gestellt worden wäre. Zum Antrag selbst fällt ihm ein Sprichwort von Otto von Bismarck ein: „Politik ist die Kunst des Möglichen.“ Im 2010 ist man bei den Stimmbürgern mit einer Steuererhöhung um 1/10 Einheit gescheitert, im 2011 ebenfalls mit einer solchen von 1/20. Wie bitte soll bei dieser Ausgangslage eine Steuererhöhung um 2/10 Einheiten eine Chance haben? Wenn die JG darauf eine Antwort finden, ist der Sprecher gerne bereit, über den Antrag inhaltlich zu diskutieren. Denn er hat inhaltlich durchaus Sympathien für das Anliegen. Auch ihn stört es enorm, dass Kriens seit 2008 Defizite schreibt und auf Kosten der zukünftigen Generationen lebt. Trotzdem kann er das Anliegen nicht mittragen. Es wäre der verzweifelte Versuch, mit einem Federstreich alle Probleme zu lösen, aber weit gefehlt, denn es braucht sehr viel mehr. Beispielsweise eine Dynamik in Kriens. Aber genau diese verzögern die Grünen/JG mit ihrem Mattenhof-Referendum. Der Sprecher hofft insbrünstig, dass die Entwicklung im Mattenhof durch dieses Begehren nicht ganz gestoppt wird.

Der jetzige Antrag zeugt von Ungeduld und könnte dem Ziel einer Steuererhöhung von 1/10 Einheiten den Todesstoss versetzen. Der Einwohnerrat weiss aus Erfahrung, dass wenn keine Einigkeit bei den Parteien herrscht, das Volk „Nein“ sagt. Der Sprecher befürchtet, wenn man eine Steuererhöhung von 1/5 vorschlägt, hat man am Schluss weder 1/5 noch 1/10, sondern gar nichts. Es ist besser, den Spatz in der Hand zu halten, als die Taube auf dem Dach. Sonst hat die Gemeinde Kriens ein grosses Problem.

Räto Cameinsch möchte daran erinnern, dass die SVP letztes Jahr das Budget inklusive der Steuererhöhung mitgetragen hat. Man muss aber auch mal sagen, dass Kriens nicht so traurig dasteht, wie das von linker Seite dargestellt wird. Kriens hat sehr gute Perspektiven für die Entwicklung, beispielsweise im Mattenhof oder auch im Eichhof-Gebiet. Es stimmt, dass die Gemeinderechnung zusätzlich belastet wurde und dass deshalb die Rechnung mit den erfolgten Steuersenkungen nicht aufgegangen ist. Nun besteht bei den Finanzen eine „Delle“, welche berichtigt werden muss. Es braucht in Kriens Einwohnerinnen und Einwohner, die lange und ausgiebig Steuern zahlen und deshalb geht die im Budget 2013 vorgeschlagene Feinjustierung in Ordnung, hohe Steuern braucht es hingegen nicht.

Rolf Schmid informiert, dass auch in der CVP/JCVP-Fraktion eine Erhöhung um 2/10 Einheiten diskutiert wurde, da diese einen grossen Schritt bedeuten würde. Dieser würde aber vor dem Volk nicht gelingen. Daniel Piazza hat es richtig gesagt, 1/10 Einheit reichen eigentlich nicht aus, aber man muss realistisch bleiben. Die Diskussionen im privaten Umfeld des Sprechers zeigen zudem, dass noch lange nicht gesagt ist, dass man überhaupt den Spatz in der Hand hat sprich die 1/10 Einheiten vom Volk gutgeheissen werden.

Paul Winiker erklärt, dass der Gemeinderat an seinem Antrag festhält. Er bittet den Einwohnerrat mitzuhelfen, damit das Machbare gemacht werden kann.

Erich Tschümperlin findet die Überlegungen der JG legitim. Es handelt sich nicht um ein Torpedieren der Sache. Schliesslich ist der Einwohnerrat dafür da, dass diskutiert und hinterfragt wird und am Schluss können die Mitglieder abstimmen. Der Sprecher schätzt die konstruktiven Voten, welche er vorhin zum Teil hören durfte.

**Abstimmung über den Antrag der JG (Steuererhöhung um 2/10 Einheiten)**

Mit 26:6 Stimmen wird der Antrag der JG abgelehnt.

Berger, Rita	GR, 2,0 Einheiten
Bienz, Bruno	JGrüne, 2,1 Einheiten
Bienz, Viktor	GR, 2,0 Einheiten
Bieri, Esther	GR, 2,0 Einheiten
Bründler, Anton	GR, 2,0 Einheiten
Camenisch, Räto	GR, 2,0 Einheiten
Dalla Bona, Mara	GR, 2,0 Einheiten
Erni, Roger	GR, 2,0 Einheiten
Fässler, Peter	JGrüne, 2,1 Einheiten
Fluder, Hans	GR, 2,0 Einheiten
Frey, Maurus	GR, 2,0 Einheiten
Gartmann, Hans	GR, 2,0 Einheiten
Graber, Kathrin	GR, 2,0 Einheiten
Graf, Alfons	GR, 2,0 Einheiten
Günter, Michael	GR, 2,0 Einheiten
Hahn, Alex	GR, 2,0 Einheiten
Heiz, Martin	GR, 2,0 Einheiten
Kaufmann-Wolf, Christine	GR, 2,0 Einheiten
Kloter, Yanik	JGrüne, 2,1 Einheiten
Mathis-Wicki, Judith	GR, 2,0 Einheiten
Meyer, Pascal	GR, 2,0 Einheiten
Nyfeler, Nicole	JGrüne, 2,1 Einheiten
Piazza, Daniel	GR, 2,0 Einheiten
Portmann, Peter	GR, 2,0 Einheiten
Schmid, Rolf	GR, 2,0 Einheiten
Schwizer, Roland	GR, 2,0 Einheiten
Takacs, Fabian	JGrüne, 2,1 Einheiten
Tanner, Beat	GR, 2,0 Einheiten
Tschümperlin, Erich	JGrüne, 2,1 Einheiten
Urfer, Mario	GR, 2,0 Einheiten
Wicki Roth, Verena	GR, 2,0 Einheiten
Zosso, René	GR, 2,0 Einheiten

**Seite 2 IR - Konto 620.00.501.18 Neubau Hergiswaldbrücke**

Christine Kaufmann-Wolf erkundigt sich, für welche Arbeiten bei der Hergiswaldbrücke die Fr. 300'000.00 budgetiert sind bzw. für was dieser Betrag eingesetzt wird. Gemäss Bericht und Antrag Nr. 243/11 sprach man von Fr. 237'000.00 Nettokosten für den Rückbau inkl. Sanierung. Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2011 sprachen sich 17 Mitglieder des Einwohnerrates gegen den teuren Rückbau aus. Es wurde nur die notwendige Sanierung gewünscht. Das wären gemäss damaligem Bericht und Antrag und damaliger Aussage von Moritz Büchi noch ca. 100'000.00 bis 140'000.00. Die Sprecherin ist sehr irritiert darüber, dass nun trotz des Verzichts auf den teuren Rückbau Fr. 300'000.00 aufgenommen wurden.

Matthias Senn erklärt, dass diese Fr. 300'000.00 nicht nur den Rückbau, sondern auch den Einbau des Deckbelags für die neue Brücke beinhalten.

**Seite 15 B+A bzw. Seite 2 IR - Konto 217.00.503.39, Bericht Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung Nr. 268/11**

Für Roger Erni stellt sich die Frage, wann eine Motion wie die seine abzuschreiben ist. Er vertritt die Auffassung erst dann, wenn man weiss, dass definitiv mit den Bauarbeiten gestartet wird. In seinem Bericht hält der Gemeinderat fest, dass die Sanierung nicht erfolgen kann, falls der Voranschlag 2013 und somit die Steuererhöhung abgelehnt wird. Dies erachtet der Sprecher einmal mehr als „Trotzreaktion“ des Gemeinderates. Deshalb beantragt er, seine Motion nicht abzuschreiben. Die heute bestehende Containerlösung kostet viel.

Paul Winiker ist nach wie vor der Meinung, dass die Gesamt-Sanierung umgesetzt wird. Sollten tatsächlich alle Stricke reissen und das Budget 2013 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versenkt werden, wäre Roger Erni gezwungen, eine erneute Motion einzureichen. Heute soll sich der Einwohnerrat aber optimistisch zeigen und davon ausgehen, dass das Budget 2013 genehmigt wird.

Kathrin Graber namens der CVP/JCVP-Fraktion hat dem Bericht entnommen, dass es die Forderung von Roger Erni war, die Gesamtsanierung weiterzuverfolgen und den Schulraum Gabeldingen langfristig zu sichern. Das setzt der Gemeinderat um, weshalb der Einwohnerrat eigentlich die Motion abschreiben könnte. Die Sprecherin ist sich jedoch nicht sicher, ob die Motions-Forderung im Bericht tatsächlich richtig bzw. vollständig wiedergegeben wurde.

Roger Erni ergänzt, dass im Motionstext stand, dass das Schulhaus Gabeldingen, wenn möglich im zweiten Semester des Schuljahres 2011/2012 einer Gesamtsanierung unterzogen wird, damit baldmöglichst (Ziel: Beginn Schuljahr 2012/2013) wieder der Schulraum zur Verfügung steht. Deshalb kann die Motion heute nicht abgeschrieben werden.

Für Mario Urfer namens der SP/Juso-Fraktion steht und fällt die Motion mit der Genehmigung des Voranschlags 2013 durch die Stimmberechtigten. Die SP setzte sich immer für die Quartierschulhäuser ein, auch für Gabeldingen. Sie will Quartiere Stärken als Schulraum und Quartier-Treffpunkte. Aber genau aus dem Einzugsgebiet dieser Schulanlage könnten viele Nein-Stimmen zur Steuerkorrektur kommen. Ist es dem Motionär ernst die Schulanlage zu erhalten, dann steht er in der Pflicht, diese Stimmdenden für eine Steuerkorrektur zu gewinnen.

Matthias Senn erläutert, dass für das Provisorium Gabeldingen in der Investitionsrechnung 2013 Fr. 130'000.00 budgetiert wurden. Dies entspricht ziemlich genau den Kosten für ein Jahr. Im Jahr 2011 (seit Oktober) beliefen sich diese auf Fr. 30'000.00 bis Fr. 40'000.00. Insgesamt betragen die Kosten für das Provisorium demnach rund Fr. 300'000.00.

**Abstimmung Abschreibung Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung Nr. 268/11**

Mit 14:16 Stimmen wird die Motion nicht abgeschrieben.

Berger, Rita	nicht Abschreibung
Bienz, Bruno	GR, Abschreibung
Bienz, Viktor	nicht Abschreibung
Bieri, Esther	GR, Abschreibung
Bründler, Anton	GR, Abschreibung
Camenisch, Räto	nicht Abschreibung
Dalla Bona, Mara	nicht Abschreibung
Erni, Roger	nicht Abschreibung
Fässler, Peter	GR, Abschreibung

Fluder, Hans	GR, Abschreibung
Frey, Maurus	GR, Abschreibung
Gartmann, Hans	nicht Abschreibung
Graber, Kathrin	nicht Abschreibung
Graf, Alfons	GR, Abschreibung
Günter, Michael	GR, Abschreibung
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	GR, Abschreibung
Kaufmann-Wolf, Christine	nicht Abschreibung
Kloter, Yanik	GR, Abschreibung
Mathis-Wicki, Judith	nicht Abschreibung
Meyer, Pascal	nicht Abschreibung
Nyfeler, Nicole	GR, Abschreibung
Piazza, Daniel	nicht Abschreibung
Portmann, Peter	nicht Abschreibung
Schmid, Rolf	nicht Abschreibung
Schwizer, Roland	nicht Abschreibung
Takacs, Fabian	GR, Abschreibung
Tanner, Beat	nicht Abschreibung
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	GR, Abschreibung
Wicki Roth, Verena	GR, Abschreibung
Zosso, René	nicht Abschreibung

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. **Die laufende Rechnung für das Jahr 2013**

mit einem Gesamtaufwand von	Fr. 173'694'300
und einem Gesamtertrag von	<u>Fr. 170'946'300</u>
somit einem Mehraufwand von	Fr. 2'748'000

und **die Investitionsrechnung für das Jahr 2013** mit

Investitions-Ausgaben von	Fr. 20'707'000
und Investitions-Einnahmen von	<u>Fr. 2'000'000</u>
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr. 18'707'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2013 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2013 wird auf 2.00 Einheiten festgelegt, d.h. gegenüber 2012 um 1/10 Einheit erhöht.
5. Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2013 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
6. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffer 1 und 4 unterliegen dem obligatorischen Referendum. Ziffern 2 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum.

7. *Folgender Vorstoss wird nicht abgeschrieben;*  
*Motion Erni Nr. 268/2011: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung*
8. *Mitteilung an den Gemeinderat zur Ansetzung der Volksabstimmung.*

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 008/12:**  
**Der Beschlusstext wird mit 28:3 Stimmen genehmigt.**

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini bedankt sich beim Sachverständigen und verabschiedet diesen.

**4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Dorfkern** **Nr. 011/12**

1. Lesung

Martin Heini begrüsst als Sachverständigen Urs Muff.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der Baukommission unbestritten. Die BK wurde über den Ursprung für diesen Bebauungsplan informiert. Es wurde über die Verkehrsführung diskutiert. Ebenfalls waren die beiden Häuser Gallusstrasse 5/5a und Gallusstrasse 7 ein längeres Thema. Weiter hat sich die BK dann mit den Sonderbauvorschriften befasst und dabei festge-

stellt, dass nicht alle Artikel dem neuen Bau- und Zonenreglement angepasst sind. Deshalb wurden auch die Anträge der Baukommission eingereicht. Die BK hat den Bebauungsplan zur Kenntnis genommen, da es sich heute aber um die 1. Lesung handelt, fand keine Abstimmung zum Beschlusstext statt.

Martin Heini erwähnt, dass sich Gemeinderat Cyrill Wiget als Direktbetroffener im Ausstand befindet. Da dies die erste Lesung ist, erfolgt keine Beschlussfassung.

Gemäss René Zosso hat die CVP/JCVP/GLP Fraktion dieses Geschäft eingehend diskutiert und die verschiedenen Varianten abgewogen. Die Fraktion begrüsst die Anstrengungen, aus der heutigen unbefriedigenden Situation ein neues Ganzes entstehen zu lassen und den Versuch, das historische Kriens repräsentierende Elemente mit neuem, hochwertigem Wohn- und Arbeitsraum zu kombinieren. Die Idee des offenen Innenhofes und die damit entstehenden Fussgängerachsen und Begegnungsräume könnten den heute hektischen und beengten Raum aufwerten und auch einen neuen Ort zum Verweilen schaffen, wie er in Kriens so sehr gebraucht wird. Mit dem Bebauungsplan erhalten alle Beteiligten gute Entwicklungsmöglichkeiten. Das vorgesehene Wettbewerbsverfahren soll die dringend benötigte qualitätsvolle Gestaltung dieses Kernbereiches sicherstellen. Es werden 5 Vollgeschosse, mit Wettbewerb sogar 6, möglich, in denen Wohnen und Arbeiten gleichermaßen ihren Platz finden sollen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stellt sich deshalb positiv zur Durchführung eines Wettbewerbes. Den Antrag der FDP, auf Fassadenerhöhung von 16.5 plus Attika auf 19.5 ohne die formulierten Auflagen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ab. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob es nötig ist, die Bauten Breithaus und Neubreithaus zu opfern. Im Planungsbericht werden sie als schützenswert bzw. erhaltenswert eingestuft, aber auch als sanierungsbedürftig. Der Zahn der Zeit hat besonders am Breithaus ziemlich genagt bzw. man hat ihn nagen lassen. Aber trotzdem, hier geht möglicherweise historische Krienser Substanz unwiederbringlich verloren. Das sollte allen zu denken geben. Und das sollte es heute eigentlich nicht mehr geben. Historische Werte sind Kapital für die Zukunft das wir den Nachkommen bewahren sollen. Im Bebauungsplan wird im Rahmen der Beurteilung des Entlassungsgesuches für die Gallusstrasse 7 bemängelt, dass für die Gemeinde Kriens kein „eigentümerverbindlicher Schutzplan“ bestehe, was den konsequenten Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz nicht gewährleistet. Weiter ist dort zu entnehmen, dass, wenn nur dieses Einzelobjekt erhalten werden soll und nicht auch das alte Breithaus, ein Erhalt nicht mehr sinnvoll sei. Also eine Art Bankrotterklärung.

Aller Nostalgie zum Trotz ist es richtig, dass dieses Gebiet neu entstehen kann und es ist zu akzeptieren, dass dies Opfer fordert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion schlägt vor, dass der Variante A den Vorzug gegeben wird, da sie wenigstens das schützenswerte Objekt Neubreithaus ausnimmt.

Die Fraktion CVP/JCVP/GLP ist für Eintreten für dieses Zukunftsprojekt und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Gemäss Michael Günter namens der SVP-Fraktion hat man mit dem vorliegenden Bebauungsplan einmal mehr ein Geschäft, welches ein Impuls für das Zentrum geben soll. Wenn man den Bebauungsplan anschaut, treten drei Ziele in den Vordergrund. Erstens, die Verschiebung der Baulinie und die Höhenfestlegung in der Luzernerstrasse. Zweitens, die Änderung der Verkehrsregie mit der Schliessung der Gallusstrasse nach Horw. Dort entsteht Platz für die Bevölkerung. Drittens wird geregelt, was mit den erhaltenswerten Häusern in diesem Gebiet geschehen soll. Dies sind nach der Ansicht des Sprechers alles schöne Aspekte. Tatsache ist jedoch, dass für die Änderung der gesamten Verkehrsregie, sich die Baulinien än-

dern. Und zweitens ist dies nur in Abstimmung mit dem Kanton möglich. Die SVP bezweifelt, dass dies funktionieren kann. Drittens muss man sehen, dass die Änderung von Baulinien nur dann möglich ist, wenn die Grundeigentümer in diesem Projekt auch mitmachen, was heisst, wenn sie neu bauen. Das Gleiche gilt auch für den Bau und Schutz von schützenswerten Objekten. Die Grundeigentümer müssen mitmachen. Wenn sie nicht mitmachen, wird nichts investiert und die Gebäude verlottern. Das Fazit ist, dass vieles von den Grundeigentümern abhängig ist. Deshalb muss der Bebauungsplan mit und nicht gegen die Grundeigentümer erarbeitet werden. Die Bedenken sowie die Interessen müssen berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass eine Planungsleihe produziert wird. Die Kulturgüter der Gemeinde drohen zu verlottern. Dies kann nur verhindert werden, wenn die Anliegen der Grundeigentümer mitintegriert werden. Für die SVP kommt deshalb nur die Variante B in Frage. Nur wenn die Grundeigentümer mitgestalten können, kommt für die Gemeinde ein positiver Impuls.

Weiter muss die Gebäudehöhe berücksichtigt werden, was bereits schon in der BK besprochen wurde. Vorgeschlagen sind gemäss Planungsbericht, 16.5 Meter, was wie 5 Vollgeschosse zählt. Nebenan steht das Späni-Gebäude mit 6 Vollgeschossen. Es stellt sich die Frage, wieso man nur 5 Stockwerke will und für das 6. Geschoss einen Wettbewerb zulässt? Das Gemeindehaus darf 22 Meter hoch werden. Wenn dieses Anliegen nicht umgesetzt wird, passiert an der Luzernerstrasse 16 / 18 / 20 nichts, sondern das Baugesuch wird hinfällig. Der Er- und Unterhalt der Schützenswerten Objekte wird in Frage gestellt.

Hans Gartmann namens der FDP-Fraktion stellt die Frage, wie lange die Bauprofile beim ehemaligen Restaurant Bahnhöfli gestanden sind. Wenn er den Text liest, stellt er sich die Frage, wo der Kern in Kriens ist. Sind wir nicht eine Stadt? Die Krienser sagen zwar jeweils, man gehe ins Dorf. Es bestehen auch Kernzonen wie der Hofmattplatz oder allenfalls das Schappe-Center oder der Dorfplatz. Man soll in diesem Dreieck schauen, dass Bauwillige die Möglichkeiten haben, etwas zu realisieren. Aber nicht alle wollen in diesem Dreieck bauen. Es bestehen dort zwei Liegenschaften, welche als Schützens- bzw. Erhaltenswert bezeichnet werden. Das Holzhaus ist aber in einem sehr schlechten Zustand. Soll dies erhalten bleiben, dann nicht mit den vorhandenen Materialien. Mit diesen kann man nichts mehr machen. Das Steinhaus ist nichts Besonderes. Wenn man dort etwas machen will, dann mittels zurückversetzen oder mit einem Wettbewerb, welche beide Gebäude einbezieht. Darum hat die FDP diese Anträge gestellt. Vis-a-Vis wo das Zentrum Pilatus entstehen soll, ist eine Höhe von 22 Metern erlaubt. In Antrag geht es darum von 16.5 auf 19.5 Meter zu erhöhen. Es ist für die Leute nicht feststellbar, ob die Gebäude jetzt 19 oder 22 Metern hoch sind, denn es fällt nur gerade das auf, was sich auf Augenhöhe befindet. Alles was höher ist, wird gar nicht erst angeschaut. Darum soll der Erhöhung auf 19.5 Meter zugestimmt werden. Wenn man keinen Wettbewerb hat, hat man nichts, auch die zu erhaltenden Gebäude nicht. Diese sind dann auch weg. Also nochmals gesagt, soll den 19.5 Metern zugestimmt werden mit der Variante B, damit die beiden zu erhaltenden Gebäude nicht wie das Gabeldingen enden. Mit der Zustimmung soll die Gemeinde Dynamik bekommen. Die Worte Standortförderung und Wirtschaftsförderung hat man schon oft gehört. Diesen soll nun Rechnung getragen werden.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer für Eintreten zum Bericht und Antrag Bebauungsplan Dorfkern. Mit dem Bebauungsplan soll eine langfristige Ortskernentwicklung entwickelt werden. Ein Dorfkern der Fussgängerfreundlich gestaltet ist und ein identitätstiftender Bewegungsraum werden soll. Im Bereich zwischen Hohle Gasse und Horwerstrasse soll ein verkehrsfreier Platz gestalten werden. Es könnte nachgeholt werden, was in Kriens fehlt. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante A. Das Dorfschulhaus, die Gebäudezeile Horwerstrasse und Gallusstrasse ist dem Neubreithaus Gallusstrasse 7 nicht aus dem Ortsbild wegzudenken. Begrüsst würde jedoch, wenn das schützenswerte Kulturobjekt Altbreithaus erhalten werden könnte, da es das letzte Gebäude dieser Zeit im Dorfkern ist. Die alte Linde würde heute wohl keiner mehr abreißen. Wünschenswert

ist sicher die Parksituation mit der geplanten Tiefgarage zu verbessern. Es stellt sich aber auch die Frage, ob ohne Verkehrskonzept der verlangte Nachweis erbracht werden kann, der Machbarkeit, die vorgesehene neue Verkehrsführung in die Einmündung in die Horwerstrasse und wie sich der Verkehr auf die anderen Straßenabschnitte auswirken wird. Im Bericht und Antrag steht, während der öffentlichen Mitwirkung seien Stellungnahmen eingegangen und einige Kompromisse seien erzielt worden. Da stellt sich die Frage, wie kamen die Lösungen mit den betreffenden Grundeigentümern zu Stande? Es sind anscheinend Lösungen vorhanden aber nicht zu aller Zufriedenheit. Wie geht der Gemeinderat mit Privateigentum um, wenn neu aus privatem, privat-öffentlicher Raum entstehen soll. Wird es eine Flut von Einsprachen geben, oder können die Beanstandungen und Bedenken mit den Eigentümern ausgeräumt werden. Dies sind wohl die Voraussetzungen für das Gelingen des Bebauungsplans, dem die SP/JUSO Fraktion positiv gegenüber steht.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Fabian Takacs für Eintreten. Man unterstützt die Pläne des Gemeinderates und der Arbeitsgruppe, das Gebiet Kriens Dorfkern optimal und nachhaltig entwickeln zu wollen.

Den Erhalt von „ursprünglicher“ Bausubstanz in diesem Perimeter erachtet die Grüne/JG-Fraktion als sehr zentral. Ein nachhaltiger Umgang mit schützenswerten Objekten und den letzten original Krienser Überresten ist gerade im Zentrum, welches identitätsstiftend sein sollte, notwendig. Die Aufnahme des Hauses Gallusstrasse 7 in das Inventar der Kulturobjekten scheint vor dem Hintergrund der Geschichte des Hauses sinnvoll. Mit dem Wohnhaus 5/5a, das um 1811 erbaut wurde, bildet sich ein ästhetischer Gegensatz zu den modernen Gebäuden hin zur Luzernerstrasse und macht so das Dreieck zwischen Horwer-Gallus-Luzernerstrasse zu einem zeitgeschichtlich lebendigen Dorfkern. Die Grünen/JG sind der Meinung, dass die einzelnen Objekte erhaltenswert und zusammen im Ensemble zwingend schützenswert sind. Diese Meinung teilen auch die Fachgremien und Fachleute.

Was zeichnet ein Dorfkern aus? Ein Dorfkern sollte nicht nur als einer erkannt werden, er sollte auch ein Gefühl von Ruhe und einer gewissen Ästhetik vermitteln. Das Bestreben den Strassenraum innerhalb des Perimeters phasenweise vom Verkehr zu entlasten und zu einem ruhigen Begegnungsraum für ganz Kriens aufwerten, begrüsst die Grüne/JG-Fraktion deshalb. Es ist zu hoffen, dass durch den Ausbau der Einmündung Horwerstrasse zur Luzernerstrasse, der Verkehr auf der Gallusstrasse respektive Hohlen Gasse abnimmt. Durchgangsverkehr ist nicht nur für die Anwohner unangenehm, sondern auch hinderlich für das Bestreben, den Dorfkern zu beleben.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Eigentümer und die Gemeinde darauf einigen könnten, dass die privaten Hofräume in diesem Perimeter, zu gemeinschaftlich genutzten Flächen umfunktioniert und von Parkplätzen befreit werden. Denn wenn man in unserem Dorfkern flanieren will, muss er eine gewisse Durchlässigkeit vorweisen und somit attraktiv sein. Oberirdische Parkplätze sind ein Konzept aus dem letzten Jahrhundert. Da Parkplätze im grossen Stil in einem Dorfkern nichts zu suchen haben, sind diese in einem Untergeschoss mehr als erwünscht. Dass die Grundeigentümer weniger Interesse haben, das Angebot an unterirdischen Parkplätzen auszubauen, ist logisch. Doch für die Weiterentwicklung unseres Dorfkerns sind gewisse Kompromisse beider Seiten zwingend erforderlich.

Die Grüne/JG-Fraktion ist der Ansicht, dass die Durchführung eines gemeinsamen Wettbewerbs bei einer Bauhöhe von über 16.5 Meter für das einheitliche Erschliessungsbild der Häuserfassaden von zentraler Bedeutung ist. So kann eine qualitative und ästhetisch ansprechende Häuserfassade erzeugt werden. Man will kein Flickwerk an der Hauptverkehrsachse. Dies kann durch die Zusammenarbeit der Grundeigentümer verhindert werden. Es ist im Interesse der Eigentümer hier zusammen zu spannen, wenn sie eine höhere Ausnützung haben

wollen. Die Grünen/JG sind bemüht, dass Kriens ein lebendiger und offener Dorfkern bekommt und unterstützen die Fahrtrichtung des Gemeinderates.

Hans Gartmann ist nicht erfreut über die Voten von Links und der CVP. In den nächsten 20 Jahren wird nicht viel passieren. Die erhaltenswerten Objekte in diesem genannten Dreieck sind nicht da und die Gebäude sind nicht schön. Die unterirdischen Parkplätze wären eine Chance, so etwas zu realisieren. Warum sollen die Einzelhäuser an der Luzernerstrasse nicht alle aneinander kommen? Und die 16.5 oder 19.5 Meter kommen dann auch nicht mehr darauf an. Deshalb soll die Variante B gewählt werden. Man bekommt den Platz, welchen man gerne hätte wie z.B. für die Busspur. Es ist nicht verständlich, dass man auf die Variante A tendiert, wo ein Wettbewerb verlangt wird und anschliessend nichts passiert. Damit kommt man nicht weiter. Es wird keinen Fortschritt in Kriens geben. Das hat man in den letzten Jahren ein paar Mal erlebt. Die Variante B bringt Kriens vorwärts.

Gemäss Erich Tschümperlin beschränkt sich der Gestaltungsspielraum auf den Bonus bei der Ausnützung der Gebäudehöhe. Finanzielle Anreize können nicht angeboten werden. Aber man kann Einfluss auf die Qualität nehmen. Es gibt ein Angebot an Investoren wenn man ein Projekt lanciert. In diesem Gebiet kann man mitgestalten, was Sinn macht. Wenn die Investoren das machen, was Sie wollen, ist das ausschliesslich gut für sie selber. Aber die Einwohner merken, ob ein Projekt gut ist oder nicht. Daher ist es wichtig, dieses Mittel nicht einfach aus der Hand zu geben. Man soll darauf bestehen, ein Projekt zu machen.

Alex Hahn ist der gleichen Meinung wie sein Vorsprecher Hans Gartmann. Man darf nicht vergessen, dass Investoren investieren um Geld zu verdienen und nicht, um Kriens einen schönen Dorfkern zu beschenken. Wenn man den Investoren mit vielen Bedingungen die Perspektiven verbaut, dann hat kein Investor mehr Interesse. Es ist wichtig, dass ein Investor einmal anfängt. Ein Wettbewerb ist diesen einfach zu teuer.

Rolf Schmid war lange Zeit hin und hergerissen. Schlussendlich hat ihn die Fraktionsmeinung überzeugt. Wenn Individuell, dann muss die Überbauung Dorfkern kommen. Mit Dorfcharakter. Kriens hat Potenzial. Vielleicht ergibt sich ein moderner Dorfkern mit städtischem Bereich.

Michael Günter schliesst beim Votum des Vorsprechers an. Wenn der Dorfkern etwas städtischer wird, stellt sich auch die Frage des verdichteten Bauens. Vor zwei Wochen wurde im Rat lange darüber geredet und es wurde schlussendlich Entschieden, dass man die verdichtete Bauweise will. Deshalb ist es wichtig, dass man im Zentrum ein Stockwerk höher bauen darf. Das Späni-Gebäude hat, wie bereits erwähnt, 6 Vollgeschosse. Warum sollen die Gebäude nebenan nur 5 Vollgeschosse haben. Das kann nicht aufgehen. Wenn die Grundeigentümer nichts machen, kommt die Verbreiterung der Luzernerstrasse nicht und auch nicht das Rechtsabbiegen beim ehemaligen Restaurant Bahnhöfli. Dann hat Kriens eine Planungsleihe, was in den letzten Jahren genug produziert wurde.

Gemäss René Zosso wurde viel von Verdichtung geredet, aber auch viel von Qualität. Es soll im Zentrum etwas Qualitätsvolles entstehen. Es soll einheitlich werden. Es sollen Fassaden entstehen, welche man gerne anschaut und nicht solche, die verlottern. Das 6. Stockwerk ist ein Zuckerli für den Bauherrn.

Gemäss Matthias Senn ist der Bebauungsplan ein übergeordnetes grundeigentümergebundenes Planungsinstrument. Ein Teil wird jetzt umgesetzt. Es besteht auch ein Inventar über die Kulturobjekte, welches behördenverbindlich ist. Die Visualisierung des Zentrums ist eingetroffen. Diese hätte man gerne schon an der BK-Sitzung gezeigt. Die Ausgangslage ist das Späni-Gebäude mit 16.5 Meter Höhe und 6. Vollgeschossen. Heutzutage wird nicht mehr in dieser Art gebaut. Darum sollen die Gebäude nebenan gleichhoch gebaut werden, einfach mit 5 Vollgeschossen wovon eines als Erdgeschoss bezeichnet wird und 4 als Vollgeschosse. Somit können alle ohne einen Wettbewerb durchführen zu müssen gleich hoch bauen. Die Situation wurde von Architekten immer als Massstäbe empfunden, die Höhe des Späni-Gebäude zu übernehmen. Der Gemeinderat war fast dabei, mit 6 Vollgeschossen zu arbeiten. Die Grundeigentümer müssten dafür aber auch etwas bieten. Deshalb ist die Auflage entstanden, zwei Gebäude jeweils miteinander zu bauen. Es ist dem Gemeinderat auch klar, dass diese Einschränkungen sind, welche den Grundeigentümer nicht Freude bereiten.

Auf einer zweiten Visualisierung ist die Einmündung Gallusstrasse zur Horwerstrasse zu sehen. Für den Gemeinderat ist es wichtig, noch etwas von der alten Dorfkernstruktur zu erhalten. Er hat diesbezüglich die Meinung der Arbeitsgruppe vorliegend, wie auch das Gutachten von Gerold Kunz. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dieser Bereich autofrei zu gestalten. Die Situation der Krienserhalle ist so, dass diese als Schützenswert eingestuft wird. Darüber ist keine Opposition vorhanden. Man freut sich, dass die Zone autofrei wird. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wenigstens dieser Punkt längerfristig erhalten bleiben soll.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Es folgt die **Detailberatung** zu den Sonderbauvorschriften.

### **S. 3 Antrag Art. 8.3.b**

Die FDP beantragt, dass in den Sonderbauvorschriften Art. 8.3.b die maximale Gebäudehöhe auf 19.50 Meter erhöht wird und der Artikel 8.3.c entsprechend gelöscht wird.

Die FDP begründet ihren Antrag damit, dass die Eigentümer an einer nachhaltigen Entwicklung des Dorfkernes grosses Interesse haben und die Rahmenbedingungen der Gemeinde begrüssen, welche allen Grundeigentümern verbindliche Rechte und Pflichten zu Grunde legen. Ein Bebauungsplan macht dann Sinn, wenn die Meinung der Grundeigentümer respektiert wird und Aussicht besteht dass Teile davon realisiert werden. Das von der Gemeinde verlangte Fachgutachten von Gerold Kunz zur Gallusstrasse 7 besagt, dass „das Gebäude aus dem Inventar zu entlassen und die Parzelle für eine Neubebauung freizugeben sei. Ohne übergeordnetes Schutzkonzept mache der Erhalt des Einzelbauwerks im Zentrum von Kriens wenig Sinn.“

Der Wettbewerb über alle 3 Parzellen, mit dem die Eigentümer einverstanden sind, bietet die Gelegenheit, eine qualitativ hochwertige Lösung aufzuzeigen und einer Verwahrlosung der alten Gebäude entgegenzuwirken.

Als weiteren Grund gibt die FDP an, dass vor dem Hintergrund des verdichteten Bauens, das raumplanerisch in Zentren gewünscht wird, eine Erhöhung der Geschosshöhe sinnvoll ist. Die Bedingung für die Ermöglichung eines sechsten Geschosses für die Bauten Typ C ist eine Farce. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass alle 4 Grundeigentümer zeitgleich planen und bauen und einen gemeinsamen Wettbewerb ausschreiben werden. Beim Pilatusareal-Siegerprojekt „Cocon“ wurde das zusätzliche Geschoss, als ein „geringfügiger Verstoss gegen das Wettbewerbsprogramm“ toleriert. Einer Gebäudehöhe von 22.0 m wurde als Kompromiss zwischen Ortsbild und Wirtschaftlichkeit zugestimmt. Somit soll auf der anderen Strassenseite

mit 19.50 gerechnet werden können? Der Raum ist durch das geplante Rückversetzen der Gebäude um 4 Meter vorhanden.

**Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss Bebauungsplan), gegenüber Antrag FDP (Erhöhung Fassadenhöhe)**

Mit 15:14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Berger, Rita	FDP, 19.5 m
Bienz, Bruno	GR, 16.5 m
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	GR, 16.5 m
Bründler, Anton	FDP, 19.5 m
Camenisch, Rätö	FDP, 19.5 m
Dalla Bona, Mara	FDP, 19.5 m
Erni, Roger	FDP, 19.5 m
Fässler, Peter	GR, 16.5 m
Fluder, Hans	FDP, 19.5 m
Frey, Maurus	GR, 16.5 m
Gartmann, Hans	FDP, 19.5 m
Graber, Kathrin	GR, 16.5 m
Graf, Alfons	GR, 16.5 m
Günter, Michael	FDP, 19.5 m
Hahn, Alex	FDP, 19.5 m
Heiz, Martin	FDP, 19.5 m
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kloter, Yanik	GR, 16.5 m
Mathis-Wicki, Judith	GR, 16.5 m
Meyer, Pascal	GR, 16.5 m
Nyfeler, Nicole	GR, 16.5 m
Piazza, Daniel	FDP, 19.5 m
Portmann, Peter	FDP, 19.5 m
Schmid, Rolf	GR, 16.5 m
Schwizer, Roland	FDP, 19.5 m
Takacs, Fabian	GR, 16.5 m
Tanner, Beat	FDP, 19.5 m
Tschümperlin, Erich	GR, 16.5 m
Urfer, Mario	GR, 16.5 m
Zosso, René	GR, 16.5 m

**S. 3 Antrag BK Art. 8 / Abs. 3b**

Die Baukommission beantragt das Wort Gebäudehöhe durch das Wort „Fassadenhöhe“ zu ersetzen.

**S. 3 Antrag BK Art. 8 / Abs. 3c**

Die Baukommission beantragt, den Art. 8, Abs. 3c wie folgt anzupassen: „Ein zusätzliches Attikageschoss mit einer Fassadenhöhe von 3.00 m ist unter folgenden Voraussetzungen zulässig“.

**S. 4 Antrag BK Art. 8 / Abs. 4b**

Die Baukommission beantragt die Anpassung des Artikels wie folgt: „Fassadenhöhe: max. 5.00 m“.

**S.4 Antrag BK Art. 8 / Abs. 5**

Die Baukommission beantragt, den Buchstaben „a“ zu streichen. Der Buchstabe „c“ soll neu zu Buchstabe „a“ und wie folgt geändert werden: „Die maximale Fassadenhöhe beträgt 13.50 m.“

Die Baukommission begründet alle ihre Anträge mit der Anpassung an das neue Bau- und Zonenreglement. Gemäss Matthias Senn stimmt der Gemeinderat aller Anträge der BK zu. Da auch aus dem Rat niemand opponiert, gelten alle Anträge der Baukommission als genehmigt.

**S.5 Antrag FDP Art. 12**

Die FDP beantragt, dass der Bebauungsplan mit dem Bestandteil „Wettbewerbsperimeter Variante B“ verbindlich ist.

Hans Gartmann begründet Antrag damit, dass wenn nur einer bauen will, gar kein Wettbewerb stattfinden kann, worauf kein Baugesuch folgt. Wenn man alles beim alten lassen will, muss man den Antrag ablehnen. Es ist aber richtig, den Wettbewerb auszuschliessen. So kann etwas entstehen, auch wenn nur Etappenweise. Den Schützenswerten Objekten in der Variante B kann die Hand geboten werden. Die Variante B ist sicher die bessere Variante.

**Abstimmung Antrag Gemeinderat (Sonderbauvorschriften), gegenüber Antrag FDP (Verbindlichkeit Variante B)**

Mit 16:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Takacs, Fabian	GR, Variante A
Tschümperlin, Erich	GR, Variante A
Frey, Maurus	GR, Variante A
Bieri, Esther	GR, Variante A
Kloter, Yanik	GR, Variante A
Urfer, Mario	GR, Variante A
Nyfeler, Nicole	GR, Variante A
Bienz, Viktor	GR, Variante A
Graber, Kathrin	GR, Variante A
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	GR, Variante A
Piazza, Daniel	GR, Variante A
Tanner, Beat	FDP, Variante B
Dalla Bona, Mara	FDP, Variante B
Schmid, Rolf	GR, Variante A
Gartmann, Hans	FDP, Variante B
Bründler, Anton	FDP, Variante B
Camenisch, Räto	FDP, Variante B
Fluder, Hans	FDP, Variante B
Heiz, Martin	FDP, Variante B
Portmann, Peter	FDP, Variante B
Günter, Michael	FDP, Variante B
Schwizer, Roland	GR, Variante A
Graf, Alfons	FDP, Variante B
Hahn, Alex	FDP, Variante B
Berger, Rita	FDP, Variante B
Zosso, René	GR, Variante A
Bienz, Bruno	GR, Variante A
Erni, Roger	FDP, Variante B
Fässler, Peter	GR, Variante A
Meyer, Pascal	Enthaltung

**S. 9 Antrag BK Art.20 / Art.21 / Art.22**

Die Baukommission stellt den Antrag die Art.20 / Art.21 und Art.22 zu streichen mit der Begründung dass gemäss Vorprüfungsbericht des Kantons Luzern vom 5. Juni 2012, Seite 4, da diese Inhalte abschliessend im PBG geregelt sind.

Auch dieser Antrag der BK wird vom Gemeinderat genehmigt.

**Antrag BK zu den Plänen:**

Die Baukommission stellt den Antrag, den Hinweis bei den Plänen bezüglich Wettbewerbsperimeter anzubringen, da dieser Verweis zu den Sonderbauvorschriften fehlt

Wettbewerbsperimeter

\* ..... gemäss Artikel 8, Absatz 3d, 4d

\*\* ..... gemäss Artikel 8, Absatz 5d (eventuell 5c)

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag zu.

Martin Heini fragt, ob ein Rückkommen verlangt wird.

Viktor Bienz hat eine Frage bezüglich Gebiet bei der Krienserhalle. Wenn man die Strasse Autofrei machen will, gilt dies auch für die Anwohner. Können diese zum Haus fahren oder müssen die z.B. im Hofmatt parkieren?

Gemäss Matthias Senn ist die Zufahrt gewährleistet.

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt findet keine Beschlussfassung statt. Martin Heini bedankt sich beim Sachverständigen und verabschiedet diesen.

**5. Bericht und Antrag: Bauabrechnung verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid Nr. 012/12**

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Mit dieser Abrechnung geht eine leidige Geschichte zu Ende. Die BK hat die Revision der Bauabrechnung vorgenommen. Es sind keine weiteren Zahlungen an Guido Wigger mehr zu leisten. Mit dieser Abrechnung ist somit nun alles abgeschlossen. Der Deckel ist geschlossen. Die BK empfiehlt dem Einwohnerrat die Bauabrechnung zu genehmigen.

Gemäss Roger Erni, namens der FGK, ist es 10 Jahre her. Einige waren dazumal schon dabei, z.B. auch der heutiger Gemeindeammann Matthias Senn. Eine fast unendliche Geschichte geht damit zu Ende. Man hat schon dazumal gewusst, dass es Rechtsstreitigkeiten bei der vom Einwohnerrat durchgesetzten Lösung geben wird. Dies führte auch zu der extremen Kostenüberschreitung von über 100%! Alle, auch die FGK, wollen diese Geschichte mit der vorliegenden Bauabrechnung abschliessen. Der Grundeigentümer Guido Wigger hat gemäss

Matthias Senn im Jahr 2012 die letzte Zahlung seitens der Gemeinde erhalten. Wie bereits Martin Heiz namens der BK sagte, soll der Deckel zugemacht und klar Ja zu diesem Geschäft gesagt werden.

Zum Schluss hat der Sprecher eine Anregung für die Kommissionsarbeit. Sie ist zu überdenken, ob solche Bauabrechnungen in der FGK noch besprochen werden müssen. Nach der Meinung der FGK reichen die externe Revisionsstelle und die Baukommission.

Martin Heini erklärt, dass ein Eintreten auf die Vergangenheitsbewältigung gewährt wird, mit dem Hinweis, dass nichts mehr geändert werden kann.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist gemäss Viktor Bienz froh, dass bei dieser leidigen Geschichte Erschliessung Familiengartenareal Ober-Studenhofweid nun endlich einen Schlussstrich gezogen werden kann. Es ist aber bedauerlich, dass diese Abrechnung nun so präsentiert werden muss. Das zeigt auf, dass nicht die günstigste Variante am Schluss wirklich auch die Günstigste ist.

Vor 10 Jahren hat der Sprecher hier im Einwohnerrat gewarnt und gesagt wie es enden wird. Im Protokoll von damals kann dies nachgelesen werden. Die Bestätigung liegt nun vor. Am meisten bedauert es der Sprecher heute, dass nach einer solchen Entscheidung des Einwohnerrates von damals, wo man weder auf die Baufachleute wie auf die Landwirtschaftsfachleute aus dem Rat, damals Heini Wachter von der LP, gehört hat. Nun steht die Gemeinde wie auch die Familie Wigger als Verlierer da. Die Gemeinde hat eine massive Kostenüberschreitung und Familie Wigger eine Asphaltstrasse fast rund um das Stallgebäude, was eine tägliche Einschränkung und Mehraufwand des betrieblichen Ablaufes zur Folge hat.

Viktor Bienz ist überzeugt, es hätte für die Gemeinde eine günstigere und für den betrieblichen Ablauf auf den Biohof bessere Variante gegeben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stimmt mit einem zum Teil gedämpften Gefühl dieser Bauabrechnung zu.

Nach Toni Bründler kommt jetzt das Stichwort mit der Weitsicht, wie vor 10 Jahren. Dort wurde bereits gewarnt, dass es ein grosses Theater geben wird. Es entstand ein langjähriger Streit. Guido Wigger hat angeboten, eine andere Führung der Strasse zu realisieren. Im Einwohnerrat hat es geheissen, dass dies auf Fr. 300'000.00 kommen wird. So war es jedoch nicht. Die Strasse hat ein Mehrfaches gekostet. Auf die Frage warum, kann man sagen, weil ein Rechtsstreit durchgeführt werden musste. Nach dem Sprecher soll man auf Leute hören, welche in diesem Gebiet Erfahrungen haben. Die SVP-Fraktion will dem Bericht und Antrag nicht zustimmen. Man kann aber das Geld nicht mehr zurückholen. Damals war die SVP die einzige Partei, welche nicht zugestimmt hat. Toni Bründler will auf den Weg geben, dass man weitsichtig planen soll und nicht nur bis ins nächste oder übernächste Jahr. Man sieht, es wird irgendwann zurückkommen.

Die FDP-Fraktion vertreten durch Roger Erni fragt ob man sieht dass die Kosten überschritten wurden. Die Antwort lautet Ja. Deshalb sagt auch die FDP Ja zum Bericht und Antrag.

Gemäss Mario Urfer namens der SP/JUSO-Fraktion werden Fehlern gemacht, auch wenn sie leider manchmal teuer zu stehen kommen. Aus Fehlern kann und soll man aber lernen. Fazit aus der Geschichte: Wenn der Einwohnerrat den Gemeinderat kontrolliert, heisst das ja nicht,

dass man ihm und seinen Fachleuten nicht vertrauen darf. Die SP/JUSO-Fraktion zieht auch einen Schlusstrich unter dieser 10 jährige Geschichte und genehmigt die Bauabrechnung.

Die Grünen sind gemäss Bruno Bienz leicht erstaunt. Diese Bauabrechnung dauerte 10 Jahre! Und wahrscheinlich mehr als 80 % des Einwohnerrates war bei diesem Entscheid damals nicht dabei. Betreffend Kostenüberschreitung sagt der Sprecher, war anscheinend schon damals klar, dass der Baukredit für die bevorzugte Variante nicht ausreichen wird. Das war sicher keine seriöse Arbeit des Einwohnerrates sowie des Gemeinderates. Die Grünen möchten einen Schlusstrich unter diese leidige Geschichte ziehen und sind für Annahme dieses Berichts und Antrages.

Gemäss Matthias Senn sind tatsächlich bereit 10 Jahre vergangen. Also ein Jubiläum. Auch er hat damals für die Variante 1 gestimmt. Interessant ist aus Sicht des Sprechers, dass alle Abstimmungen mit 21:4 geendet haben. Tatsächlich ist es auch so, dass es doppelt so teuer geworden ist, als abgeschlossen. Es ist aber auch die Hälfte so teuer wie vom Gemeinderat damals beschlossen. Die FGK hat gefragt was die Lehre daraus ist. Der Einwohnerrat muss einen Bericht und Antrag zurückweisen wenn er nicht zufrieden ist mit der Arbeit des Gemeinderates.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Bei der **Detailberatung** erfolgen keine Wortmeldungen.

Toni Bründler fragt ob ganz sicher keine Zahlungen mehr offen sind, welche noch bezahlt werden müssen?

Gemäss Matthias Senn würde sonst die Bauabrechnung nicht vorliegen. Es wurde ein Vergleich vor dem Friedensrichter gemacht.

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die verkehrstechnische Erschliessung des Areals Ober-Studenhofweid wird ein Zusatzkredit von Fr. 83'190.60 bewilligt.*
2. *Die Bauabrechnung "Verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid" im Betrage von Fr. 171'590.60 wird genehmigt.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 012/12:**  
Der Beschlussestext wird mit 22:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein

Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

## 5a. Beantwortung der dringlichen Interpellation Fässler: Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende? Nr. 014/12

Die schriftliche Antwort wurde verteilt. Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Fässler wünscht eine Diskussion.

Da niemand opponiert, wird das Wort dem Interpellanten erteilt.

Peter Fässler erläutert, dass zurzeit in Kriens die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der SVP „NEIN zur Asylbewerberunterkunft Grosshof“ läuft. Die SP/JUSO-Fraktion findet es unsäglich, dass wieder einmal mutwillig mit bewussten Falschaussagen das friedliche Nebeneinander von verschiedenen Menschengruppen gefährdet wird. Mit gezielten Falschaussagen Ängste schüren, die in weiten Teilen der Bevölkerung auf offene Ohren stossen: Das ist unfaires politisieren, das ist „Ziehen der tiefsten Schublade“. Wie viele Unwahrheiten verträgt die Politik? Angstmacherei als Weg zum Erreichen politischer Ziele? Stellt sich nur so der gewünschte Erfolg ein? Bei zumindest einer Partei in der Schweiz funktioniert dies ganz gut. Kritisches Hinsehen ist eine Schlüsselaufgabe von Politikerinnen und Politikern. Den Finger auf vorhandene und zukünftige Problemfelder zu halten ebenfalls. Unmut bekunden über Entwicklungen, die scheinbar aus dem Ruder laufen: O.K. Und die Stimmbürger in politische Prozesse einbinden: noch besser. Aber dabei bitte bei der objektiven Wahrheit bleiben. Vorhandene und bekannte Fakten sind aufzunehmen. Auch bei dieser Unterschriftensammlung wären genügend Unterschriften zusammen gekommen, wenn dem nachgelebt worden wäre. Im heute schon in diesen Fragen vergifteten Klima der Schweiz stossen solche Anliegen wie hier, nämlich das „sich mit Händen und Füssen wehren“ gegen ein Aufnahmезentrum für

Asylsuchende, auf viele offene Ohren und Herzen. Da braucht es keine grossen Argumente. Es genügt, dass dort Ausländer sind. Zum Glück lässt sich ein grosser Teil der Bevölkerung, und der Politikerinnen und Politiker hier im Saal, nicht für dumm verkaufen und kann sehr wohl differenzieren zwischen Populismus und zum Allgemeinwohl dienenden politischen Anliegen. Denn mit dem weiteren vergiften des sozialen Friedens ist niemandem geholfen. Gefragt sind konstruktive Lösungen von vorhandenen Problemen. Und dazu bieten der Kanton Luzern und die Gemeinde Kriens Hand.

Peter Portmann namens der SVP fragt in die Runde, wer weiss, wieviel das Asylwesen im Jahr 2013 gekostet hat. Den Bund kostet das Asylwesen jährlich 1.5 Milliarden Franken. Das Finanzdepartement veranschlagt für das Jahr 2013 rund Fr. 1.25 Milliarden Franken, was 16 % mehr bedeutet als im Jahr 2012. In Franken ausgedrückt heisst das 200 Millionen Franken mehr. Darunter fallen 309 Millionen für anerkannte Flüchtlinge an, worunter auch z.B. die Kontingentflüchtlinge fallen. Der Sprecher erläutert weitere Positionen, wieviel das Asylwesen jeweils kosten wie beispielsweise 576 Millionen Franken für vorläufig Aufgenommene, 105 Millionen Franken für Sonderflüge, Ausschaffung und Rückkehrhilfe, 85 Millionen Franken für den Betrieb von Empfangszentren und 12 Millionen für Personalausgaben. Weiter erläutert der Sprecher, wieviele Flüchtlinge aus welchen Ländern Asyl in der Schweiz suchen. Peter Portmann kann es nicht verstehen, wenn jetzt jemand behauptet, dass das Asylwesen nicht kostet. Es ist eine Frage der Zeit, dass die Kosten auf die Gemeinden übertragen werden. Ein Tag nach den Wahlen war zu lesen, dass die Containersiedlung gebaut werden. Es kommt noch viel schlimmer. Es werden feste Bauten erstellt. Was die Sicherheit angeht, soll ein Blick auf Luzern, Genf oder Zug geworfen werden.

Alex Hahn erinnert, dass in der Krauerhalle festgestellt worden ist, dass der Kanton befindet, dass 120 Asylsuchende in Kriens untergebracht werden müssen. Ob in einem Heim oder auf die Gemeinde verteilt ist dem Kanton egal. Wenn diese in der Gemeinde untergebracht werden müssen, dann z.B. in Wohnungen, welche an andere Personen vermietet werden könne. Die günstige Variante ist definitiv das Asylheim. Heute Morgen war ein Leserbrief in der Zeitung. Aus diesem ist die Frage zu entnehmen, ob wir dies uns schweizweit überhaupt noch finanziell leisten können und müssen. Weiter wird in diesem Leserbrief noch erwähnt, dass nun hervorgehoben wird, dass für die Gemeinde Kriens keine Kosten entstehen werden. Man soll jedoch mal warten, bis diese Kinder eingeschult werden möchten, Sportaktivitäten betreiben oder den Musikschulunterricht besuchen möchten. Nach dem Sprecher ist es jedoch an der Zeit, dass die Bevölkerung objektiv informiert werden muss, was die Auswirkungen des Zentrums sind.

Erich Tschümperlin stimmt seinem Vorsprecher zu. Die Ängste der Bevölkerung sind begreiflich. Wenn jedoch der Initiativtext anegschaut wird, ist es klar, dass Ängste geschnürt werden. Alle Personen in eine Schublade stecken, ist einfach unmenschlich. Man schürt Ängste, welche sich auf die Gemeinde beziehen, da die SVP-Initiative eine Gemeinde-Initiative ist. Das ganze ist widersinnig und kontraproduktiv.

Nach Kathrin Graber ist Peter Portmann ein Meister im Ablenken vom Thema. Mit seiner Aufzählung hat er gesagt, wieviele von jedem Land in die Schweiz einreisen. Diese Aufzählung zeigt doch, dass Lösungen gefunden werden müssen. Man kann doch nicht einfach sagen, dass es uns nicht interessiert. Es ist sehr anmassend, wenn generell gesagt wird, diese Personen seien Wirtschaftsflüchtlinge. Im Einwohnerrat kann man das am wenigsten beurteilen. Dafür gibt es Fachleute. Der Gemeinderat hat gesagt, dass er eine Begleitgruppe einsetzen will, was man auch aus der Beantwortung entnehmen kann. Diese soll auch die Bevölkerung miteinbeziehen was sehr wichtig ist. Deshalb der Apell an die SVP, dass die Augen aufgemacht werden sollen, dass sehr viele hier untergebracht werden müssen. Das Verfahren allgemein muss beschleunigt werden. In Kriens kann man daran nichts ändern.

Michael Günter bezieht sich auf das Votum von Alex Hahn. Es wird immer wieder vorgetragen, dass Wohnungen in Kriens zur Verfügung gestellt werden müssen. Dem ist nicht ganz so. Wenn kein Zentrum entsteht, dann kann die Caritas für die Asylbewerber die Wohnungen mieten, sofern sie dann Wohnungen finden. Zu den Kosten wurde die Begleitgruppe erwähnt. Diese ist wahrscheinlich gratis. Das Asylproblem ist das Problem. Die Zahlen sind hoch. Es braucht Lösungen. Es kann aber nicht sein, dass diese Probleme auf dem Rücken von Gemeinden gelöst werden. Sondern es braucht eine schweizweite Lösung. Dass alles auf Kriens lastet, kann wahrlich nicht sein. Dass immer der Einzelfall angeschaut werden muss, ist für den Sprecher klar. Die Auswertung zeigt jedoch, dass die Ablehnungsquote bei 90 % plus liegt.

Nach Alfons Graf werden bis Ende Jahr in unserem Land 35'000 Asylgesuche mehr eingegangen sein. Das sollte Allen zu denken geben. Zu denken geben sollte es auch diejenigen, die das zu verantworten haben. Es sind nämlich genau die Gruppierungen, welche immer von einer nachhaltigen Umwelt predigen. Wie wollt ihr Sorge tragen zur Umwelt, wenn ihr immer mehr Leute in die Schweiz schleust? Der Sprecher erwähnt, dass er nicht auf Statistiken eingehen will, was er in einer früheren Sitzung bereits gesagt hat. Tatsache ist und das wissen im Saal alle; die Schweiz hat eine katastrophale Asylpolitik, die von Mitte links immer schön geschrieben wird. Es ist alles verlogen, geheuchelt und wird gutgeheissen. Fakt ist das 90 % von den Gesuchen keine wirklichen Gründe haben und nur in die Schweiz kommen, weil es ihnen bei uns sehr gut geht. Es geht den Asylanten besser als den AHV-Bezügern. Das spricht sich herum und daher wird es immer noch mehr Gesuche geben. Die Mitte Links Regierung unterstützt dies. Man gibt mehr Geld aus für das Asylwesen als für unsere Armee. Gleichzeitig wird gejammert und von den Bürgern mehr Abgaben und Steuern verlangt. Darum müssen die Gemeinden sich wehren und dagegen halten und somit Druck auf das Amt für Migration ausüben. Es gibt Gemeinden die das schon Erfolgreich gemacht haben wie z.B. die Gemeinde Bauma im Kanton Zürich. Die haben das Zentrum geschlossen, weil die Kriminalität und die Verbrechen zugenommen haben. Vor 2 Jahren haben die Schweizer Bürger ein Gesetz angenommen, welches kriminelle Ausländer und Asylanten ausschaffen soll. Wenn das endlich mal umgesetzt würde, dann braucht es keine neuen Asylzentren mehr. Auch das im Grosshof nicht.

Hans Fluder hat eine Anmerkung zur Frage 4. Die Leute haben Angst in diesem Gebiet. Wenn man jetzt noch liest, dass die Liegenschaft an den Rand kommt. Man hat dort das Gefängnis, oben hat man die Alpenstrasse. In diesem Gebiet gibt es ruhige Quartiere. Man kann die Leute gut verstehen, dass diese hoffen, dass dies nicht kommt.

Nach Räto Camenisch ist die Antwort nicht befriedigend. Es wird ein Zentrum für 120 Personen geben. Nach den neusten Erkenntnissen kein Containerbau sondern ein Festbau, welcher durch Investoren gebaut wird. Eine Investorzeit von 30 Jahren. Das ist das absolute Minimum. Wenn diese Baute mal steht, dann steht sie. Und es wird länger sein, als die 30 Jahren. Daraus wird ein Durchgangszentrum entstehen mit Erstaufnahmen. In einer zweiten Phase ist es ein Ort, wo man auf den Entscheid und auf eine Wohnung wartet. Gegen Asylbewerber hat der Sprecher nichts. Denn diese Personen suchen ja nur nach besserem Leben. Das sieht man oft falsch. Das Problem liegt nicht bei den Asylanten sondern bei der Schweiz. Die Schweiz ist attraktiv und zieht Leute an. Die Migration hat es schon immer gegeben. Man ist der Bevölkerung Rechenschaft schuldig. Der Kanton hat die Gemeinde über den Tisch gezogen. Er hat die knappen Finanzverhältnisse ausgenützt. Man muss sowieso 70 – 90 Personen aufnehmen. Diese sollen lieber in irgendwelchen Wohnungen untergebracht werden. Somit haben sie die Gelegenheit, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen und sie sind besser kontrollierbar durch die Nachbarn als in einem Zentrum, wo eine Gruppendynamik entstehen wird. Deshalb wurde die Initiative eingeleitet. Die Unterschriften prasseln nur so rein. Die geforderte Unterschriftenzahl ist bereits übertroffen und die Initiative somit zustande

gekommen. Die SVP hofft auf eine baldige Abstimmung. Man erwartet nun vom Gemeinderat, dass er mit der Erteilung der Baubewilligung wartet, bis die Initiative entschieden ist.

Beat Tanner hat eine Frage zur Antwort 2 bezüglich Schulbildung. Ist man hier in Verhandlung mit dem Kanton, dass dieser die Kosten übernimmt. Redet man von pro Kopfbeiträgen oder von Vollbeiträgen?

Nach Lothar Sidler hat der Gemeinderat nicht die Bundespolitik zu lösen; er hat die Krienser Probleme zu lösen. Zum Asylzentrum wurden schon mehrere Vorstösse beantwortet. Der Gemeinderat hat mehrmals gesagt, dass die Ängste der Bevölkerung wahrgenommen und respektiert werden. Man hat auch schon mehrmals gesagt wie man damit umgehen will, damit die Ängste nicht real werden. Der Gemeinderat hat auch schon gesagt, dass so oder so Asylbewerber in Kriens sein werden. Im Zentrum sind Asylbewerber in der ersten Phase. Wenn das Asylheim nicht kommt, dann hat Kriens die Asylbewerber in der zweiten Phase. Jetzt muss entschieden werden, was Kriens will. Entweder die erste Phase, bei welcher die Asylbewerber anschliessend auf die Gemeinden verteilt werden oder in der zweiten Phase. Wenn die Volksinitiative zustande kommt, wird auch eine Antwort von der Bevölkerung kommen.

Zum Prozess in der zweiten Phase wurde richtig festgestellt, dass die Caritas die Wohnung sucht. Wenn nicht genügend Wohnungen gefunden werden, dann wird der Regierungsrat den Gemeinderat beauftragen, dass genügend Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das will man der Gemeinde nicht zumuten. Allenfalls muss man dann gemeindeeigene Liegenschaften zur Verfügung stellen was man ebenfalls nicht zumuten will. Die Kostenfrage ist noch nicht geklärt. Die Kinder werden alle in Emmen eingeschult. Kriens kommt erst dann zum Zug, wenn Emmen die Schulbildung nicht zur Verfügung stellen kann.

## **6. Bericht Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens**

**Nr. 315/12**

Martin Heini erteilt an den Postulant das Wort.

Nach Räto Camenisch ist das meiste bereits gesagt worden. Der Sprecher möchte auch die Sitzung nicht verlängern. Das Postulat ist in einer Phase entstanden, wo der Gemeinderat den Eindruck von Ratlosigkeit gemacht hat. Man wusste noch nichts, als es die Spatzen bereits von den Dächern piffen. Für den Postulant ist jetzt alles geklärt und dankt dem Gemeinderat.

Es erfolgt gemäss Lothar Sidler keine Ergänzung durch den Gemeinderat.

Gemäss Martin Heini liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

## 6a Beantwortung der dringlichen Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal Nr. 015/12

Die mündliche Beantwortung erfolgt durch Gemeindeammann Matthias Senn. Es wurde keine schriftliche Beantwortung vorgelegt, da die Interpellation sehr knapp eingereicht wurde und weil man sich im Moment in einem laufenden Verfahren befindet. Aus rechtlichen Gründen können keine Zahlen genannte werden.

Auf die erste Frage antwortete der Gemeindeammann, dass die Offerte beim Landpreis Teiggi höher ist als beim Mattenhof, was grundsätzlich erfreulich ist.

Zu Frage 3 wird erwähnt, dass im Richtplan Zentrum festgehalten wird, einen Gebäudeteil als Kulturobjekt zu erhalten. Weiter besteht ein politisches Risiko, da der Verkauf an der Urne bewilligt werden muss. Eine Verpflichtung für einen sozialen Wohnungsbau besteht nicht. Für behindertengerechtes Bauen gelten die kantonalen Richtlinien. Beim Gemeindehausareal ist man ebenfalls an der Vorbereitung einer Ausschreibung. Dort gibt es eine Verpflichtung für alters- und behindertengerechtes Wohnen

Im Vergleich zwischen Teiggi und Mattenhof kann man qualitativ folgende Aussage machen. Mit der Offerte Teiggi wurde eine Residualwertberechnung geliefert mit allen nötigen Parametern, welche bereits beim Mattenhof durchgeführt wurde. Für beide Areale wurde der gleiche Mietertrag pro Quadratmeter für Wohnen berechnet. Beim Mattenhof ist die Miete für Büroflächen höher als beim Teiggi-Areal die Miete für Atelierflächen.

Die grosse Differenz beim Landpreis kann mit den Kosten bei den Vorbereitungs- und Umgebungsarbeiten begründet werden. Diese sind beim Mattenhof deutlich höher, da man z.B. mehr Aufwand hat für die Pfählung und die Grundwassererhaltung. Auch die Kosten für die Erschliessung sind bedeutend höher. Beim Teiggi-Areal hat man bezüglich Erschliessung keinen besonderen Aufwand, anders als beim Mattenhof, wo der Bahnhofplatz der S-Bahn-Station realisiert und eine Lichtsignalanlage realisiert werden muss. Die Umgebung mit den städtischen Plätzen ist beim Mattenhof um Fr. 100.00 pro Quadratmeter höher gerechnet als beim Teiggi-Areal, wo eine normale Umgebung realisiert werden kann.

Beim Mattenhof hat man eine höhere Bruttorendite als beim Teiggi-Areal berechnet. Bei Bürobauten muss immer mit einem Leerstand gerechnet werden, dieses Risiko ist in der möglichen Maximalrendite einzurechnen.

Als Erkenntnis kann man sagen, dass beide Investoren mit ähnlichen Kennwerten gerechnet haben. Wenn der Verkauf Mattenhof abgelehnt wird, muss ein neuer Investor gesucht werden, was aufgrund der verschiedenen Landeigentümer nicht möglich sein wird. Wenn erwartet wird, dass ein neuer Investor mit einem höheren Landwert rechnet, dann muss dieser höhere Mietpreis kalkulieren und/oder mit niedriger Qualität im Ausbaustandart rechnen.

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Maurus Frey dankt dem Gemeinderat und wünscht eine kurze Diskussion. Der Gemeinderat hat gesagt, er liefere eine qualitative Aussage. Er hat jedoch rundherum geredet. In welchem Rahmen bewegt sich nun der Preis des Teiggi-Areals? Ist es das 3-fache oder das 4-fache? Diese Antwort wäre eine qualitative Aussage. Die Argumentationen wurden nicht ganz verstanden. Man hat gleich viel für Wohnungen jedoch mehr für die Büros im Mattenhof berechnet. Jedoch bekommt man mehr fürs Areal Teiggi. Wie ist das geregelt, da die Gemeinde ja zuständig ist für die Erschliessung?

Hans Gartmann kommt nicht ganz draus. Brauchen die Grünen die Informationen für die Abstimmung?

Gemäss Martin Heiz hat man nicht vom Wasseranschluss geredet, sondern von der Grundwasserhaltung. Das sind Welten.

Gemäss Matthias Senn hat man im Gemeinderat darüber diskutiert die Grössenordnung nicht preiszugeben. Es ist nicht das 3- bis 4-fache. Im Rahmen des Gestaltungsplans wird es Aufwendungen geben für die Eigentümerin. Der Radweg muss angepasst werden. Die Rampe kommt weg. Für die Haltung des Grundwassers braucht es Massnahmen.

## **7. Interpellation Portmann: Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle**

**Nr. 314/12**

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Portmann wünscht eine Diskussion. Im Initiativtext steht unter anderem, dass der Sonnenberg grün bleiben soll und dass auf eine Umzonung der Parzelle zu verzichten sei. Auch auf einen Verkauf der Parzelle südlich der Gabeldingenstrasse soll verzichtet werden. Was im Initiativtext steht, ist nichts anderes als eine unlautere Unterstellung gegenüber der Behörden. Da erweckt man beim Bürger das Gefühl, dass das Areal südlich von Gabeldingen kurz vor dem Verkauf steht. In der Antwort zur Frage 3 der Interpellation steht klar und deutlich, dass der Sonnenberg als Naherholungsgebiet nicht gefährdet sei. Auch die Einzonung unterhalb der Gabeldingenstrasse werde nicht in Betracht gezogen. Unter diesen Umständen wird an die Initianten appelliert, diese Initiative anstandshalber zurück zu ziehen! Da dieses Gebiet im gültigen Zonenplan als „Übriges Gebiet“ bezeichnet ist und den Bestimmungen der Landwirtschaftszone untersteht, ist aufgrund der Antwort auf Frage 1 die Initiative völlig unnötig. Für eine Einzonung der Parzelle in die Landwirtschaftszone hatten die Initianten keinen Mut. Also wurde diese Initiative aus Wahltaktischen Gründen lanciert und der Bürger wurde als Dumm verkauft.

Kathrin Graber als Mitglied des Initiativkomitees möchte zu Beginn der Ausführungen zu dieser Interpellation kurz zurückblenden:

Im Herbst 1999 entschied die Krienser Stimmbevölkerung in einer Volksabstimmung sehr deutlich, dass das Land auf dem Sonnenberg und unterhalb der Gabeldingenstrasse nicht umgezont und grün bleiben soll. Vor einem Jahr reicht die FDP ihren Vorstoss ein bezüglich Einzonung Gabeldingen. Diesen Vorstoss zog der Motionär allerdings auf der Menükarte des Weihnachtssessens zurück. Gleich zu Beginn dieses Jahres reicht die FDP erneut einen Vorstoss mit dem gleichen Ziel ein.

Dieser Rückblick zeigt, dass die Idee, dass das Gabeldingenland umzuzonen und zu verkaufen sei, damit ein Erlös erzielt werden kann, regelmässig und immer wieder aufkommt. Für die CVP/JCVP-Fraktion war es klar, dass gleich zu Beginn der erneuten politischen Diskussion über das Gabeldingenland Klarheit herrschen soll. Die Zukunft dieses Naherholungsgebietes mit einer Initiative mitzugestalten und den heutigen Zustand, das Grün in unserer Umgebung, zu erhalten, ist daher der richtige Weg. Abwarten, was politisch geschieht und erst das Referendum im Nachhinein zu ergreifen, wenn der Gemeinde bereits unnötige Planungskosten

entstanden sind, scheint keine gangbare Variante. Bei Standaktionen wurden innert kürzester Zeit die Unterschriften von 1305 Stimmberechtigten gesammelt, somit fast dreimal so viele Unterschriften als für das Zustandekommen der Initiative notwendig gewesen wären. Diese Stimmberechtigten bekannnten sich mit ihrer Unterschrift dazu, dass der Sonnenberg und auch die Grundstücke unterhalb der Gabeldingenstrasse grün erhalten bleiben sollen.

Der FDP-Vorstoss, der die Umzonung wollte, wurde nach der Lancierung unserer Initiative im Einwohnerrat kurz vor den Wahlen zwar abgelehnt – man geht davon aus, weil man sich in der politisch heissen Vorphase der Wahlen befand. Die SVP lobte den Mut der FDP, dieses Thema kurz vor den Wahlen aufzugreifen und zeigte in ihren Voten grosses Verständnis für eine Umzonung. Man könne sich durchaus vorstellen, auf dem Gebiet was zu realisieren. Vielleicht eine Villenzone, wie sie von der SVP her in einem Vorstoss gefordert wird? Wenn nicht am Sonnenberg, wo dann? Auch wenn der Vorstoss im Einwohnerrat noch in der alten Zusammensetzung abgelehnt worden ist, spukt diese Idee einer Umzonung und eines Verkaufs in den Politiker-Köpfen weiter. Die FDP sagte auf jeden Fall gegenüber den Medien nach Ablehnung dieses Vorstosses, dass sie sich überlegen will, das Anliegen trotzdem weiterzuverfolgen. Auch nach der Neuwahl des Einwohnerrates erwähnt die SVP oder die FDP seit der ersten ER-Sitzung im September die Einzonung oder den Verkauf dieser Gabeldingen-Grundstücke mindestens einmal an jeder Einwohnerratssitzung. Man kann also sicher nicht sagen, dass diese Initiative, wie von der SVP in ihrer Interpellation behauptet, überflüssig ist.

Aus der Interpellation der SVP geht hervor, dass sie die Initiative mit einer Ungültigerklärung am liebsten aus der Welt schaffen würde. Dieses Verhalten findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unerhört bei einer Partei, die sich Volkspartei nennt und das Volk vertreten will. Gerade die SVP, die sich immer darauf beruft, den Willen der Volksbasis zu vertreten, müsste sich bei einer Volksinitiative zurückhalten. Oder hat sie Angst bei dieser Initiative vom Entscheid der Stimmberechtigten? Dieses Vorgehen ist nicht demokratisch. Wenn die SVP solche Interpellationen schreibt, hat die SVP offensichtlich inhaltlich Mühe mit dieser Initiative und mit dem Erhalt des Naherholungsgebietes in der heutigen Form. Diese Initiative ist daher gerade auch vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Zusammenfassend kann man festhalten, dass nicht die Initiative überflüssig ist, sondern die vorliegende SVP-Interpellation.

Befremdet ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion über die Antwort des Gemeinderates. In seiner Antwort vertritt er nicht die Interessen der Gesamtbevölkerung, sondern äussert sich ausserhalb des für die Initiative vorgesehenen Verfahrens einseitig zur Volksinitiative. Damit ergreift er klar Partei für die Gegner der Initiative. Es ist nicht an ihm zu beurteilen, ob das Instrument Referendum oder Gemeindeinitiative politisch geeigneter ist. Selbstgefällig erscheint auch seine Aussage, eine Einzonung unterhalb der Gabeldingenstrasse werde nicht in Betracht gezogen. Es ist immerhin der Einwohnerrat bzw. die Bevölkerung und nicht der Gemeinderat, der über eine Umzonung entscheidet. Zudem blendet er offenbar die politischen Bestrebungen zumindest einer Partei aus. Aus der Beantwortung zu Frage 4 geht weiter hervor, dass der Gemeinderat die Initiative inhaltlich nicht versteht. Eben gerade am heutigen Zustand der Zone des Naherholungsgebiets soll nichts geändert werden. Die Initianten wollen, dass dieses Land nicht überbaut wird und grün bleibt.

Wie früher, als es um die Überbauung des Schlössli-Hogers ging, schöpft auch das Initiativkomitee alle demokratischen Mittel aus, die nötig sind, damit in den nächsten Jahren das Gabeldingen-Land grün bleibt. Die Haltung der SVP mit dem Einreichen dieser Interpellation, die Antworten des Gemeinderates auf die Interpellation und die Tatsache, dass das Gabeldingen Land von der SVP oder FDP mindestens einmal pro Einwohnerratssitzung diesen Herbst thematisiert wurde, zeigt, dass mit dieser Initiative das Naherholungsgebiet zu erhalten, eine wichtige Position bei dieser politischen Diskussion ausgeübt wird. Das Anliegen wird deshalb konsequent weiterverfolgt.

Alex Hahn namens der FDP-Fraktion erläutert, dass es eine Tatsache ist, dass das Land südlich der Gabeldingenstrasse seinerseits von der Gemeinde als Baulandreserve gekauft

worden ist und zwar mit der Zustimmung aller Parteien. Der Zweck dieses Kaufes war damals Reserven für allfällige Investitionen zu schaffen. Die heutige Bezeichnung „übriges Gebiet“ lässt die Umzonung in Bauland zu, wenigstens vorläufig. Zudem liegt die Siedlungsbegrenzungslinie am Sonnenberg im Bereich der Gabeldingenstrasse. Der übrige Sonnenberg soll als Naherholungsgebiet erhalten bleiben. Gesetzt der Fall, dass die Abstimmung zustande kommt und das Land definitiv in die Landwirtschaftszone zurückgeführt wird, dann hat die Gemeinde Kriens wirklich ein teureres „Gärtli“ gekauft. Dann fragt sich die FDP allerdings, woher die CVP das Geld beispielsweise für die Sanierung oder den Neubau des Altersheimes Grossfeld oder für andere Investitionen aufbringen will.

Grundsätzlich ist folgendes zu sagen. Die Betitelung der CVP-Initiative „Sonnenberg für alle“ ist irreführend. Sie suggeriert den Einwohnern eine Überbauung des ganzen Sonnenberges, was absolut nicht den Tatsachen entspricht. Die Sache ist unfair aufgezogen. Nachdem Gemeindepräsident Paul Winiker aufgezeigt hat, wie weit auseinander die Schere zwischen pro-Kopf-Verschuldung und Steuerkraft klafft, wäre es wichtig, neue, gute Steuerzahler nach Kriens zu bringen. Dazu könnte auch eine massvolle Überbauung schöner Gebiete beitragen wie eben das Gabeldingen.

Die FDP ist der Meinung, dass der Status des Landes südlich der Gabeldingenstrasse, also „Übriges Gemeindegebiet“, vorläufig unverändert beibehalten werden sollte. Bei Bedarf, also bei grösseren Investitionen der Gemeinde, soll aber darauf zurückgegriffen werden können. Allenfalls kann dann ein Einzonungsverfahren eingeleitet werden. Alle diese Feststellungen sind in der Beantwortung durch den Gemeinderat festgehalten. Die FDP bittet die CVP ihre Initiative „Sonnenberg für alle“ aus diesen Gründen zurückzuziehen.

Gemäss Mario Urfer war für die SP/JUSO Fraktion die Gemeindeinitiative alles andere als überflüssig. 1305 Krienser bekunden, dass sie das Land unterhalb der Gabeldingenstrasse nicht verbaut haben wollen. Im Rat wurde über dieses Thema wohl mehr als zur Genüge diskutiert. So unglücklich wäre es aber auch nicht, wenn es zu einer Volksabstimmung käme, dann hätte man einen klaren Volksentscheid. Nach dem Ortsplanungsverfahren wird es beim Status-Quo bleiben und das heisst, das Grundstück bleibt grün, zum Wohle unserer Perle der Krienser Lebensqualität, die Naherholung.

Erich Tschümperlin findet, das Gebiet soll erhalten bleiben. Er war erstaunt über das Argument, dass man das Land für die Einzonung gekauft hat. Nach dem Wissen des Sprechers wurde das Landwirtschaftsland zum Baulandpreis gekauft und es wurde gesagt, dass man das Land einzonen muss, da dies sonst teuer geworden wäre. Zum Argument Egoismus, auch wenn dort eingezont wird, können nicht alle dorthin, die wollen. Vielleicht sollte man mal einen Vorstoss über die Steuerkraft der Bewohner vom Sonnenberg einreichen. Die Leute die dort wohnen, wissen wie man Steuern optimiert. Erich Tschümperlin bittet die CVP die Initiative nicht zurückzuziehen. Der Souverän soll sagen was er will. So kann das Thema endlich zur Ruhe kommen.

Hans Gartmann fragt, wer damals schon im Rat vertreten war, als das Land gekauft wurde. Man hat der Bevölkerung 7 oder 8 Millionen Franken „verkauft“. Man gibt viel Geld aus, dass der Sonnenberg gesichert wird, dass er nicht überbaut wird. Man hat die Abstimmung gewonnen in der Annahme, dass die Einzonung erfolgt und dann verkauft wird und schlussendlich die Liegenschaft gratis ist. Der Titel der Initiative stört.

Räto Camenisch hat damals das Ganze miterlebt. Im Nachhinein fand ein Schildbürgerstreich statt. Dies muss man jetzt ausbaden. Aber wie? Es gibt die Möglichkeit der teilweisen Überbauung. Wenn man baut, sieht man nicht mehr nach Kriens. Auch wenn niedrige Häuser gebaut werden. Das ist für den Sprecher als langfristig denkender Mensch schade.

Gemäss Daniel Piazza ist es für die JCVP, welche die Initiative „Sonnenberg für alle“ zusammen mit der CVP mitinitiiert und Unterschriften gesammelt hat wichtig, dass das Anliegen so interpretiert wird, wie es seitens des Initiativkomitees gemeint wird. Man will niemand irreführen und niemandem etwas unterstellen. Es geht darum, den Fuss in die Türe zu halten, so dass die grüne Kuppe Sonnenberg grün bleiben kann, wie sie heute ist. Es ging um ein Signal. Um ein Zeichen, dass weite Teile des Volkes nichts am Status Quo beim Sonnenberg ändern wollen. Denn in den vergangenen Jahren sind immer wieder Ideen oder politische Vorstösse publik geworden, welche z.B. eine Villenzone, die Umzonung von Gabeldingen-Parzellen oder auch der Bau eines Seilparks mit Intensiv-Nutzung gefördert haben. Und dies obwohl bereits mehrmals Unterschriften für einen Grünen Sonnenberg als Naherholungsgebiet der Gemeinde Kriens eingereicht worden sind. Zuletzt war das im Jahr 2007 mittels einer Petition ebenfalls mit dem Titel „Sonnenberg für alle“ mit 473 Unterschriften und ein entsprechendes Konzept des Gemeinderates von 2008, deswegen der Name der Initiative da man niemand irreführen will, welches daraufhin vorgelegt wurde. Auch da hat es geheissen, dass der Sonnenberg als Naherholungsgebiet erhalten bleiben soll. Im Initiativtext heisst es deshalb:

*„Der Sonnenberg soll grün und für alle als Naherholungsgebiet erhalten bleiben. Auf eine ein- oder Umzonung sowie auf einen Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücken am Sonnenberg und insbesondere der Parzellen südlich der Gabeldingenstrasse sei daher zu verzichten.“*

Was also klar hervorkommt ist, dass man keine Umzonung will. Man will nichts ändern. Das übrigens im Unterschied zur Gemeindeinitiative „Meiersmatt: Wiese bleibt Wiese“, die explizit eine Rückzonung gefordert hat. Das Volk soll nicht nur sagen können was es will, sondern es soll auch sagen können was es nicht will. In der Vergangenheit gab es immer wieder Initiativen auf verschiedenen Ebenen, welche eine solche Zielsetzung verfolgt haben. Denkt man z.B. an die Minarett-Initiative, wo gefordert wurde, dass keine Minarette gebaut werden sollen. Dort hiess der Text der Verfassungsinitiative wörtlich *„Der Bau von Minaretten ist verboten“*. Genau gleich will man die teilweise oder ganze Überbauung von weiteren Sonnenberg-Parzellen verhindern. Am Status Quo hingegen will man dagegen nichts ändern. Die Initiative ist aus diesem Grund weder ungültig noch verfassungswidrig noch fordert sie eine Änderung des Zonenplans. Der Gemeinderat missversteht das Anliegen, wenn er bei der Annahme ein Ortsplanungsverfahren einleiten will. Das ist nicht nötig, was er in seinen eigenen Ausführungen zur Beantwortung der Interpellation Portmann als Reaktion auf eine Annahme der Initiative auch nicht ausschliesst.

Die Initiative ist ein Statement von 1'305 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass die Gemeinde Kriens weder Um- und Einzonungen noch Parzellenverkäufe vornehmen soll und den Sonnenberg für die Zukunft so erhalten will, wie er heute ist. Das ist übrigens ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für die Gemeinde. Ein Asset für die Zukunft von Kriens.

Nach Kathrin Graber gibt es ein paar Aussagen zum Ergänzen. Bereits 1999 war eine Volksabstimmung, wo es ein überparteiliches Komitee gegeben hat. Es resultierte ein positiver Abstimmungskampf. Im Zukunftsworkshop war ein wichtigstes Anliegen ein gutes Naherholungsgebiet. Man kann nicht sagen, dass diese Initiative überflüssig ist. Wenn die SVP dies sagt, dann nimmt sie die Bevölkerung nicht ernst. Es wurde gesagt, dass das Gebiet für Sozialen Wohnungsbau sein soll und das Land der Öffentlichkeit zugänglich sein soll. Zum Stichwort Egoismus. „Sonnenberg für alle“ ist ein Argument, dass der Sonnenberg nicht verbaut werden soll, sondern alle Nutzen und auf Kriens und andere Berge schauen können. Es ist vielmehr egoistisch, wenn man dort bauen soll und nur noch für wenige nutzbar ist. Dass man die Bevölkerung als dumm verkauft, stimmt auch nicht.

Gemäss Roger Erni ist das Gabeldingen nicht der Sonnenberg. Das Gebiet Mühlerain ist auch nicht das Gabeldingen. Wenn man nicht mehr bauen will, dann muss man gegen die Umzo-

nung Mühlerain sein. Der Sonnenberg ist oberhalb des Siedlungsgebietes. Wenn das Teiggial-Areal gekauft wird, getraut man nicht zu rechnen, was es dort herauszuholen gibt. Viele hier im Rat haben gebaut. Man will gar nicht wissen, wie diese dazu gekommen sind. Der Sprecher gönnt es jedoch jedem einzelnen.

Gemäss Matthias Senn ist es unüblich dass eine Initiative einen „Ist“-Zustand verlang. Normalerweise wird eine „Soll“-Zustand verlangt. Der Gemeinderat hat gefragt, wie das Verfahren ist, wenn die Initiative angenommen wird. Man hat gehört, dass man kein Ortsplanungsverfahren will. Gemäss Gemeindeordnung ist die Initiative überwiesen, wenn diese vom Einwohnerrat angenommen wird und kommt nicht vors Volk. Wenn man keine Ortsplanungsrevision will, dann soll man dies bei der Ortsplanung in der zweiten Lesung reinschreiben, dass man nicht umzont. Aus Sicht des Gemeinderates tritt man am selben Ort.

## **8. Postulat Kaufmann: Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd Nr. 003/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

## **9. Postulat Tanner: Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens Nr. 004/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats opponiert.

Nach Beat Tanner stellt der Gemeinderat den Antrag auf Ablehnung für die Forderung der Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens. Dass das Sozialdepartement als einer der Gründe die notwendige Anpassung gesetzlicher kantonaler Vorschriften angibt, erstaunt sehr. Offenbar beruft sich der Gemeinderat auf einen Bericht der NLZ, welcher eine Anpassung des Sozialhilfegesetzes als notwendig erachtet. Gemäss Auskunft des Rechtsdienst des Sozialdepartements des Kantons Luzern wären keine Anpassungen am kantonalen Recht notwendig. Dies wurde nach der Beantwortung dem Gemeindeglied auch zurückgemeldet. Nur mit der Generalvollmacht ist es möglich, dass der Sozialdienst die notwendigen Kontrollen bezüglich allfälliger Schwarzarbeit oder nicht deklarerter Vermögenswerte durchführen und Sozialhilfemissbrauch wirkungsvoll verhindern kann.

Mitarbeitende von Sozialämtern bestätigen, dass sie immer wieder Verdächtige haben, diese aber mangels Möglichkeiten nicht kontrollieren können wie z.B. Schwarzarbeit bei der Haushaltshilfe, Autoexport usw. Es stimmt, dass eine Mitwirkungspflicht seitens der Klienten besteht. Oftmals werden aber nicht alle Bankkonten, Einkommen und Vermögenswerte deklariert, vor allem solche, bei welchen die Schwarzarbeit nachweisbar wäre. Dies wäre auch im Interesse aller ehrlichen und kooperativen Sozialhilfebezüger, aber auch der Steuerzahlenden der Gemeinde Kriens. Immer mehr ist man der Auffassung, dass das Datenschutzgesetz Betrüger und Verbrecher schützt. Im Interesse aller ehrlichen und kooperativen Sozialhilfebezüger und den Krienser Steuerzahler soll der Überweisung des Postulats zugestimmt werden.

Gemäss Judith Mathis teilt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Ansicht des Gemeinderates und lehnt das Postulat Tanner ab. Kaum ein anderer Ausgabenbereich in den Gemeinden ist in den letzten Jahren so stark wie die wirtschaftliche Sozialhilfe ins öffentliche Interesse gerückt worden. Unzählige zusätzliche Kontrollmechanismen sind in der Zwischenzeit eingeführt worden.

Die Idee des Postulanten, eine Generalvollmacht zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten einzuführen scheint auf den ersten Blick verlockend zu sein. Sie würde jedoch aus verschiedenen Gründen nicht funktionieren. Da ist einmal die antragstellende Person, die sich in ihrer wirtschaftlichen Notlage an die Gemeinde wendet. Von dieser Person geht die Sprecherin nicht in erster Linie von einem Täter aus, der seine Verhältnisse nicht offen auf den Tisch legen will. Die professionelle Arbeit der Sozialbehörde basiert zu einem grossen Teil auf Beziehungsaufbau und Vertrauen zu den Klienten. Diese beiden Teile sind ein wesentlicher Faktor in der sogenannten sozialen Sicherheit. Sie führen dazu, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Klient und Fachperson überhaupt möglich wird. Diese Vertrauensbasis zum Klienten könnte kaum aufgebaut werden, wenn er zum vorneherein eine Generalvollmacht unterschreiben müsste und so unter den Generalverdacht käme, dass er etwas zu verheimlichen hätte.

Weil nach Volksmund Vertrauen gut ist und Kontrolle besser hat die Sozialbehörde nach § 11 und § 12 des kantonalen Sozialhilfegesetzes klare Grundlagen, um den Klient auf seine Mitwirkungs- und Auskunftspflichten aufmerksam zu machen. Bei Verweigerung der Mitwirkungs- und Auskunftspflicht hat die Sozialbehörde die Möglichkeit der Leistungskürzung oder in einem zweiten Verfahrensschritt sogar die Leistungseinstellung zu verfügen. Wenn Sozialhilfe unrechtmässig bezogen wird, erfüllt das den Tatbestand des Betrugs und wird strafrechtlich verfolgt.

Eine Generalvollmacht stösst auch klar an die Grenzen von Berufsgeheimnispflichten wie z. B. im medizinischen Bereich. Dort werden nur auf Grund von ganz konkret genannten Fachstellen und festgelegten Zeiträumen Auskunft erteilt bei vorliegender vom Klienten unterzeichneter Entbindung der Schweigepflicht und keinesfalls auf Grund einer allgemeinen Generalvollmacht. Aus den erwähnten Gründen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das vorliegende Postulat ab.

Gemäss Martin Heiz wird die SVP das Postulat unterstützen wenn gute Gründe dafür vorliegen. Was eher befremdet sind die 13 Seiten der Begründung. Man hat bezüglich den Begründungen eine Änderung vorgenommen, dass diese kurz und bündig sein müssen. Für den Sprecher ist diese Begründung keine mehr, sondern bereits ein Bericht, welcher sicher viele Stunden Zeit gebraucht hat. Es heisst immer, dass der Sozialvorsteher überlastet ist, aber wenn man diese Begründung sieht, stellt man fest, dass der Gemeinderat noch viele Ressourcen hat.

Nach Peter Fässler namens der SP/JUSO-Fraktion verlangt der Postulant, verbindlich von allen Bezüger von Sozialhilfe in Kriens eine schriftliche Vollmacht zur Informationsbeschaffung zu verlangen. Die SP/JUSO-Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, dass der Bezug von Sozialhilfe bundes- und kantonsweit genügend geregelt ist. Es bestehen klare Gesetze und Weisungen über die notwendige Informationsbeschaffung. Und es bestehen Sanktionsmöglichkeiten, falls Klienten der Informationspflicht nicht nachkommen.

Was soll also diese Vollmacht zur Informationsbeschaffung? Soll sie Missbräuche verhindern? Dazu gibt es sicher effizientere Mittel. Genügend personelle Ressourcen in den Sozialämtern zum ersten, allenfalls der Sozialinspektor für konkrete Verdachtsfälle. Die SP/JUSO-Fraktion ist auch gegen allfällige Unterstellungen, dass alle Bezüger von Sozialhilfe unrechtmässige Unterstützungen erschleichen wollen. Die statistischen Zahlen zeigen klar, dass dies nur bei einem kleinen Prozentsatz aller Bezüger der Fall ist. Die SP/JUSO-Fraktion wehrt sich

dagegen, Missbrauch bei Sozialhilfeempfängern mit Gesetzesmissbrauch vom Staat zu bekämpfen. Denn genau eine solche vom Postulant geforderte Regelung verstösst gegen die geltenden Gesetze. Aus diesem Grund lehnt die SP/JUSO-Fraktion vehement dieses Postulat ab.

Die Grünen/JG sind gemäss Bruno Bienz schon ein wenig überrascht, von diesem Vorstoss der FDP. Zum einen predigen sie seit Jahren gemäss Zitat aus Homepage: „*Aus Liebe zur Schweiz, absurde Bürokratie stoppen. Wir Liberalen wollen einfache Regeln sowie transparente und einfache Verfahren. Unnötige Verbote, Bevormundung, Bürokratie und die Beschwerdeflut sind uns ein Dorn im Auge*“. Dieser Slogan wird anscheinend von der FDP nicht in jedem Bereich gelebt! Denn dieser Vorstoss geht in genau diese Richtung. Es wäre angebracht gewesen, die heutigen Abläufe beim Sozialamt Kriens nachzufragen. So wäre dieser Vorstoss unnötig gewesen. Das heutige Zwei-Stufige Verfahren gewährleistet ohne grossen administrativen Aufwand eine saubere Abklärung mit allen notwendigen Schritten. Heute wird vom Antragssteller von allen seinen Konten die Auszüge verlangt. Vollmachten werden im Einzelfall schon heute gezielt eingeholt, wenn dies notwendig wird. Wenn er diese nicht vorlegen will, wird gar nicht auf das Gesuch eingetreten oder die Bezüge werden gekürzt. Eine Auszahlung erfolgt erst, wenn alle Unterlagen vorliegen. Wie in allen Bereichen ist sonst eine Sanktion über den Geldbeutel am wirksamsten. Wenn ein schwarzes Konto auf irgend einer Bank besteht, ist es auch mit der Vollmacht nicht möglich, dieses ausfindig zu machen. Denn eine Blankovollmacht ist juristisch nicht zulässig. Das Bundesgericht hat die Möglichkeiten einer solchen Vollmacht aufgezeigt. So kann nicht aufs Geratewohl hin bei einer Bank oder Versicherung Auskunft verlangt werden. Diese Einrichtungen müssen auf der Vollmacht genau bezeichnet werden. Das bräuchte schon im Vorfeld viele Personalressourcen. Zudem kann der Klient diese Vollmacht jederzeit widerrufen.

Diese Vollmacht generiert daher viele administrative und personelle Kosten, da diese Vollmacht konsequenterweise ja auch bei allen korrekt vorgehenden Klienten eingeholt werden muss. Und gerade diese beiden Ressourcen sind in Kriens ja bekannterweise sehr knapp. Und ob mit oder ohne Vollmacht; wenn ein Klient nicht kooperiert, verstösst er gegen die Mitwirkungspflicht und kann und wird sanktioniert werden. Das Sozialamt von Kriens ist bekannt für seine konsequente, rigorose Haltung. Falls es dem Postulant wirklich ernst ist mit einem guten Intake-Verfahren, wäre der Sache besser gedient, die Personalressourcen anzupassen und diese für rechtliche Fragestellungen wie Sozialversicherungsfragen, Unterhaltsfragen und Zuständigkeitsfragen einzusetzen.

Noch zum Schluss eine ketzerische Frage: Würde die FDP auch eine solche Vollmacht bei den Steuern unterstützen? Die Grünen/JG würden dann den Vorstoss schon machen. Die Grünen lehnen einstimmig dieses Postulat aus den genannten Gründen ab.

Räto Camenisch fühlt sich etwas zurückversetzt in eine Diskussion, welche vor 6 Jahren stattgefunden hat. Peter Portmann hat damals den Sozialinspektor gefordert. Der damalige Sozialvorsteher hats fast ab dem Stuhl geschlagen. Mittlerweile arbeitet der Emmer Sozialinspektor für die Gemeinde Kriens. Er hat bereits 21 Fälle aufgedeckt.

Bevor Lothar Sidler etwas zur Sache selbst erläutert, nimmt er Stellung zum Votum von Martin Heiz. Die Begründung selbst umfasst zwei Seiten. Die restlichen Seiten sind Beilagen als Information. Zweitens wurde richtig festgehalten, dass die Begründungen kurz ausfallen müssen. Wenn die Überweisung durch den Gemeinderat erfolgt, sind diese sehr kurz. Wenn der Gemeinderat gegen eine Überweisung ist, ist man verpflichtet zu sagen, wieso keine Überweisung erfolgen soll und diese fallen dann etwas ausführlicher aus. Diese Begründung hat der Sprecher in seinen Herbstferien bearbeitet.

Bezüglich des Sozialinspektors hat sich der vorgängige Sozialvorsteher gewehrt, der Sprecher jedoch nicht, da er dies als Sinnvoll erachtet. Zum Prozess der Sozialhilfe. Wenn jemand Sozialhilfe beziehen will, muss er ein Formular ausfüllen. Bevor dies nicht vollständig ausgefüllt ist, kommt es zu keinem Bezug. Zuerst müssen die Inakte 1 und 2 durchlaufen werden. Der Antragsteller muss sage, welche Konten und welche Vermögen vorhanden sind. Das Sozialamt hat ein Informationsrecht. Es kann alles überprüft werden. Diese Überprüfungsmöglichkeit reicht, um zu beurteilen, ob jemand Anspruch hat auf WSH.

Zur Generalvollmacht äussert sich Lothar Sidler, dass man sich darüber unterhalten muss, was für Vollmachten man will. Will man eine verfassungswidrige oder eine verfassungsmässige Vollmacht? Wenn man sich für eine verfassungswidrige Vollmacht entscheidet, ist die Situation so, dass man mehr will als das Gesetz für notwendig erachtet. Diese wird aber vor Bundesgericht abgeschmettert. Die Berner Vollmacht kann als verfassungsmässig betrachtet werden und ist auf dem Internet herunterladbar. Wenn man diese anschaut, sieht man, dass sie mit der Krienser ziemlich identisch ist. Die Generalvollmacht darf verlangt werden, diese darf jedoch jederzeit widerrufen werden. Wenn jemand das System austricksen will, dann wird diese Person die Vollmacht widerrufen. Jemand der nichts zu verstecken hat, der wird sie nicht widerrufen.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulates Tanner: „Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens (Nr. 004/12)“**  
Das Postulat wird mit 16:13 Stimmen nicht überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

## **10. Interpellation Urfer: Erlen - kein denkmalgeschütztes Gebäude Nr. 322/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **11. Interpellation Tanner: Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien Nr. 326/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **12. Fragestunde**

Auf die Fragestunde wird aus Zeitgründen verzichtet.

## **13. Verabschiedung Toni Bründler (SVP)**

Martin Heini bittet Toni Bründler nach vorne.

Toni Bründler hat den Rücktritt von seinem Mandat als Einwohnerrat Kriens eingereicht. Mit ihm tritt ein eigentliches Urgestein des Rates und der SVP ab der politischen Bühne. 1996 war er, zusammen mit Martin Heiz, als erster SVP-Politiker in den Rat eingetreten. Ein Jahr zuvor war er Gründungsmitglied der SVP Kriens und auch deren Kassier. Von September 1996 ist bis Ende 2002 war Toni Bründler im Einwohnerrat, hat dann pausiert, und ist im September 2008 zurückgekehrt. In der Baukommission brachte er sein bautechnisches Wissen zwischen 2000 und 2002 ein. Seit 2008 war er Mitglied in der USK und zwischendurch auch Mitglied der KiZ. Im Einwohnerrat hielt er eigentlich nur kurze, prägnante Reden. Zudem hatte er eine grosse Präsenz, gemeint ist damit, dass er kaum einmal, wenn überhaupt, an einer Ratssitzung gefehlt hat. Offensichtlich hält sich Toni Bründler sehr viel draussen auf. Ein echter Naturbursche. Er ist viel in seinem Wald anzutreffen, er kennt jeden Winkel und beobachtet Flora und Fauna, auch die ungebetenen Gäste wie Neophyten oder exotische eingeschleppten Käfer. Seine grosse Leidenschaft war und ist das Bauen, Hegen und Pflegen. Sein Haus und sein Garten geben ihm immer wieder zu tun. Richtig Handwerken und Anpacken, das liegt ihm. Nicht im Traum, sondern in seinem Garten hat er sogar einen Holzofen zum Brotbacken aufgebaut. Und jetzt, wo Schnee liegt, wird er sich wieder auf die Skier schwingen. Langweilig wird es ihm wohl nicht. Und wenn es doch so käme, schlägt der Sprecher vor, dass Toni Bründler immer noch die Obernauer Wetterschmöker gründen. Wegen der finanziellen Lage der Gemeinde Kriens verzichtet Toni Bründler auf ein Abschiedsgeschenk.

Martin Heini wünscht dem abtretenden Einwohnerrat für die Zukunft alles Gute!

Toni Bründler dankt dem Einwohnerratspräsident für diese schönen Worte. Er wurde bereits zweimal verabschiedet. Das Erste Mal ziemlich genau vor 10 Jahren. Und heute ist seine Verabschiedung als 13. Traktandum aufgeführt am 13. Dezember 2012. Doch der Sprecher beruhigt, dass er nicht abergläubisch ist. Toni Bründler erwähnt, dass er bereits bei 12 Budgetdebatten mitarbeiten durfte. Wenn die Budgets jeweils so rassig behandelt werden wie heute, dann wird es gut rauskommen. Für ihn selber kam das dies aber etwas zu früh. Die

Arbeit wurde für den Sprecher im Rat etwas zäh und hat darum die Entscheidung zur Demission getroffen.

Toni Bründler wünscht allen alles Gute, schöne Festtage und weiterhin gute Sitzungen.

Das zweite Mal in seinem Leben wird Toni Bründler unter Applaus aus dem Einwohnerrat verabschiedet.

## Schluss

Martin Heini bedankt sich für die speditive Mitarbeiter. Das ganze ging sehr schnell über die Bühne. Die Sitzung war quasi eine Punktlandung, auch wenn zwei Traktanden abtrakandiert wurden. Denn man hatte anstelle dieser beiden Vorstösse, zwei dringliche Vorstösse zu behandeln.

Der eingangs der Sitzung erwähnte Wunsch hat sich erfüllt. Der Sprecher hofft, dieser bleibt auch so bis zur Abstimmung am 3. Februar 2013.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 31. Januar 2013, um 13:30 Uhr angesagt.

Martin Heini wünscht allen frohe Weihnachten, gute Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2013.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im schutzwürdigen Gebäude Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung schliesst um 19.10 Uhr.

\*\*\*\*\*

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

  
Martin Heini

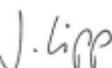
Der Gemeindeschreiber:

  
Guido Solari

Die Protokollführerinnen:

  
Alexandra Graf

  
Jennifer Schweizer

  
Janine Lipp

**Einwohnerratssitzung 2012/2013  
Protokoll Nr. 5**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 13. Dezember 2012**  
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:10 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll Jennifer Schweizer  
Direktwahl 041 329 63 03

13. Dezember 2012 js

---

**Anwesend**

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

32 Mitglieder  
Camenisch Räto (ab 15:00 Uhr)  
Bieri Esther (bis 17:45 Uhr)  
Kloter Yanik (bis 18:00 Uhr)  
Wicki Verena (bis 16:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Graf Alexandra  
Schweizer Jennifer  
Lipp Janine

**Entschuldigt**

Aakti Brahim  
Koch Patrick  
Lammer Thomas

## Traktanden

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 183 |
| 2.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017   | Nr. 009/12 | Seite 188 |
|     | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>   |            |           |
|     | - <u>Postulat Graber:</u> Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb                               | Nr. 278/11 |           |
| 3.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Voranschlag 2013   | Nr. 008/12 | Seite 195 |
|     | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>   |            |           |
|     | - <u>Motion Erni:</u> Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung  | Nr. 268/11 |           |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Dorfkern   | Nr. 011/12 | Seite 209 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid             | Nr. 012/12 | Seite 217 |
| 5a. | <u>Dringliche Interpellation Fässler:</u> Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende?<br><i>Beantwortung</i>         | Nr. 014/12 | Seite 220 |
| 6.  | <u>Bericht Postulat Camenisch:</u> Unterbringen von Asylant/innen in Kriens   | Nr. 315/12 | Seite 223 |
| 6a. | <u>Dringliche Interpellation Frey:</u> Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal<br><i>Beantwortung</i>                       | Nr. 015/12 | Seite 224 |
| 7.  | <u>Interpellation Portmann:</u> Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle<br><i>Beantwortung</i>                                     | Nr. 314/12 | Seite 225 |
| 8.  | <u>Postulat Kaufmann:</u> Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd<br><i>Begründung</i>                                     | Nr. 003/12 | Seite 229 |
| 9.  | <u>Postulat Tanner:</u> Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens<br><i>Begründung</i> | Nr. 004/12 | Seite 229 |
| 10. | <u>Interpellation Urfer:</u> Erlen - kein denkmalgeschütztes Gebäude<br><i>Beantwortung</i>                                       | Nr. 322/12 | Seite 233 |

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 11. | <u>Interpellation Tanner</u> : Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien<br><i>Beantwortung</i> | Nr. 326/12 | Seite 233 |
| 12. | <u>Fragestunde</u><br><i>(max. 30 Min.)</i>   |            | Seite 233 |
| 13. | <u>Verabschiedung</u> Toni Bründler (SVP)   |            | Seite 233 |
- 

## Neueingangsliste

- Nr. 010/12    Beantwortung Interpellation Graber: Stopp dem Schottern von Naturwegen
- Nr. 015/12    Dringliche Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal  
*Eingang: 10.12.2012*

\*\*\*\*\*

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf. Insbesondere herzlich willkommen heisst der Sprecher Janine Lipp, neue Sachbearbeiterin der Gemeindekanzlei und zuständig für den Einwohnerrat.

Heute, wo die Hälfte der Weihnachtszeit vorüber ist, darf man das 13. Türchen des Adventskalenders öffnen und dahinter zeigt sich folgender Wunsch des Vorsitzenden: „Der Einwohnerrat fällt heute einen klaren Entscheid, der von der Bevölkerung als gut zu verstehendes Zeichen verstanden und so auch mitgetragen wird.“

Entschuldigt haben sich Brahim Aakti, er ist noch immer auf Weltreise sowie Patrick Koch und Thomas Lammer, welche in den Ferien weilen. Rätö Camenisch stösst erst etwa um 15:30 Uhr zur Sitzung hinzu. Esther Bieri verlässt die Sitzung um 17:40 Uhr, Yanik Kloter um 18.30 Uhr und Verena Wicki um 15:15 Uhr.

Die Pause ist von 15:45 Uhr bis 16:05 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

## 1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind laut Martin Heini keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Im Weiteren wurden zwei dringliche Vorstösse eingereicht.

**Dringliche Interpellation Fässler: Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende? (Nr. 014/12)**

Peter Fässler begründet die Dringlichkeit aufgrund der laufenden Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der SVP „NEIN zur Asylbewerberunterkunft Grosshof“. Am 13. November 2012 wurden anlässlich einer offiziellen Veranstaltung Informationen und Fakten durch den Regierungsrat, vertreten durch Guido Graf, den Gemeinderat Kriens und weitere beteiligte Organisationen an die Öffentlichkeit abgegeben. Der Begleittext zum Unterschriftenbogen enthält jedoch nun viele, gegenteilige, allenfalls sogar unwahre Aussagen zur geplanten Asylbewerberunterkunft. Die Öffentlichkeit wird somit mit diametral unterschiedlichen Informationen bedient. Im Hinblick auf den Ablauf der Sammelfrist am 21. Dezember 2012 ist eine Klärung deshalb jetzt notwendig.

Nachdem der Dringlichkeit nicht widersprochen wird, schlägt Martin Heini vor, die Interpellation als Traktandum 5a zu behandeln. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.

### **Dringliche Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal (Nr. 015/12)**

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt durch Bruno Bienz, nachdem Maurus Frey noch nicht anwesend ist. Bekanntlich ist die Gemeindeabstimmung über den Landverkauf Matthof am 3. Februar 2013 geplant. Damit den Stimmberechtigten für ihren Entscheid entsprechende Vergleichszahlen vorliegen, müssen die Ergebnisse aus der Submission zum Teiggi-Areal heute offen gelegt werden.

Matthias Senn stellt fest, dass es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Deshalb kann er keine Details zu den Verhandlungen bekannt geben. Der Gemeinderat wird erst im Januar 2013 einen Entscheid fällen und im Juli 2013 soll das Geschäft dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Nachdem das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, wird er heute lediglich qualitative Aussagen abgeben bzw. einen Vergleich ziehen, welche Faktoren das Ergebnis der Submission beeinflusst haben.

Hans Gartmann opponiert der Dringlichkeit. Dieser Vorstoss ist reine Propaganda. Die Ergebnisse der Investoren-Submission beim Teiggi-Areal sind dann zu behandeln, wenn der Gemeinderat Auskunft erteilen darf.

Auch Martin Heiz widerspricht der Dringlichkeit. Die Behandlung des Vorstosses macht im jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, da die vom Interpellanten erhofften Auskünfte nicht erfolgen können.

Bruno Bienz überrascht es, dass der Gemeinderat heute keine Auskunft erteilen kann. Anlässlich einer früheren Anfrage hat der Gemeinderat damals erwähnt, dass die Ergebnisse der Submission an der nächsten Gemeinderatssitzung traktandiert und besprochen werden. War dies demnach nicht der Fall?

Matthias Senn erklärt, dass dies grundsätzlich korrekt ist und das Geschäft im Gemeinderat behandelt wurde. Dabei ging es aber lediglich darum, die Auswertungen vorzunehmen und zu entscheiden, mit wem weiter verhandelt werden soll. Der definitive Zuschlag erfolgt erst im Januar 2013.

Gemäss Kathrin Graber unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Dringlichkeit. Zwar teilt sie die Auffassung, dass heute die vom Interpellant erhofften Antworten nicht vorgetragen

werden. Trotzdem kann sie das Anliegen verstehen, für den Abstimmungskampf Antworten zu suchen. Dafür ist es an der nächsten Einwohnerratssitzung zu spät.

Auch Peter Fässler spricht sich für die Dringlichkeit aus. Es könnte damit Klarheit im Bereich Mattenhof geschaffen werden.

**Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal (Nr. 015/12)**

Mit 18:12 Stimmen wird die Interpellation dringlich erklärt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini schlägt vor, den Vorstoss als Traktandum 6a zu behandeln. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert. Der Vorsitzende kommt nun zu den weiteren Mitteilungen und gratuliert Cyrill Wiget zu dessen gestrigem 50. Geburtstag. Nach einem Applaus durch die Anwesenden übergibt der Sprecher das Wort an Paul Winiker für die Mitteilungen von Seiten des Gemeinderates.

Paul Winiker dankt allen, die an der Veranstaltung „Wir sind Kriens“ teilgenommen haben. Am letzten Montag haben sich die rund neun Arbeitsgruppen konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Er bittet die Anwesenden, sich bereits heute den 27. April 2013 für die entsprechende Ergebniskonferenz zu reservieren.

Am 8. Januar 2013 wird ab ca. 18.30 h ein öffentlicher Umstrunk auf dem Dorfplatz stattfinden. Aufgrund der kalten Jahreszeit werden wärmende Getränke ausgeschenkt, bei denen sich die Mitglieder des Gemeinderates und des Einwohnerrats mit der Bevölkerung über die

anstehenden Gemeindeabstimmungen (Voranschlag 2013 und Landverkauf Mattenhof) austauschen können. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dies eine neue und eher unkonventionelle Art für einen Dialog mit der Bevölkerung darstellt und ist umso mehr gespannt auf das Ergebnis.

Lothar Sidler nimmt Bezug auf die verschiedenen Presseartikel (insbesondere im Blick) zur Lebenssituation des Ehepaars Huser. Er möchte auf dieses Thema nicht näher eingehen, weist aber darauf hin, dass auf der Internetseite der Gemeinde Kriens eine entsprechende Medienmitteilung bzw. Richtigstellung aufgeschaltet ist.

## **2. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017 Nr. 009/12**

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

**- Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb“**  
Nr. 278/11

Martin Heini begrüsst als Sachverständigen Beat Fallegger. Gleichzeitig hält er fest, dass gestützt auf § 26 Abs. 1 lit. b der Gemeindeordnung der Aufgaben- und Finanzplan vom Einwohnerrat genehmigt werden muss.

Roger Erni erklärt namens der FGK, dass Planung als menschliche Fähigkeit die gedankliche Vorwegnahme von Handlungsschritten ist, die zur Erreichung eines Zieles notwendig scheinen. Die im Finanz- und Aufgabenplan festgehaltenen schlechten Zahlen wie auch die darin fehlenden Visionen werden von der FGK moniert. Schade ist auch, dass Zukunftsprojekte wie auch Desinvestitionen gar nicht erwähnt werden. Auch fehlt der FGK die Finanzspalte bei der Projektliste 2013 bis 2017, mit welcher man sich eine Übersicht verschaffen könnte. Die FGK ist sich bewusst, dass dadurch, dass die Steuererhöhung schon zweimal gescheitert ist, das Finanzdepartement kein Risiko eingehen wollte und sich deshalb für die Variante „Defense first“ entschieden hat. Eine Varianten-Planung wäre aber für die FGK wünschenswert gewesen. Last but not least verdankt die Kommission die grosse Arbeit seitens der federführenden Gemeindeabteilung unter der Führung von Beat Fallegger. Auch die Präsentation und die Informationen anlässlich der FGK-Sitzung waren sehr kompetent und ausführlich. Die FGK war mit 7:0 für Eintreten und hat den Beschlusstext grösstmehrheitlich genehmigt.

Nach Christine Kaufmann-Wolf hat sich die BiK einstimmig für Eintreten ausgesprochen. Der vorliegende Bericht und Antrag zeigt auf, dass in den nächsten Jahren weiterhin grosse Bildungsprojekte anstehen. Trotz massiven Verzicht- und Sparmassnahmen in der Vergangenheit und einer absoluten Konzentration auf die Kernaufgaben, steigen die Mehraufwände in der Bildung an. Einerseits sind es die Investitionen für die dringend notwendigen Sanierungen und Werterhaltungen von Schulhäusern, welche leider in früheren Legislaturen sträflich vernachlässigt wurden. Andererseits betrifft dies die Umsetzung der kantonalen Vorgaben, wie die Einführung des 2-Jahreskindergartens, einer bedarfsgerechten Ausweitung der Betreuungsangebote oder die Umsetzung der integrativen Förderung. Um diese Kosten einigermaßen im Griff zu halten, wird die Einführung des 2-Jahreskindergartens bis 2017 etappiert und die Umsetzung der integrativen Förderung wird bis 2016 abgeschlossen sein.

Der Aufgaben- und Finanzplan führte innerhalb der BiK zu einer betroffenen Diskussion. Die BiK erkennt die anstehenden Probleme, welche die Gemeinde Kriens auch inskünftig noch beschäftigen werden. Gerne würde man für die Unterstützung des „täglichen Geschäfts“ mehr

Ressourcen zur Verfügung stellen. Doch leider ist dies heute im gewünschten Umfang noch nicht möglich. In der BiK beanstandet wurde, dass bei der Projektliste ab Seite 27 im Aufgaben- und Finanzplan keine Finanzkennzahlen für die Projekte aufgeführt sind. Ohne diese Angaben kann sich der Einwohnerrat kein Bild machen. Im Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass zum kantonalen Sparpaket, welches diese Woche im Kantonsrat beraten wurde, keine Stellungnahme vorhanden ist. Die BiK genehmigt den bildungsrelevanten Teil des Aufgaben- und Finanzplans mit 4:2 Stimmen.

Martin Heiz gibt bekannt, dass in der BK Eintreten unbestritten war. Man hat sich auf die baukommissionsrelevanten Punkte beschränkt und vor allem die Investitionsplanung genauer angesehen. Neu sind die Zukunftsprojekte nicht mehr enthalten. Diese sollen über Sonderkredite abgewickelt werden. Bei den Heimen will man mit Investorenprojekten arbeiten.

Während der BK-Sitzung wurden diverse Fragen gestellt. Beim Bereich Umwelt und Raumordnung erkundigte man sich, ob es eine Landwirtschafts- und Waldbewirtschaftungsstrategie gibt. Bezüglich der Alterswohnungen Hofmatt tauchte die Frage auf, warum die Sanierung in verschiedenen Etappen und nicht mittels Gesamtanierung erfolgte. Im Weiteren wollte man wissen, wie der Planungsstand des K4-Projektes aussieht. Auch die Radverkehrsanlagen auf dem alten Trasse der Zentralbahn, der Wasserbezug, die Reihenfolge bei der Werterhaltung der Gemeindestrassen und das Darlehen an das Klubhaus Tennisclub waren ein Thema in der Kommissionssitzung. Die BK sagt einstimmig Ja zu den baurelevanten Themen und Konten.

Bruno Bienz teilt mit, dass das Eintreten auch in der SGK unbestritten war. Es ist sicher kein erfreuliches Papier, dazu sind die Zahlen zu düster. Einig war man sich, dass im sozialen Bereich sehr viele Projekte geplant sind. Da stellt sich die Frage, ob diese Planung realistisch ist, denn finanziert ist sie noch nicht. Es ist lediglich eine Auflistung, was die Gemeinde gerne umsetzen möchte. Über die Dringlichkeit der einzelnen Projekte kann und sollte auch noch diskutiert werden. Nicht alle Mitglieder waren mit diesem Aufgaben- und Finanzplan einverstanden. Es wurden die fehlenden Visionen kritisiert und die nicht enthaltende demografische Entwicklung. Auch wurde bemängelt, dass es keine konkreten Lösungsansätze gibt.

Die Abteilungsleitenden wurden mit der Frage konfrontiert, ob es durch die Sparmassnahmen zu Qualitätseinbussen in ihren Abteilungen gekommen ist. In den Heimen ist es vor allem in jenen Bereichen zu Sparmassnahmen gekommen, in denen die Bewohnenden am wenigsten davon merken. Die Massnahmen müssen immer vertretbar sein. Der Druck beim Personal ist jedoch bereits sehr hoch. Bei den Investitionen wird nur im Notfall gehandelt. Die Sozialabteilung kann mit dem Budget leben, es sei aber schon sehr knapp. Das Hauptproblem liegt beim Personalwechsel. Im Sozialamt haben drei neue Mitarbeitende begonnen. Es dauert circa ein Jahr, bis diese eingearbeitet sind. Probleme bereiten auch die vielen Einsprachen, trotz der Tatsache, dass dem Sozialamt bei diesen sehr viel Recht gegeben wird. Hier wäre sicher zu prüfen, ob eine Rechtsdienst-Zusammenarbeit, beispielsweise mit Luzern, sinnvoll ist. Die Spitex kann gemäss Hanspeter Inauen mit dem Budget leben. Wichtig sei aber, dass das Wachstum der Branche beachtet wird. Wird noch mehr reduziert, hätte das zum Beispiel auch Auswirkungen auf die Auswärtsplatzierung. Dies würde höhere Kosten für die Gemeinde mit sich ziehen. Zudem bekundet die Spitex grosse Mühe, gutes, qualifiziertes Personal zu finden. Die KESB ist laut Sybille Tobler startklar. Personell ist die letzte Vakanz besetzt worden. Laut Lothar Sidler ist die KESB sicher teurer unterwegs als das Vormundschaftssekretariat, aber immer noch günstiger, als viele andere KESB-Varianten im Kanton. Die Kommission wünscht der KESB zusammen mit Schwarzenberg einen guten Start. Die SGK hat dem Aufgaben- und Finanzplan mit 4:1 Stimmen genehmigt.

Pascal Meyer stellt fest, dass auch die USK den Aufgaben- und Finanzplan besprochen hat. Was soll man da noch sagen? Rosig ist wohl anders... Nichts desto trotz wurde eine kritische

Diskussionen geführt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Aufgaben- und Finanzplan in einem Jahr wieder komplett anders aussehen wird, da diverse Projekte nicht aufgeführt wurden. Insofern handelt es sich nur um eine Momentaufnahme. Bis 2017 dauert es noch fünf Jahre. Bis 2017 hat Kriens keinen finanziellen Handlungsspielraum. Bis 2017 wird die Gemeinde Kriens keinen bedeutenden Fortschritt machen können, welcher doch in vielen Bereichen so dringend nötig wäre. Das kann kein gewollter Zustand sein. Wenn Kriens sein „Schlafstadt-Image“ in Zukunft verlieren will, muss der Einwohnerrat zum Ziel haben, dass die Aufgaben- und Finanzpläne der nahen Zukunft ein erfreulicherer Bild zeigen.

Daniel Piazza namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion hätte sich natürlich gewünscht, dass gerade in den aktuellen finanzpolitisch frostigen Zeiten die rollende politische Gesamtplanung vorgenommen wird. Klar hätte sich die Fraktion auch das Durchrechnen der Tragbarkeit von Zukunftsprojekten sowie des Investitionsspielraums gewünscht. Dabei zählt sie auf das Wort des Gemeinderates, dass er diese zu gegebener Zeit nachliefert. Und selbstverständlich hätte sich die Fraktion die Auflistung von Schätzungen der finanziellen Auswirkungen der aufgelisteten Spar-, Effizienzsteigerungs- und Leistungsumsetzungs-Projekte gewünscht. Aber die CVP-/JCVP/GLP-Fraktion sieht, in welcher finanziellen Notlage sich der Krienser Finanzhaushalt inzwischen befindet. Es geht somit, wie der Gemeinderat richtig feststellt, um die Fokussierung auf das Wesentliche, nämlich

1. Die Rettung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit
2. Der umfassenden und strukturellen Sanierung des Krienser Finanzhaushalts
3. Einer vorausschauenden und weitsichtigen Gemeindeentwicklung

Deshalb dankt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat und allen in der Verwaltung Beteiligten für die grosse und nicht einfache Erstellung des Finanz- und Aufgabenplans. Danke, dass dem Einwohnerrat alle relevanten Zusammenhänge und Kennzahlen aufgezeigt werden, die unmissverständlich klar machen, dass es tatsächlich „fünf nach zwölf“ ist. Wobei der Sprecher betont, dass seine Fraktion bereits als einzige bürgerliche Kraft bei den letzten beiden Budgetvorlagen die Einschätzung des Gemeinderates geteilt und sich an vorderster Front für eine Sanierung der Gemeindefinanzen durch Sparen und Steuererhöhung eingesetzt hat. Daniel Piazza bittet deshalb jene Sprecher, die heute planen zu sagen die „bürgerlichen Krienser Parteien“ hätten die Steuererhöhung bekämpft, dies sein zu lassen, da es nicht stimmt.

Das düstere Bild des Finanzhaushalts der Gemeinde Kriens hat sich Jahr für Jahr akzentuiert. Mittlerweile sind Ausgangslage und Perspektiven so dunkel wie „Mordor“ (Schattental bei Herr der Ringe). Beim jetzigen Dilemma muss man mehr denn je aufpassen, dass in die Zukunft von Kriens investiert wird und Kriens mit den Leistungen eine attraktive Gemeinde bleibt, welche aber zugleich nicht Gefahr läuft, die Finanzen an die Wand zu fahren, weil sie sich tatsächlich nicht mehr viel leisten kann. Was es braucht ist eine konsequente Umsetzung der Vier-Säulenstrategie des Gemeinderates von 2010. Dazu gehört neben den Sparmassnahmen, den Investitions-Staffelungen und -Verschiebungen und den strukturellen Sparmassnahmen endlich auch die bisher fehlende Steuererhöhung. Dafür sind zwei Dinge wichtig: Einerseits die Konsens in allen Fraktionen. Nur so kann der Einwohnerrat ein genug starkes Zeichen der Ernsthaftigkeit der Krienser Finanzlage an die Stimmbürgerinnen und -bürger übermitteln. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist froh, dass zumindest aktuell endlich ein Einvernehmen gefunden wurde und hofft, dass diese Einigkeit und Entschlossenheit, die Gemeindefinanzen zu sanieren auch in den nächsten Jahren bestehen bleibt. Andererseits braucht es neben den vier bestehenden Säulen zur Sanierung der Gemeindefinanzen noch zwei Weitere. Zum einen benötigt die Gemeinde Kriens wieder Dynamik. Projekte wie der Mattenhof oder auch das Zentrum müssen realisiert werden können. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Kriens nicht länger stehen bleibt, sondern sich tatkräftig weiterentwickelt. Im Weiteren müssen – wie durch den Vorstoss der CVP/JCVP von Kathrin Graber gefordert – nach dem Entscheid für ein eigenständiges Kriens weitere Kooperationsfelder mit den umliegenden Gemeinden ausgelotet, ernsthaft durchgerechnet und realisiert werden. Nicht nur mit einzelnen Gemeinden, sondern mit mehreren Gemeinden müssen Effizienzstei-

gerungen und Sparmöglichkeiten verwirklicht werden. Grössere Skalen helfen oft, schlankere Prozesse bei sichergestellter Leistungserstellung hinzukriegen.

Die Gemeinde Kriens muss sich wieder einen generationengerechten Finanzhaushalt erarbeiten. Die Einnahmen der heutigen Generation müssen deren Ausgaben decken und es muss vorausschauend investiert werden. Dafür muss aber die Gemeinde zuerst finanziell gerettet werden. Sie steht mit dem Rücken an der Wand. Nun gilt es zu kämpfen. In den nächsten Jahren stehen in der Politik und insbesondere den Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verschiedene schwierige aber wegweisende Entscheide bevor. Es ist dabei wichtig, dass man nicht „Däumchen dreht“ und auf das Prinzip Hoffnung setzt, sondern Nägel mit Köpfen macht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt dies, solange es ausgewogen und fair passiert und nicht auf dem Rücken jener ausgetragen wird, die sich nicht wehren können. Denn es ist besser, nur ein kleines Lichtlein anzuzünden und dann noch eins und noch eins, als die Dunkelheit zu verfluchen. Diese Denkweise muss den Blick nach vorne prägen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2013-2017.

Für Peter Portmann namens der SVP-Fraktion braucht es in der heutigen Zeit, und insbesondere jetzt, wo es nicht gut um die Gemeindefinanzen steht, eine Politik der Weitsicht. Denn die zukunftsorientierte Ausrichtung des Gemeinwesens ist wichtiger denn je. Das gilt hauptsächlich für die finanzielle Planung. Darum erachtet die SVP-Fraktion es als richtig, dass Zukunftsprojekte wie das Kleeblatt nicht im Aufgaben- und Finanzplanung enthalten sind. Grossprojekte sollen überdacht und Schritt für Schritt realisiert werden.

Die SVP-Fraktion wird per 2013 einer Steuererhöhung um 1/10 Einheiten grossmehrheitlich zustimmen. Diese Steuererhöhung wird nicht reichen, um die Gemeindefinanzen sofort zu sanieren. Die SVP ist aber der Ansicht, dass die Steuererhöhung per 2013 die finale Steuererhöhung für die nächsten Jahre sein wird. Sie setzt auf Wachstum und Entwicklung der Schwerpunkte. Sie ist auch der Meinung, dass die Ausgaben endlich plafoniert werden müssen. Auch einen Einstellungsstopp kann sie sich gut vorstellen. Es kann nicht sein, dass trotz schlechter Finanzlage immer mehr Stellen und Leistungen geschaffen werden. Mehr Stellen verhindern eine bessere Entlohnung des angestammten Personals. Es ist zu verhindern, dass beim Personal Frust und Unzufriedenheit aufkommen.

Die SVP vertraut dem Gemeinderat bei seinen Verhandlungen mit zukünftigen Investoren und wird jetzt und auch in Zukunft keine wirtschaftliche Entwicklungsverhinderung mittragen. Es kann nicht sein, dass die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinde mit allen Mitteln aus fadenscheinigen Gründen torpediert wird. Kriens kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Verzögerungs- und Verhinderungstaktik brauchen, wie jene, die zur Zeit beim Mattenhof angewendet wird. Das kostet Geld, es ist schlecht für den Ruf der Gemeinde und schreckt zukünftige Investoren ab. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion für Eintreten.

Gemäss Roger Erni ist der Aufgaben- und Finanzplan für die FDP - da am 27. September 2012 der Voranschlag bereits „vorweggenommen“ wurde - keine Überraschung. Ein Mix aus Verzichts- und Sparmassnahmen sowie einer Steuererhöhung in den nächsten Jahren ist das Resultat, der Fachbegriff dafür lautet Vier-Säulen-Modell. Zum Bericht und Antrag hat die FDP folgende Anmerkungen: Es ist erfreulich, dass in den Planungsgrössen keine zweite Steuererhöhung enthalten ist. Hingegen akzeptiert die FDP nicht, dass im Bericht von Erbschaftssteuern auf Gemeindeebene die Rede ist. Im Weiteren wird das vorgestern im Kantonsrat besprochene Sparpaket als Chance erwähnt. Aufgrund der erfolgten Debatte erwartet die FDP, vorausgesetzt das Sparpaket greift, dass in Kriens bereits in den Jahren 2015/2016 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert wird. Selbstverständlich gehört auch dazu, dass auf Gemeindeebene keine Sparbemühungen gestrichen werden aufgrund der kantonalen Spardiskussionen.

Die Projektliste zeigt, dass sehr viele Projekte anstehen. Die FDP fragt sich, ob diese zu leisten sind und ob zur Information des Einwohnerrates allenfalls als zusätzliche Spalte die projektierten Kosten hinzuzufügen wären. Bezüglich der Investitionen und Desinvestitionen findet es die FDP schade, dass sich der Gemeinderat noch immer „trotzig“ zeigt. Die dringend nötige Schulhaus-Renovation Gabeldingen wird aufgrund des negativen Budget-Entscheids im 2011 verschoben. Dies generiert rund Fr. 300'000.00 Kosten für die Mietcontainer über die zwei bis drei Jahre. Auch sind die geplanten Investitionen nicht im Finanzplan mit Plandaten enthalten und die Desinvestitionen Mattenhof, Bosmatt und Mühlerain werden einfach ausgeklammert. Die FDP genehmigt den Aufgaben- und Finanzplan bei einigen Enthaltungen.

Peter Fässler namens der SP/Juso-Fraktion hat unter Wikipedia nachgelesen, was Planung bedeutet: „Planung ist als menschliche Fähigkeit die gedankliche Vorwegnahme von Handlungsschritten, die zur Erreichung eines Zieles notwendig erscheinen.“ Die heutige desolante Finanzsituation lässt darauf schliessen, dass das Prinzip Planung in den letzten vier Jahren von der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Einwohnerrat anderen Begrifflichkeiten unterworfen waren, wie etwa „Wenn wir alle an Steuern sparen, geht es uns und der Gemeinde gut“ oder eher „Nach uns die Sintflut?“ Der Sprecher fragt sich, ob es geplant war, das Gemeinwesen an die Wand zu drücken, was sich jedoch mit dem Willen zur Selbständigkeit diametral kreuzt. Oder ob es vielleicht einfach auch nur Egoismus war, nach dem Motto „Hauptsache, mir geht es gut und ich kann Steuern sparen!“ Dass man im Rat auf die Einwände und Bedenken der SP kein Ohr und keinen Gedanken verschwendete, gehörte wie selbstverständlich zum guten Ton. Die Mitglieder des SP kamen sich dabei wie einsame Rufer in der Wüste vor.

Nun hat man einen Aufgaben- und Finanzplan für die nächsten Jahre, der sich nur gerade auf die lebensnotwendigen Kernaufgaben konzentriert. Visionen oder nur schon zukunftsgerichtete Projekte sucht man vergebens in dieser sogenannten Planung. Mit zögerlichen Massnahmen und Mikroschritten wird versucht, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Fundament dieser ganzen Strategie ist nach wie vor das Prinzip Hoffnung. Hoffen auf ein Steuerwachstum, hoffen auf einen guten Ertrag der Sondersteuern, hoffen auf eine gute Konjunktur und darauf, dass der Kanton nichts Weiteres beschert und die Infrastruktur weiterhin funktioniert. Und selbst wenn diese Voraussetzungen sich optimal erfüllen: Wo steht Kriens in vier Jahren? Wieder bei null. Wahrlich schöne Aussichten, wenn einem das Wasser immer noch bis zum Halse steht.

Die SP/Juso-Fraktion setzt sich für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde ein. Sie fordert deshalb eine schnellere Gangart für die Sanierung der Gemeindefinanzen. Ein Weg wäre die dem Volk gegenüber ehrliche Kommunikation, dass ein Zehntel Steuererhöhung nicht reicht. Die SP/Juso-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es für einen nachhaltigen Befreiungsschlag eine höhere Steuererhöhung braucht. Etwas mehr Mut würde den Führungsorganen der Gemeinde Kriens gut tun. Da müsste man allerdings auch zugeben, dass das Verschenken von 78 Mio. Franken Steuergeldern in Form der kantonalen und kommunalen Steuerensenkungen seit 2009 eher einem Schildbürgerstreich gleich kommt, als einer weitsichtigen Politik. Die SP/Ju-so-Fraktion steigt mit vielen Fragen und ernsthaften Bedenken in die Behandlung dieses Bericht und Antrages ein. Damit sie Antworten auf ihre Fragen erhält, ist sie für Eintreten.

Nach Erich Tschümperlin sind die Grünen und JG für Eintreten auf den Aufgaben- und Finanzplan. Dieser zeigt auf, wohin die Reise geht und spiegelt die finanzielle Entwicklung der Gemeinde über den Horizont des nächsten Budgets hinaus wieder. Dieses Instrument deckt auf, wie sich die Finanzen mittelfristig entwickeln, damit rechtzeitig Gegensteuer geben werden kann, bevor die Finanzen in Schieflage geraten oder gar abstürzen. Deshalb braucht es den Finanz- und Aufgabenplan und darum sollte man ihn ernst nehmen. So wär's eigentlich gedacht - in Kriens ist es jedoch anders gekommen. Weshalb hat man die heutigen katastrophalen Krienser Finanzen nicht kommen sehen? Weil einige diesen Bericht und Antrag nicht ernst nehmen? Weil viele hoffen, dass es schon irgendwie besser kommt?

Wenn man die Krienser Finanzkennzahlen genau betrachtet, kann jeder sehen, dass diese nicht mehr der Verordnung über den Finanzhaushalt entsprechen. Die Gemeinde Kriens kann die nächsten paar Jahre mehrheitlich das Gesetz nicht mehr einhalten. Beim Verschuldungs- und Selbstfinanzierungsgrad sowie bei der Nettoschuld pro Einwohner sind die Zahlen katastrophal.

Und was tut man dagegen? Man hofft, dass es im Jahr 2017 langsam wieder besser wird. Und einige sagen jetzt schon, dass diese eine, kleine Steuererhöhung die letzte ist, die sie unterstützen werden. Nach sechs, teils gewaltigen Steuersenkungen, grossen Sparpaketen und grossen neuen Aufgaben ist das alles, was den rechtsbürgerlichen Finanzexperten einfällt. Da können Rechnungen gewaltige Löcher in die Kasse reissen, da können Budget, Finanz- und Aufgabenplan aufzeigen, das alles nur noch schlimmer wird, die finanzielle Realität interessiert nicht. Beim Sparen hingegen ist man auf dem Knochen angelangt, hier kannten die Anhänger der Steuersenkungen keine Skrupel, es gab keine heiligen Kühe. Bei den Einnahmen haben sich die einen und dann wieder die andern sehr geziert. Das Festhalten am bestehenden Steuersatz hat für den Sprecher inzwischen etwas Sektiererisches.

Die Steuergeschenke der letzten paar Jahre bezahlt Kriens teuer, sehr teuer. Je länger man zuwartet, desto schlimmer sind die Auswirkungen. Gesehen haben das die meisten schon länger, deshalb wurden die Steuererhöhungen ja auch mehrheitlich unterstützt. Leider hat man aber zwei Jahre verloren und steht schlechter da denn je. Beim Betrachten der Zahlen wird einem sofort klar, dass das strukturelle Defizit mit 1/10 Steuererhöhung nicht gelöst werden kann und die Finanzkennzahlen sich weiter verschlechtern. Hier braucht es mindestens 2/10. Alles andere ist Augenwischerei. Auch das Argument Wachstum sticht nicht, denn Wachstum kostet zuerst einmal in Form von Infrastruktur. Wenn Kriens in den nächsten Jahren neue Steuerzahler will, muss zuerst zusätzlich in Strassen, Schulen und Kinderhorte investiert werden. Und Wachstum allein löst das Problem sowieso nicht, die strukturellen Probleme bleiben und somit das strukturelle Defizit.

Es wird immer wieder erwähnt, dass diese Steuererhöhung beim Volk keine Chance hat, gerade nach den letzten zwei Abstimmungen. Bis jetzt hat sich aber immer eine Partei gefunden, die der Auffassung war, es gehe auch ohne (wider besseren Wissens). Um die Krienser Finanzen steht es schlimm und das Volk soll und muss es wissen. Es vor dieser Wahrheit zu verschonen, bedeutet, es nicht ernst zu nehmen. Der Einwohnerrat darf keine Angst haben vor den Krienserinnen und Kriensern. Wie sollen ihm diese sonst glauben und vertrauen, wenn er ihnen nicht die Wahrheit sagt? Im Jahr 2017 sind die Probleme nicht etwa gelöst, wie dies da und dort geäussert wurde. Kriens wird dann vielleicht keine Defizite mehr schreiben, aber noch Jahre die Schulden abbauen müssen, da diese massiv über den gesetzlichen Werten liegen. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrates hier und jetzt aus diesem Finanz- und Aufgabenplan die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit Kriens wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt wird. Der Sprecher bittet die Mitglieder des Einwohnerrates, dies bei der folgenden Budgetdebatte zu bedenken. Die Grünen und JG genehmigen den Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2017.

Für Alfons Graf steht fest, dass man bei der geplanten Zentrumsüberbauung mit dem hoch gepriesenen vierblättrigen Kleeblatt die Flughöhe korrigieren muss. Man muss von der „Jumbo-Jet-Höhe“ abweichen und in ein „Kleinflugzeug“ umsteigen. Dann hat man einen besseren Überblick auf die Gemeinde. Mit anderen Worten muss man bescheidener werden, sonst wird das Volk bei der Abstimmung eine Notlandung erzwingen. Der geplante grosse Wurf kann und wird so einfach nicht funktionieren. Es muss eine etappenweise Umsetzung erfolgen, bei welcher zuerst das Teiggi- und das Gemeindehausareal desinvestiert werden. Private Investoren müssen an Bord geholt werden, damit die Gemeinde nicht noch mehr ins finanzielle Fiasko schlittert. Auch muss – bevor neue Bauten realisiert werden – die katastrophale Verkehrssituation überdacht und geregelt sein. Ob die Krienserinnen und Krienser aufgrund der Visionen

Zentrumsüberbauung, Ortskernplanung und aufgrund des Einstehens für ein Asylzentrum im Grosshof für eine Steuererhöhung bereit sind, wird sich im kommenden Februar zeigen.

Martin Heiz ist davon ausgegangen, dass heute im Einwohnerrat Einstimmigkeit herrscht. Die Äusserungen bzw. Anschuldigungen der Ratslinken stimmen ihn jedoch sehr bedenklich. Die Stimmbürger haben die Steuersenkungen beschlossen bzw. den Entscheid des Einwohnerrates gestützt. Die SP und die Grünen nehmen anscheinend diesen Volksentscheid einfach nicht ernst. Bei solchen Aussagen fragt er sich, ob er überhaupt noch bei der geplanten Steuererhöhung mitmachen soll.

Alex Hahn bezieht sich ebenfalls auf die Anschuldigungen und Vorhaltungen der Grünen. Visionen kann man erst dann haben, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Am Defizit bzw. den schlechten Zahlen sind Faktoren wie die Pflegefinanzierung, die integrative Förderung und der Zweijahreskindergarten mitschuldig. Vor vier bis fünf Jahren hatte die Gemeinde Kriens noch ein ausgewogenes Budget. Als Vertreter der viel „geschmähten“ rechtsbürgerlichen Parteien möchte der Sprecher festhalten, dass nicht nur die Steuerreduktionen am finanziellen Desaster schuld sind. Unkenrufe und Beschuldigungen bringen nichts, es gilt nun miteinander einen Konsens zu finden. Vielleicht ist in absehbarer Zeit auch der Kanton zur Erkenntnis gekommen, dass die Gemeinden nicht länger mehr belastet werden können.

Paul Winiker geht davon aus, dass alle Sprecher zum Teil Recht haben. Es gibt nicht nur einen Schuldigen und keine absolute Wahrheit. Fakt ist, dass die Nettoaufwände seit 2007 in einem forschen Tempo gestiegen sind. Vielleicht liegt eine Ursache darin, dass auf zu vielen Ebenen unterschiedliche Planungen erfolgen. Der Bund plant beispielsweise bereits weitere Belastungen im Bereich der familienergänzenden Tagesstrukturen. Bei all den verschiedenen Projekten, die nun vorgegeben wurden, darf man aber nicht vergessen, dass es sich dabei immer um demokratische Entscheide handelte, welche es gilt, umzusetzen. Wie Christine Kaufmann-Wolf bereits ausgeführt hat, ist man mit den Projekten noch lange nicht am Ende. Ein weiterer Faktor, welcher den Gemeindehaushalt zudem mit jährlichen 2 Mio. Franken belastet, ist die Sanierung der Pensionskasse der Gemeinde Kriens.

Anhand einer Powerpoint-Folie zeigt der Sprecher die Entwicklung der Gemeinderechnung seit 2007 bis 2012 auf. Das Steuerwachstum wurde durch die beiden Steuergesetzrevisionen buchstäblich „aufgefressen“. Dem Wachstum ist es zu verdanken, dass das Defizit bei 18 Mio. Franken und nicht noch höher liegt. Auf der Aufwandseite steigen die Kosten seit 2008 kontinuierlich. Auch hier zeigt sich, dass Planungen nicht immer so laufen, wie man es anfänglich gedacht hat. Beispielsweise war bei der Pflegefinanzierung anfänglich von 2.3 Mio. Franken Mehraufwand die Rede, inzwischen beläuft sich dieser auf rund 6 Mio. Franken.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die geplante Steuererhöhung nur eine Etappe ist und keinen Befreiungsschlag darstellt. Es braucht weitere Abschnitte, deshalb ist die Umsetzung der Vier-Säulen-Strategie wichtig. Besonders gefreut hat sich der Sprecher über die fünfte Säule „Dynamik im Prozess“. Die Finanzkennzahlen im Finanzplan sind ungenügend und dem Gemeinderat ist klar, dass es überhaupt nicht befriedigend ist, wenn man erst im Jahr 2017 wieder schwarzen Zahlen schreibt. Das Thema einer weiteren Steuererhöhung wird, falls die Zukunft zeigt, dass die geplanten Massnahmen nicht ausreichen, wieder auf den Tisch gelangen. Jetzt soll aber erst mal ein Schritt nach dem anderen gemacht werden. Ein Schritt, der unumgänglich ist. Da das Eigenkapital aufgebraucht ist, gibt keine Alternative mehr.

Seitens des Einwohnerrates wurde beanstandet, dass die Zentrumsprojekte nicht enthalten sind. Diese wurden vom Gemeinderat bewusst nicht aufgenommen. Die Ausgangslage für die Steuererhöhung ist schlecht, da diese bereits zweimal an der Urne abgewiesen wurde. Deshalb wollte man die Diskussion nicht erschweren, indem die Zukunftsprojekte zum Thema werden. Die geplante Steuererhöhung ist zwingend nötig, um die Kernaufgaben realisieren zu

können. Bis im Frühling werden die Submissionszahlen zu den Zentrumsprojekten vorliegen und der Gemeinderat wird die entsprechende Planung erstellen und die finanziellen Konsequenzen darlegen. Die Diskussionen werden zu gegebener Zeit geführt. Dabei verweist der Sprecher aber auf die bekannte Problematik mit den ersten Zahlen. Diese sind noch nicht substantiell und in der Regel deshalb falsch, wie das Beispiel Parkbad zeigt.

Im Weiteren wurde bemängelt, dass Visionen und die Gesamtplanung fehlen. Der Gemeinderat hat auch hier bewusst darauf verzichtet, diese im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan abzubilden, da es vor zwei Jahren noch hiess, diese wären nur „Prosatexte“ und durch die rosarote Brille betrachtet. Ziel ist es nun, sicherzustellen, dass die Kernaufgaben erfüllt werden können. In welcher Form der Gemeinderat die Gesamtplanung auflegen will, wird er sich im Nachgang zur Zukunftskonferenz überlegen.

Der Sprecher nimmt zur Kenntnis, dass niemand richtig zufrieden ist mit dem Aufgaben- und Finanzplan. Auch in den nächsten Jahren wird der Krienser Finanzhaushalt leiden, zum Teil auch aufgrund der Entscheide des Kantons und des Bundes. Der Finanzplan spiegelt den Schritt des Möglichen wieder, einen Minimalschritt. Es geht um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit. Der Gemeinderat bittet deshalb die Mitglieder des Einwohnerrates, mitzuhelfen, dass dieser Schritt - im Sinne einer Einigung der Parteien - umgesetzt werden kann.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

### ***Detailberatung***

#### ***Seite 7, 4 Gesundheit (Pflegefiananzierung)***

Esther Bieri bezieht sich auf die im Bericht und Antrag enthaltenden Aussagen zur demographischen Entwicklung. Auch wenn in der Gemeinde Kriens die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel knapper werden, bedeutet dies nicht, dass die demografische Entwicklung vor der Gemeindegrenze halt macht. Die Sprecherin fragt sich, wie die Krienser Heime und die Spitex das kommende Wachstum begleiten werden.

Paul Winiker führt aus, dass bei den über 80-Jährigen mit einem Wachstum von rund fünf Prozent bis ins Jahr 2030 zu rechnen ist. Diesbezüglich wurde der Planungsbericht „Versorgungskonzept Gesundheit“ durch Lothar Sidler vorgestellt. Der Gemeinderat erachtet den Hinweis von Esther Bieri für wichtig und ist sich bewusst, dass begleitende Massnahmen nötig sind.

#### ***Seite 19 - Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb“ Nr. 278/11***

Kathrin Graber war gespannt auf den Bericht und musste etwas schmunzeln, da es sich der Gemeinderat mit seiner Beantwortung sehr einfach gemacht hat. Die Forderung war es, einen konkreten Vorgehensplan aufzuzeigen, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zusätzlich möglich ist und wie die Gemeinde Kriens als eigenständige Gemeinde eine aktive Positionierung im Standortwettbewerb der Region übernehmen will. Auslöser für die Einreichung des Vorstosses waren die Aussagen des Gemeinderates nach der Abstimmung zur Starken Stadtregion bzw. dem Nein zu den Fusionsverhandlungen. Damals sagte der Gemeinderat, man müsse nun aktiv werden und weitere Zusammenarbeitsprojekte ins Auge fassen. Der heute vorliegende Bericht bzw. die darin erwähnten Projekte sind aber alles andere als konkret und stellen keine aktive Positionierung dar. Die Sprecherin behält sich deshalb ausdrücklich vor, zu gegebener Zeit - falls nötig - einen erneuten Vorstoss zu diesem Thema einzureichen.

Paul Winiker wehrt sich gegen Aussagen, wie der Gemeinderat nehme seine Aufgabe nicht ernst, prüfe mögliche Kooperationen nicht bestimmt oder betreibe zu wenig Standortförderung. Kooperationen machen dort Sinn, wo Synergien bei Gemeinden genützt werden können. Im Rahmen seiner Klausur hat der Gemeinderat den Schlussbericht zur Stadtregion analysiert und sich entschieden, Schritt für Schritt vorzugehen. Die Gemeinde Kriens hat nicht die Ressourcen, um zig Projekte gleichzeitig anzugehen. Diverse Vorschläge sind aber im Bericht enthalten. Am Weitesten vorangeschritten ist die Zusammenarbeit im Bereich Informatik und Telekommunikation. Dort besteht bereits eine Absichtserklärung und weitere Schritte laufen. Die übrigen erwähnten Projekte befinden sich in der Abklärungsphase. Auch bestehen weitere Projektideen, z.B. beim Einkauf und auch in anderen Bereichen gibt es Kontakt mit anderen Gemeinden. Kooperation braucht aber immer einen oder mehrere Partner. Diese zu finden, ist nicht immer leicht. Im Bereich der KESB hat sich der Gemeinderat angestrengt, eine Zusammenarbeit mit mehreren Gemeinden zu erwirken. Horw hat nun eine andere Lösung gefunden, Schwarzenberg arbeitet mit Kriens zusammen.

Auch im Bereich der Standortförderung unternimmt der Gemeinderat grosse Anstrengungen. Matthias Senn betreibt aktiv Wirtschaftsförderung und kantonsweit ist die Stiftung „Wirtschaftsförderung“ im Einsatz. Damit hat man gute Erfahrungen gemacht. Es gibt kein „Gezeter und Gezerre“ unter den Gemeinden. Die Wirtschaftsförderung richtet sich nach dem Kundenbedürfnis und der Kunde entscheidet selbst, welche Areale er näher prüfen möchte. Erst dann kommen die jeweiligen Gemeinderäte zum Zug. Dadurch wird das Konkurrenzdenken unter den Gemeinden vermindert und alle Areale werden fair einbezogen. Im Weiteren ist auch das Gebietsmanagement Luzern-Süd eine Massnahme der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Und auch innerhalb von LuzernPlus werden neue Zusammenarbeitsthemen angepackt.

Martin Heini erklärt, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt und dieses durch den vorliegenden Bericht als erledigt gilt.

**Seite 24 - 7 Umwelt, Raumordnung (Schützenrain, Sanierung Kugelfang)**

Bruno Bienz möchte wissen, ob diese Sanierung zwingend jetzt zu erledigen ist und nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden kann?

Gemäss Paul Winiker gibt es gesetzliche Grundlage, welche einzuhalten sind, so dass eine Sanierung erfolgen muss. Schliesslich wurden dort Millionen von Schüssen abgefeuert. Auch im Hinblick auf die in der Nähe anstehenden Bauprojekte ist eine Sanierung unumgänglich, erst recht, falls die Zufahrten allenfalls über dieses Grundstück erfolgen sollten.

Nachdem kein Rückkommen verlangt wird, verliert Martin Heini den **Beschlussestext**.

1. *Der Aufgaben- und Finanzplan 2013-2017 wird genehmigt.*
2. *Spätere Abweichungen gemäss Beschlüssen des Einwohnerrates bleiben vorbehalten.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 009/12:**

Der Beschlussestext wird mit 21:3 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja

Dalla Bona, Mara	Enthaltung
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

### 3. Bericht und Antrag: Voranschlag 2013

Nr. 008/12

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

**- Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung  
Nr. 268/11**

Sachverständiger ist immer noch Beat Fallegger.

Roger Erni knüpft an die Diskussion des Traktandums 2 an, da wo in die ähnliche Richtung diskutiert wurde. Die FGK hat sowohl im Eintreten wie auch in der Schlussabstimmung zusammengehalten (7:0) und ein starkes Zeichen gesetzt. Sie sind sich einig, dass der grosse Teil der Budgetdiskussion schon am 27. September 2012 vorweggenommen wurde. Heute erwartet der Sprechende als Präsident, dass zur Thematik Einwohnerrats-Entschädigung und Parteibeitrag sowie zum ein oder anderen Thema Vorstösse kommen.

Das Wasser steht der Gemeinde bis zum Hals und einige Kommissionsmitglieder haben trotz klarer Endabstimmung nicht nur Freude. Roger Erni verzichtet an dieser Stelle auf die Aufzählung. Der Zielkonflikt ist aber immer derselbe – mehr Aufgaben braucht mehr Steuereinnahmen und weniger Aufgaben braucht keine Steuererhöhung! Der Sprechende zieht folgendes Fazit: der Voranschlag wird sang und klanglos akzeptiert. Die in den Schlössli-Gesprächen angefangene Einigkeit soll heute im Einwohnerrat aufrechterhalten werden, damit man am 3. Februar 2013 ein Budget 2013 hat, welches die Gemeinde prospektiv wieder handlungsfähig macht.

Christine Kaufmann-Wolf fügt an, dass alle anwesenden Kommissionsmitglieder der BiK sich für Eintreten ausgesprochen haben. Bei der Bildung wird ein Mehraufwand gegenüber von

2012 von Fr. 1,84 Mio. budgetiert. Diese Zunahme ist nicht selbst verursacht. Verantwortlich für einen grössten Teil sind die beiden Erneuerungen bei den Verbuchungen:

- Neu müssen gemäss dem Regierungsstatthalter zwingend die Kosten für die Schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen im Bereich Bildung verbucht werden.
- Neu muss auch die Kontogruppe Informatik brutto geführt werden.

Diese beiden Erneuerungen machen zusammen bereits Fr. 963'400.00 der Zunahme aus. Verantwortlich für den anderen Teil des Mehraufwands sind die etappierte Einführung des 2-Jahres-Kindergarten. Das heisst, im August 2013 werden zusätzlich 2 Kindergarten eingeführt, sowie die IF-Einführung.

In den letzten Jahren wurde bereits Verzicht- und Sparmassnahmen von Fr. 668'000.00 an der Volksschule Kriens umgesetzt. Die Umsetzung der kantonalen Forderungen kosten und verursachen Mehraufwand. Die von aussen verlangten Umsetzungen führen dazu, dass die Volksschule Kriens andersorts sparen muss. Kriens schnallt den Gürtel in der Bildung enger, damit die kantonalen Bildungsvorgaben umgesetzt werden können.

Die VSK hat folgende neue zusätzliche Sparmassnahmen von Fr. 232'000.00 budgetiert:

- Reduktion der Abteilungen
  - bei der Hauswirtschaft : Reduktion auf das Tagesgeschäft
  - Kürzung der Weiterbildung um 10%
  - Musikschule Kriens: Zusammenlegung der Ensembles
- Und bei der Kultur verzichtet man auf eine Bürgerfeier.

Innerhalb der BiK wurde zudem noch folgendes diskutiert:

- Wie sicher sind die Schulhäuser bei der Ablehnung der Steuererhöhung
- Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen: Wie anfangs bereits erwähnt, sind gemäss dem Regierungsstatthalter die Aufwände und Erträge der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen zwingend der VSK zu verbuchen. Das führt in Kriens zu einer speziellen Situation. Der Aufwand wird der Bildung belastet, die Organisation und Ausführung aber durch das Umwelt u. Sicherheitsdepartement bestimmt und ausgeführt werden.
- Für die BiK stellt sich die Frage, wie denn die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung geregelt werden.
- Ferienhäuser: Der Mietvertrag des Ferienlagerhaus Kippel konnte erfolgreich neu verhandelt werden. Resultat ist eine tiefere Miete. Bei den Ferienhäuser Kippel und Scuol wünscht die BiK ein Erhöhung der Anzahl Fremdvermietungen.
- Auch im Voranschlag wurde moniert, dass die kantonalen Sparmassnahmen nicht im Voranschlag eingebracht wurden. Durch die im Kantonsrat beschlossene Sparmassnahmen wird die Volksschule Kriens um ca. Fr. 115'000.00 entlastet.

Die BiK hat den Voranschlag 2013 in den ihnen zugewiesenen Konti genehmigt und einstimmig zugestimmt.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Auch hier hat die BK sich nur mit den baurelevanten Konten befasst.

In der Detailberatung wurden Fragen zu den folgenden Punkten gestellt.

- Verkehrssignalisation: Wo wird der Schaden bei einem Unfall verbucht?

- Grundwasserkonzessionen
- Bei der Investitionsrechnung wurde die BK hellhörig bei der Werterhaltung der Schwimm- und Sportanlagen sowie beim Mobiliar für das Parkbad.
- Bei den öffentliche Strassen: Neubau von Salz- und Splittsilos im Eichenspes. Damit muss nicht mehr mit Säcken gearbeitet werden.
- Fenstersanierung beim Schloss Schauensee

Antworten erhielt man direkt an der Sitzung oder sind im Protokoll aufgeführt. Mit dem Abschreiben der Motion Erni ist man einstimmig einverstanden.

Somit stimmt die BK den baurelevanten Konten mit 6:0 bei einer Enthaltung zu.

Bruno Bienz möchte zuallererst im Namen der SGK allen Mitarbeitern der Gemeinde danken für Ihre Arbeit im 2012. Unter dem Budgetdruck war es sicher nicht immer einfach.

Auch beim Voranschlag 2013 war das Eintreten unbestritten. Für einzelne Mitglieder ist das Sparpaket richtig und vertretbar. Einig war man sich, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Es wurden Fragen auf verschiedene Budgetposten der SGK gestellt. Diese konnten in den meisten Fällen zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet werden.

Die Hoteltaxen in den Heimen werden um Fr. 2.00. erhöht. Momentan sind diese immer noch drei Franken unter dem Kostendeckungsgrad. Trotzdem sind die Heime Kriens teurer als die Heime in der Umgebung. Das wirft Fragen auf. Der langersehnte Benchmark sollte anfangs 2013 Licht ins Dunkle bringen. Vielleicht wäre eine Aussenbetrachtung im Verlauf des Jahres sinnvoll, bevor die Spezialfinanzierung im 2014 eingeführt wird.

Der Voranschlag 2013 wird in den SGK relevanten Konten einstimmig angenommen

Gemäss Pascal Meyer hat die USK den Voranschlag 2013 besprochen. Überrascht hat sie nichts mehr, eher betrübt. Der Voranschlag 2013 kann man wohl passender als letzten Rettungsring des sinkenden Schiffes bezeichnen. Wenn man bedenkt, dass der Gemeinde folglich für Zukunftsprojekte die Hände gebunden sind, ist das eine denkbar schlechte Ausgangslage. Die Positionen welche zu ihrer Zuständigkeit gehören, kann die USK im Grossen und Ganzen akzeptieren. Einzig die Streichung der Neuzuzüger- und Jungbürgerfeiern ist bedauerlich. Das Eintreten war unbestritten und es werden keine Anträge gestellt.

Rolf Schmid, namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, weist darauf hin, dass am 21. Dezember 2012 der Maya Kalender endet. Es wurde viel vom Weltuntergang gesprochen und geschrieben. Am 31. Dezember 2012 wird die Rechnung nun mit einem hohen Defizit schliessen. Eigenkapital ist keines mehr vorhanden. Die Gemeinde muss vollumfänglich fremd finanziert werden. Kriens schreibt seit Jahren hohe Defizite. Die Gemeinde steht kurz vor dem Abgrund. Wäre die Gemeinde Kriens ein Unternehmen, stünde sie vor dem Konkurs.

Da die Steuern vom Kanton Luzern und der Gemeinde zweimal gesenkt wurden, wurde im Rahmen der Finanzen umstrukturiert. Drei Sparpakete wurden bereits durchgeführt. 18 Mio. Franken geringere Steuereinnahmen können nicht einfach so weggesteckt werden. Die Fraktion geht stark davon aus, dass sämtliche Parteien der Ansicht sind, dass man nicht mehr um eine Steuererhöhung herum kommt. Die Gemeinde muss für das Gemeinwesen die elementarsten Aufgaben übernehmen. Der Krienser-Jugend sollen die gleichen Bildungschancen gegeben werden wie in den umliegenden Gemeinden. Eine Steuererhöhung bringt für Familien nur Vorteile. Als Beispiel sei angeführt, dass eine Familie mit 2 Kinder mit einem steuer-

baren Einkommen von Fr. 50'000.00 zwischen 2007 und 2012 um Fr. 1'821.00 oder 35 % entlastet wurde. Die Steuererhöhung von 1/10 Steuereinheiten wird die Entlastung lediglich um Fr. 91.00 wieder reduzieren. Die Bildungskosten sind heute auch um ein vielfaches höher.

Die Gemeinde Kriens schreibt trotz geplanter Steuererhöhung ein Defizit von Fr. 1.8 Mio. Mit einem Defizit von Fr. 5.7 Mio. kann die Gemeinde, ohne diesen Schritt, die Kernaufgaben nicht weiterführen. Da es um die Zukunft von Kriens geht, müssen alle Parteien mit grossen Schritten aus der finanzpolitischen Sackgasse herauskommen. Die Fraktion steht geschlossen hinter dem Voranschlag und der Steuererhöhung und ist für Eintreten.

Laut Peter Portmann wird die SVP-Fraktion einer Steuererhöhung von 1/10 zustimmen. Dies auch nur in Verbindung mit den beschlossenen übrigen Sparmassnahmen von Fr. 1.82 Mio. Der Voranschlag 2013 entspricht dem Planungsbericht welcher am 29. August 2012 ausgehändigt wurde. Eine Steuererhöhung von 2/10, wie von Links gewünscht wird, kommt für die SVP nicht in Frage.

Die SVP akzeptiert den Voranschlag wie vorliegend. Einzige Ausnahme ist der Beitrag an Parteien auf Seite 2, welcher wieder mit Fr. 25'500.00 einzustellen ist. Der Sprechende vertritt die Ansicht, dass die Handlungsfähigkeit der Parteien gewährleistet sein muss und insbesondere ist der Beitrag für die Kleinparteien sehr wichtig. Die SVP-Fraktion wird auf keine weiteren Diskussionen eingehen. Sie werden aber auch keine zusätzlichen Belastungen oder Verwässerung des Budgets hinnehmen. Sie sind nur für Kürzungen zu haben.

Der Sprechende steht auch zu seinen Aussagen anlässlich der Steuererhöhung von 2008. Er äusserte sich gegenüber der Presse, dass eine Steuersenkung keine finanziellen Nachteile für Kriens bringen werde und dass diese völlig verkraftbar sei. In der Zwischenzeit hat sich das Blatt gewendet und den Gemeinden wurden vom Kanton und Bund Mittel entzogen oder neue Aufgaben aufgebürdet. Beispiele sind die Reduktion Unternehmenssteuern, Pflegefinanzierung, Integrative Schulförderung usw., um nur einige zu nennen.

Peter Portmann ist froh, dass in den Jahren 2008 und 2009 Steuersenkungen beschlossen wurden. Hätten diese Steuersenkungen nicht stattgefunden müsste man heute Steuererhöhungen von mindestens 2.2 Einheiten beschliessen. So war die Exekutive wie auch die Legislative gezwungen Sparpakete zu schnüren und kein Geld aus dem Fenster zu werfen.

Die SVP hofft auch, dass dieses Budget im Jahr 2013 von allen Departementen strickte eingehalten wird. Die Fraktion gibt auch zu bedenken, dass das Volk das letzte Wort zur Steuererhöhung hat. Der Worst Case ist unbedingt zu verhindern und deshalb erachten sie das Referendum über den Verkauf des Mattenhof- Areal als sehr gefährlich. Man riskiert, dass das Volk beides ablehnt. Sollte dieses Szenario eintreffen, dann wird die SVP in den nächsten 10 Jahren die Schuld den Grünen in die Schuhe schieben. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten

Gemäss Roger Erni bleibt die FDP-Fraktion dem schon im Planungsbericht gesagten treu. Die Budget-Debatte wurde bereits am 27. September 2012 geführt.

Die Fraktion verlangt auch hier wieder, wenn das Sparpaket vom Kanton kommt, dass die Gemeinden daran partizipieren (z.B. Lehrerlöhne nur + 0,5 %; ÖV anderer Verteiler oder Prämienvergünstigungen neu über Ausgleichskasse), dass die Gemeinde Kriens bereits 2015/16 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert.

Die FDP unterstützt die Richtung des Gemeinderates mit dem 4-Säulen-Prinzip. Der eingeschlagene Weg muss weiterverfolgt werden. Die Position der FDP zur Steuersenkung 2009

und zur letzten Steuererhöhung 2011 war richtig und wichtig. So wurde der Druck aufrechterhalten und die Einsparungen von Fr. 1.8 Mio. wären wahrscheinlich nicht so hoch ausgefallen. Aber die Vorzeichen stehen jetzt auf Steuererhöhung.

Die Fraktion steht, ohne Freude, geschlossen hinter der Steuererhöhung 2013 von 1/10. Sie sind aber aus heutiger Sicht klar gegen eine allfällige zweite Steuererhöhung. Es müssen jetzt die Finanzen saniert werden. Trotz des Konsenses hat die Fraktion bedenken, dass ein Umdenken wirklich stattfindet. Der Druck muss hochgehalten werden.

Die FDP-Fraktion kommentiert keine einzige Position des Voranschlages 2013. Der Mix ist entscheidend und stimmt für sie. Hier geht es um Effizienzsteigerung um Leistungsabbau einzelne Tarifierhöhungen und um die Steuererhöhung. Die FDP unterstützt den Voranschlag 2013 grösstmehrheitlich.

Peter Fässler stellt fest, dass Kriens das Wasser bis über den Hals steht. Lautes Schreien und Lamentieren würde in dieser Situation bildlich gesprochen nur einen Hustenanfall und Wasser in der Lunge provozieren. Aber diesen Voranschlag einfach sang- und klanglos akzeptieren? Das fällt der SP/Juso-Fraktion sehr schwer. Doch haben auch sie das eine Ziel im Auge: Das Gewinnen der Volksabstimmung über diesen Voranschlag 2013 mit dieser bitter notwendigen Steuererhöhung.

Mit der Marschrichtung ist die Fraktion einverstanden: Steuererhöhung und Leistungsabbau. Ohne Hurra oder besser zur Jahreszeit passend ohne Glanz und Gloria. Sie haben keine andere Wahl: Es gilt nun, Einigkeit der Parteien von rechts nach links vor dem Volk zu demonstrieren. Denn alles andere führt grässlich ins Desaster. Mit Folgen, die sie sich nicht ausmalen möchten.

Es tut der SP/Juso-Fraktion weh, die Folgen der Auswüchse der Fehlplanung und das Ignorieren der angekündigten Kostenabwälzungen vom Kanton der letzten 4 Jahre mit ausbaden zu müssen. Es tut weh und macht auch wütend, ihre von der Mehrheit in den Wind geschlagenen Argumente betreffend Steuersenkungen bestätigt zu sehen.

Die Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass nun Gegensteuer gegeben werden muss. Und zwar richtig. 2/10 Steuererhöhung sind rechnerisch korrekt und wären ehrlicher den Bürgern gegenüber. Aber 1/10 ist besser als gar nichts. Denn mit den „roten“ Leistungsabbau-massnahmen könnten sie sich nie einverstanden erklären. Aber auch die Zustimmung zu einer allfälligen Fortsetzung der zerstörerischen Leistungsabbaurunde steht noch in den Sternen.

Die SP/Juso-Fraktion steht, wie schon an den Schössli-Gesprächen bekundet, weiterhin zu diesem Voranschlag und ist daher für das Eintreten.

Die Grünen sind gemäss Erich Tschümperlin für Eintreten auf den Voranschlag. Aber dieses Budget ist nicht das Budget der Grünen. Vor fünf Jahren hat der Sprechende an dieser Stelle erwähnt, was den Grünen wichtig ist, wie sie die Gemeinde weiterbringen wollen, wie sie sie attraktiver und sozialer machen wollen. Damals hatte die Gemeinde kein Geld in der Kasse und konnten nichts machen, heute hat die Gemeinde schwarze Löcher in der Kasse und der Gemeinde sind die Hände gebunden. Seit Jahren wird über die selbst verschuldeten Zahlen gejammert und können rein gar nichts mehr in Kriens gestalten.

Dieses Budget ist das Resultat der aggressiven Steuerpolitik des Kantons Luzern. Kriens hat sogar noch eins draufgelegt und zusätzlich die kommunalen Steuern gesenkt. Jetzt hört man

überall, dass man nur warten muss, das komme dann schon gut, es müsse jetzt nur noch wirken. Das mit dem Warten wurde ausprobiert, je einmal haben SVP und FDP die Steuererhöhung bekämpft und gewonnen. Kriens hat jedoch verloren; es sind zwei verlorene Jahre die die Gemeinde immer tiefer in den Schuldenstrudel reissen.

Der Scherbenhaufen, der heute vorliegt, ist das Resultat einer durch und durch rechtsbürgerlichen Finanzpolitik. Sie tragen die Verantwortung für die finanzielle Lage der Gemeinde. Auch in diesem Rat war man nicht in der Lage abzuschätzen, wie viel die Steuereinnahmen wegbrechen mit all den Senkungen. Oder man hat dies im Steuersenkungsdelirium in Kauf genommen. Denn Steuern senken ist inzwischen zum Selbstzweck geworden. Unternehmen und Reiche zahlen markant weniger Steuern, Familien zahlen dafür immer mehr Gebühren und Beiträge an Schulen, usw.

Die Bürgerlichen schreiben sich immer auf die Fahne, eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben. Finanzkompetenz sieht für die Grünen anders aus. Heute hat Erich Tschümperlin mehrfach gehört, dass es nichts bringt, zurückzuschauen und Schuldige zu suchen. Es ist natürlich sehr unangenehm an Fehler erinnert zu werden. Den Grünen geht es aber nicht darum. Zum Lernen muss man die Fehler kennen, nur so kann man die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Wenn man die Gründe nicht wissen will, will man nicht lernen.

Sieht so eine eigenständige, zukunftssträchtige Gemeinde aus? Warum wagt man keinen Befreiungsschlag? Es braucht eine Steuererhöhung von 2/10 damit die Gemeinde in absehbarer Zeit wieder vertretbare Finanzen hat, alles andere ist weder nachhaltig noch ehrlich. Man muss den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein oder besser klares Wasser einschenken. Nur so können sie den Ernst der Lage auch erkennen.

Der Fatalismus vieler Politiker - die Gemeinde hat jetzt ein Defizit, also muss gespart werden - erstaunt den Sprechenden. Früher hatte die Gemeinde gute Zahlen und man hat die Steuern auf Vorrat gesenkt. Jetzt wo es nicht mehr reicht, kommt nur sparen in Frage. Die falsche Politik der massiven Steuergeschenke entsprechend zu korrigieren wird nicht einmal in Betracht gezogen. Zur Hoffnung, dass die Probleme mittels Wachstum gelöst werden, hat der Sprechende bereits beim Finanz- und Aufgabenplan seine Bedenken angebracht.

Der soziale Wohlstand und Frieden in der Schweiz beruht zu einem grossen Teil auf dem sozialen Ausgleich und der Chancengleichheit für alle. Die besten müssen an die Uni, wenn man den Wohlstand halten will, nicht nur die Reichsten. In einer immer reicheren Schweiz wird der Staat immer mehr verpönt, man macht ihn schlechter als er ist. Dafür hofiert man mit den reichen Unternehmen und Personen, ködert sie mit Steuergeschenken. Dieser Trend muss gebrochen werden, vor allem wenn es fürs Notwendigste nicht mehr reicht.

Warum stehen die Grünen trotzdem hinter diesem Budget? Zum ersten Mal stehen alle Parteien hinter der Steuererhöhung die es unbedingt braucht. Sie hoffen, dass dieses Mal auch all ihre Exponenten dahinter stehen. Die vierte Säule der Finanzstrategie ist bis jetzt noch nie zum Tragen gekommen: die Steuererhöhung. Dies ist diejenige Massnahme mit der grössten Hebelwirkung überhaupt. Dieses Mal stehen die Chancen besser. Die Grünen unterstützen den Voranschlag 2013 trotz allem. Die Jungen Grünen werden den Antrag auf 2/10 Steuererhöhung stellen.

Erich Tschümperlin möchte an dieser Stelle noch ein Wort zum Mattenhof Referendum sagen. Dies wird nun gerne mit dem Budget verknüpft und zwar auf eigenartige Weise. Alle Einwohner:innen hier drin wissen, dass in diesem Fall alle für den Verkauf einer Gemeindeliegenschaft sind. Aber man ist mit dem Preis ganz und gar nicht einverstanden. Zu behaupten, dass sie gegen einen Verkauf sind ist schlicht eine Lüge. Ob es für die Gemeinde besser oder schlechter ist, wenn sie mehr Geld für ihr Grundstück erhält, überlässt er den Anderen. Die erhofften

Steuerbatzen jedenfalls werden spärlich ausfallen, wenn tatsächlich so viele Unternehmen in den Mattenhof kommen wie angekündigt. Falls doch mehr Wohnungen gebaut werden als angekündigt, dann sieht es mit den Steuern schon besser aus. Aber dann ist der Landpreis von Fr. 800.00 ein doppeltes Weihnachtsgeschenk.

Paul Winiker dankt den Mitgliedern des Einwohnerrates für die gute Kommissionsarbeit mit vielen konstruktiven Einzeldiskussionen. Auch die beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung wurden in den Kommissionen gelobt für ihre Arbeit, diesem Dank – allem voran an Beat Fallegger – möchte der Gemeindepräsident sich anschliessen.

Die Budgetdebatte wurde mit dem Planungsbericht am 27. September 2012 bereits vorweg genommen. Die dabei geführten Diskussionen sind ins Budget 2013 eingeflossen. Der Gemeinderat spürt nun eine grosse Einigkeit. Gerade aufgrund der Tatsache, dass das Budget in den vergangenen zwei Jahren vom Volk abgelehnt wurde, sind nun die Parteien zusammen mit dem Gemeinderat dafür verantwortlich, ein einheitliches Bild abzugeben, damit auch die Säule der zusätzlichen Einnahmen für die Gesundung der Gemeindefinanzen erreicht werden kann.

Wünschenswerte Zukunftsprojekte müssen später diskutiert werden.

Das Sparpaket B55 des Kantons hat, wie bereits erwähnt wurde, Auswirkungen auf das Budget 2013 sowie die weitere Planung. Im besten Fall rechnet Kriens für das nächste Jahr mit einer Entlastung von 0.5 Mio. Franken. In den Folgejahren sollte die Entlastung sogar noch etwas grösser werden, zumindest auf dem Papier. Ob die Planungsparameter aber tatsächlich so umgesetzt werden können, bleibt offen. Fest steht, dass der Kanton nicht die Probleme, die bei den Gemeinden bestehen, lösen kann. Das wäre nach dem Prinzip Hoffnung und somit der falsche Ansatz. Die Erwartung der Gemeinden darf es aber sein, dass keine weiteren Belastungen von Seiten des Kantons geschaffen werden. Diese Botschaft muss ankommen.

Rolf Schmid hat bereits zahlenmässig ausgeführt, wie die Steuerpflichtigen in den letzten Jahren entlastet wurden bzw. was die geplante Steuererhöhung für Auswirkungen hat. Bei einem verheirateten Ehepaar mit einem Einkommen von Fr. 50'000.00 liegt die Entlastung immer noch bei rund Fr. 1'750.00. Seit 2007 wurden die Steuerzahlenden mit rund 18 Mio. Franken entlastet, dazu kommen Pflegefinanzierungskosten von 6 Mio. Franken sowie Sanierungskosten für die Pensionskasse der Gemeinde Kriens von 2 Mio. Franken, weshalb man nun nur noch Defizite schreibt. Die Massnahmen waren sicher nicht alle aufeinander abgestimmt, aber es waren politische Entscheidungsprozesse. Dort wo man konnte, hat man in Kriens die Kosten beeinflusst und man kann sagen, dass man die selbstgemachten Zahlen im Griff hat. Auch weist die Gemeinde nicht zu „fette“ Strukturen auf, im Gegenteil, man hört sogar, dass Kriens nicht mehr schlank, sondern bereits magersüchtig sei.

Das vorliegende Budget ist mit 2,7 Mio. Franken Defizit sicherlich kein Meisterwurf und man kann auch nicht von einem Befreiungsschlag reden. Es wird weiterhin Anstrengungen brauchen, beruhend auf dem Vier-Säulen-Prinzip, ergänzt mit der fünften Säule „Dynamisierung“. Der Sprecher hofft, dass das Parlament und der Gemeinderat am 3. Februar 2012 so wahrgenommen werden, dass die Zeichen erkannt wurden und ein Handeln unumgänglich ist. Der Sprecher dankt für die Zustimmung zum Budget 2013.

Martin Heini ergänzt, dass die Detailzahlen zum Budget 2013 dem bereits ausgeteilten Handout entnommen werden können.

**Detailberatung**

**Seite 2 LR - Konto 011.00.300.00 Entschädigung Sitzungsgelder**

Christine Kaufmann-Wolf stellt namens der Geschäftsleitung den Antrag, die Entschädigung der Sitzungsgelder des Einwohnerrates auf Fr. 106'000.00 zu setzen. Im Voranschlag wird eine Einsparung von Fr. 20'000.00 budgetiert. Diese Senkung ist im Vergleich mit anderen Senkungen prozentual sehr hoch. Die Geschäftsleitung ist sich einig, dass eine Kürzung der Entschädigung mittels Pauschalisierung und Verzicht der falsche Ansatz ist. Allgemein haben die Parteien bereits heute schon Mühe, Personen zu finden, die bereit sind, diese intensive Arbeit für die Allgemeinheit zu leisten.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung sind jedoch der Meinung, dass es richtig ist, ein Zeichen zu setzen. Daher stellen Sie den Antrag, für das Jahr 2013 die Pauschale von Fr. 1'000.00 pro Einwohnerrat auf Fr. 500.00 zu halbieren sowie eine weitere Reduktion der Pauschale für das Präsidium um Fr. 500.00. Dies ergibt eine Einsparung von Fr. 18'500.00. Mit einer Halbierung der Pauschale leisten alle Einwohnerräte den gleichen Sparbeitrag. Diese Reduktion ist einmalig bzw. beschränkt sich auf den Voranschlag 2013.

**Abstimmung über den Antrag der Geschäftsleitung (Sitzungsgelder Einwohnerrat)**

Mit 26:4 Stimmen wird der Antrag der Geschäftsleitung angenommen.

Berger, Rita	GL, 106'000
Bienz, Bruno	GL, 106'000
Bienz, Viktor	GL, 106'000
Bieri, Esther	GL, 106'000
Bründler, Anton	GL, 106'000
Camenisch, Râto	GL, 106'000
Dalla Bona, Mara	GL, 106'000
Erni, Roger	GL, 106'000
Fässler, Peter	GL, 106'000
Fluder, Hans	GL, 106'000
Frey, Maurus	GR, 104'500
Gartmann, Hans	GL, 106'000
Graber, Kathrin	GL, 106'000
Graf, Alfons	GL, 106'000
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	GL, 106'000
Heiz, Martin	GL, 106'000
Kaufmann-Wolf, Christine	GL, 106'000
Kloter, Yanik	GR, 104'500
Mathis-Wicki, Judith	GL, 106'000
Meyer, Pascal	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	GL, 106'000
Piazza, Daniel	GL, 106'000
Portmann, Peter	GL, 106'000
Schmid, Rolf	GL, 106'000
Schwizer, Roland	GL, 106'000
Takacs, Fabian	GR, 104'500
Tanner, Beat	GL, 106'000
Tschümperlin, Erich	GR, 104'500
Urfer, Mario	GL, 106'000
Wicki Roth, Verena	GL, 106'000
Zosso, René	GL, 106'000

**Seite 2 LR - Konto 011.00.365.00 Beitrag an Parteien**

Christine Kaufmann-Wolf stellt namens der Geschäftsleitung den Antrag, den Aufwand von Fr. 25'500.00 wieder in den Voranschlag 2013 aufzunehmen. Die Parteien und Fraktionen

sind das Rückgrat des Parlaments. Die intensive Arbeit und das Engagement erfolgen freiwillig. Für die dazu nötigen Aufwendungen kommen in der Regel Mitglieder und Parlamentarier selber auf. Die Krienser Parlamentarier verzichten bereits bei der Pauschale auf einen happigen Entschädigungsbetrag. Gerade für die kommenden kommunalen Abstimmungen wie zum Beispiel das Budget mit Steuererhöhung sind finanzielle Mittel aber dringend erforderlich. Die Arbeit der demokratischen Basis soll nicht gefährdet werden. Darum ist dieser Betrag wieder in den Voranschlag 2013 aufzunehmen.

Roger Erni möchte als Präsident der FGK daran erinnern, dass bereits am 27. September 2012 anlässlich der Behandlung des Planungsberichts von Seiten des Parlaments der Wunsch geäußert wurde, auf diese Kürzung im Voranschlag 2013 zu verzichten. Der Gemeinderat hat diesen Einwand anscheinend nicht ernst genommen. Die FGK hat sich mit 6:1 Stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung angeschlossen, da die Mitglieder des Einwohnerrates ihren Sparbeitrag bereits im Rahmen ihrer Sitzungsgelder leisten. Bei den Parteibeiträgen zusätzlich zu sparen, wäre unverhältnismässig.

**Abstimmung über den Antrag der Geschäftsleitung (Parteibeiträge)**

Mit 29:2 Stimmen wird dem Antrag der Geschäftsleitung zugestimmt.

Berger, Rita	GL, 25'500
Bienz, Bruno	GL, 25'500
Bienz, Viktor	GL, 25'500
Bieri, Esther	GL, 25'500
Bründler, Anton	GL, 25'500
Camenisch, Ráto	GL, 25'500
Dalla Bona, Mara	GL, 25'500
Erni, Roger	GL, 25'500
Fässler, Peter	GL, 25'500
Fluder, Hans	GL, 25'500
Frey, Maurus	GL, 25'500
Gartmann, Hans	GL, 25'500
Graber, Kathrin	GL, 25'500
Graf, Alfons	GL, 25'500
Günter, Michael	GR, 0
Hahn, Alex	GL, 25'500
Heiz, Martin	GL, 25'500
Kaufmann-Wolf, Christine	GL, 25'500
Kloter, Yanik	GL, 25'500
Mathis-Wicki, Judith	GL, 25'500
Meyer, Pascal	GL, 25'500
Nyfele, Nicole	GL, 25'500
Piazza, Daniel	GL, 25'500
Portmann, Peter	GL, 25'500
Schmid, Rolf	GL, 25'500
Schwizer, Roland	GL, 25'500
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	GL, 25'500
Tschümperlin, Erich	GR, 0
Urfer, Mario	GL, 25'500
Wicki Roth, Verena	GL, 25'500
Zosso, René	GL, 25'500

**Seite 21 LR - Konto 300.03.319.01 Jungbürger-Feier**

Roger Erni nimmt Bezug auf das Votum der USK, gemäss welchem diese bedauert, dass die Jungbürgerfeier abgeschafft wurde. Präzisierend möchte er festhalten, dass diese Feier nicht abgeschafft, jedoch neu nur noch alle zwei Jahre durchgeführt wird.

**Seite 21 LR - Konto 310.00 Denkmalpflege, Heimatschutz**

Mario Urfer fragt sich, ob sich die Gemeinde bei der Denkmalpflege und dem Heimatschutz aus der Verantwortung stiehlt. Seit zwei Jahren wurden keine Gemeindebeiträge eingesetzt, im dritten Jahr wird dann wohl keine Rechnung oder Voranschlag mehr ausgewiesen. Die SP/Juso-Fraktion meint, die Gemeinde ist verpflichtet, zu den identitätsstiftenden Kulturgütern Sorge zu tragen und diese, wenn nötig, finanziell zu unterstützen.

Cyrill Wiget erklärt, dass es im Rahmen der Finanzreform in diesem Bereich Veränderungen gegeben hat. Bisher musste, wenn der Kanton einen Beitrag leistete, die Gemeinde ebenfalls einen Anteil gemäss einem vordefinierten Verteilschlüssel übernehmen. Dies ist nun nicht mehr so, sondern der Kanton übernimmt den gesamten Beitrag. Die Gemeinde kann jedoch auf freiwilliger Basis ebenfalls einen Beitrag leisten. Darauf hat man aber die letzten Jahre, auch im Auftrag des Einwohnerrates, verzichtet.

**Seite 50 LR - Konto 810.00.435.00 Verkaufserlös Holz**

Viktor Bienz möchte wissen, warum in diesem Jahr nicht geholt wird, wenn man doch auf Einnahmequellen angewiesen ist. Im Kanton Luzern sind bekanntlich die Wälder unternutzt.

Nach Cyrill Wiget besteht der Druck auf das Budget schon seit zehn Jahren und deshalb wurde in der Vergangenheit viel Holz geschlagen und diese „Einnahmequelle“ ausgeschöpft. Das führt dazu, dass die gut zugänglichen Waldstücke inzwischen durchforstet sind. Einen Holzzuwachs, welcher einen grösseren Ertrag generiert, gibt es momentan nicht. In Absprache mit der Kooperation Luzern wird deshalb vorübergehend auf eine Abholzung verzichtet. Der Wald braucht etwa zwei bis drei Jahre Schonzeit.

**Seite 52 LR - Konto 900.00.400.10 Gemeindesteuern: Ertrag laufendes Jahr**

Fabian Takacs stellt namens der JG den Antrag, die Einwohnergemeindesteuern für das Jahr 2013 auf 2.10 Einheiten festzulegen, d.h. gegenüber 2012 um 2/10 Einheiten zu erhöhen. Die Jungen Grünen sind erfreut, dass sich alle Parteien für eine Steuererhöhung aussprechen. Es ist bekannt, dass der Steuersenkungswahn der vergangenen Jahre nicht zum erhofften Ziel geführt hat und das man inzwischen „auf dem Zahnfleisch läuft“. Deshalb sollte man heute ein richtiges und deutliches Zeichen setzen und die Steuern um die benötigten 2/10 Einheiten anheben. Der Sprecher befürchtet, dass die Stimmbürger – wenn sie das Budget mit Sparmassnahmen von rund 1,8 Mio. Franken und der Steuererhöhung um 1/10 Einheit sehen – glauben, es gäbe noch mehr Sparpotential. Das Signal an die Stimmbürger ist eine schwache Leistung und diffus. Man muss dazu stehen, dass keine Substanz mehr vorhanden ist und dass die Sparmassnahmen zum Teil ein Armutszeugnis sind. Auch ist nicht zu unterschätzen, dass diese teilweise zu einem Bumerang-Effekt führen. Beispielsweise wenn die Beschaffung von Hardware für die Gemeindeangestellten zurückgestellt wird. Die JG danken im Namen der jungen Generation, welche ein Budget für ihre Zukunft haben möchte, für die Unterstützung ihres Antrags.

Anton Bründer opponiert dem Antrag. Die JG haben noch zu wenig Erfahrung und zeigen keine Weitsicht. Das Budget bzw. die Steuererhöhung wurden bereits zweimal abgelehnt. Wenn man die Fuhre nun zu stark belädt, spielt man mit dem Feuer.

Yanik Kloter findet es sehr gewagt, den JG ihre Weitsicht abzusprechen. Man könnte genau so gut sagen, diese war auf rechter Seite nicht vorhanden, als man die kantonalen

Steuersenkungen beschlossen hat. Zusätzlich auch auf kommunaler Ebene weitere Steuersenkungen „durchzupeitschen“, spricht ebenfalls nicht für Besonnenheit. Der Gemeinde Kriens sitzt das Messer am Hals und der Druck ist inzwischen so stark, dass es weh tut. Die Linken trauen sich, dem Volk diese Wahrheit zu unterbreiten. Nur so nimmt man dieses nämlich ernst.

Daniel Piazza hätte es begrüsst, wenn der Antrag für 1/5-Steuererhöhung bereits anlässlich der FGK-Sitzung gestellt worden wäre. Zum Antrag selbst fällt ihm ein Sprichwort von Otto von Bismarck ein: „Politik ist die Kunst des Möglichen.“ Im 2010 ist man bei den Stimmbürgern mit einer Steuererhöhung um 1/10 Einheit gescheitert, im 2011 ebenfalls mit einer solchen von 1/20. Wie bitte soll bei dieser Ausgangslage eine Steuererhöhung um 2/10 Einheiten eine Chance haben? Wenn die JG darauf eine Antwort finden, ist der Sprecher gerne bereit, über den Antrag inhaltlich zu diskutieren. Denn er hat inhaltlich durchaus Sympathien für das Anliegen. Auch ihn stört es enorm, dass Kriens seit 2008 Defizite schreibt und auf Kosten der zukünftigen Generationen lebt. Trotzdem kann er das Anliegen nicht mittragen. Es wäre der verzweifelte Versuch, mit einem Federstreich alle Probleme zu lösen, aber weit gefehlt, denn es braucht sehr viel mehr. Beispielsweise eine Dynamik in Kriens. Aber genau diese verzögern die Grünen/JG mit ihrem Mattenhof-Referendum. Der Sprecher hofft insbrünstig, dass die Entwicklung im Mattenhof durch dieses Begehren nicht ganz gestoppt wird.

Der jetzige Antrag zeugt von Ungeduld und könnte dem Ziel einer Steuererhöhung von 1/10 Einheiten den Todesstoss versetzen. Der Einwohnerrat weiss aus Erfahrung, dass wenn keine Einigkeit bei den Parteien herrscht, das Volk „Nein“ sagt. Der Sprecher befürchtet, wenn man eine Steuererhöhung von 1/5 vorschlägt, hat man am Schluss weder 1/5 noch 1/10, sondern gar nichts. Es ist besser, den Spatz in der Hand zu halten, als die Taube auf dem Dach. Sonst hat die Gemeinde Kriens ein grosses Problem.

Räto Cameinsch möchte daran erinnern, dass die SVP letztes Jahr das Budget inklusive der Steuererhöhung mitgetragen hat. Man muss aber auch mal sagen, dass Kriens nicht so traurig dasteht, wie das von linker Seite dargestellt wird. Kriens hat sehr gute Perspektiven für die Entwicklung, beispielsweise im Mattenhof oder auch im Eichhof-Gebiet. Es stimmt, dass die Gemeinderechnung zusätzlich belastet wurde und dass deshalb die Rechnung mit den erfolgten Steuersenkungen nicht aufgegangen ist. Nun besteht bei den Finanzen eine „Delle“, welche berichtigt werden muss. Es braucht in Kriens Einwohnerinnen und Einwohner, die lange und ausgiebig Steuern zahlen und deshalb geht die im Budget 2013 vorgeschlagene Feinjustierung in Ordnung, hohe Steuern braucht es hingegen nicht.

Rolf Schmid informiert, dass auch in der CVP/JCVP-Fraktion eine Erhöhung um 2/10 Einheiten diskutiert wurde, da diese einen grossen Schritt bedeuten würde. Dieser würde aber vor dem Volk nicht gelingen. Daniel Piazza hat es richtig gesagt, 1/10 Einheit reichen eigentlich nicht aus, aber man muss realistisch bleiben. Die Diskussionen im privaten Umfeld des Sprechers zeigen zudem, dass noch lange nicht gesagt ist, dass man überhaupt den Spatz in der Hand hat sprich die 1/10 Einheiten vom Volk gutgeheissen werden.

Paul Winiker erklärt, dass der Gemeinderat an seinem Antrag festhält. Er bittet den Einwohnerrat mitzuhelfen, damit das Machbare gemacht werden kann.

Erich Tschümperlin findet die Überlegungen der JG legitim. Es handelt sich nicht um ein Torpedieren der Sache. Schliesslich ist der Einwohnerrat dafür da, dass diskutiert und hinterfragt wird und am Schluss können die Mitglieder abstimmen. Der Sprecher schätzt die konstruktiven Voten, welche er vorhin zum Teil hören durfte.

**Abstimmung über den Antrag der JG (Steuererhöhung um 2/10 Einheiten)**

Mit 26:6 Stimmen wird der Antrag der JG abgelehnt.

Berger, Rita	GR, 2,0 Einheiten
Bienz, Bruno	JGrüne, 2,1 Einheiten
Bienz, Viktor	GR, 2,0 Einheiten
Bieri, Esther	GR, 2,0 Einheiten
Bründler, Anton	GR, 2,0 Einheiten
Camenisch, Rätö	GR, 2,0 Einheiten
Dalla Bona, Mara	GR, 2,0 Einheiten
Erni, Roger	GR, 2,0 Einheiten
Fässler, Peter	JGrüne, 2,1 Einheiten
Fluder, Hans	GR, 2,0 Einheiten
Frey, Maurus	GR, 2,0 Einheiten
Gartmann, Hans	GR, 2,0 Einheiten
Graber, Kathrin	GR, 2,0 Einheiten
Graf, Alfons	GR, 2,0 Einheiten
Günter, Michael	GR, 2,0 Einheiten
Hahn, Alex	GR, 2,0 Einheiten
Heiz, Martin	GR, 2,0 Einheiten
Kaufmann-Wolf, Christine	GR, 2,0 Einheiten
Kloter, Yanik	JGrüne, 2,1 Einheiten
Mathis-Wicki, Judith	GR, 2,0 Einheiten
Meyer, Pascal	GR, 2,0 Einheiten
Nyfeler, Nicole	JGrüne, 2,1 Einheiten
Piazza, Daniel	GR, 2,0 Einheiten
Portmann, Peter	GR, 2,0 Einheiten
Schmid, Rolf	GR, 2,0 Einheiten
Schwizer, Roland	GR, 2,0 Einheiten
Takacs, Fabian	JGrüne, 2,1 Einheiten
Tanner, Beat	GR, 2,0 Einheiten
Tschümperlin, Erich	JGrüne, 2,1 Einheiten
Urfer, Mario	GR, 2,0 Einheiten
Wicki Roth, Verena	GR, 2,0 Einheiten
Zosso, René	GR, 2,0 Einheiten

**Seite 2 IR - Konto 620.00.501.18 Neubau Hergiswaldbrücke**

Christine Kaufmann-Wolf erkundigt sich, für welche Arbeiten bei der Hergiswaldbrücke die Fr. 300'000.00 budgetiert sind bzw. für was dieser Betrag eingesetzt wird. Gemäss Bericht und Antrag Nr. 243/11 sprach man von Fr. 237'000.00 Nettokosten für den Rückbau inkl. Sanierung. Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2011 sprachen sich 17 Mitglieder des Einwohnerrates gegen den teuren Rückbau aus. Es wurde nur die notwendige Sanierung gewünscht. Das wären gemäss damaligem Bericht und Antrag und damaliger Aussage von Moritz Büchi noch ca. 100'000.00 bis 140'000.00. Die Sprecherin ist sehr irritiert darüber, dass nun trotz des Verzichts auf den teuren Rückbau Fr. 300'000.00 aufgenommen wurden.

Matthias Senn erklärt, dass diese Fr. 300'000.00 nicht nur den Rückbau, sondern auch den Einbau des Deckbelags für die neue Brücke beinhalten.

**Seite 15 B+A bzw. Seite 2 IR - Konto 217.00.503.39, Bericht Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung Nr. 268/11**

Für Roger Erni stellt sich die Frage, wann eine Motion wie die seine abzuschreiben ist. Er vertritt die Auffassung erst dann, wenn man weiss, dass definitiv mit den Bauarbeiten gestartet wird. In seinem Bericht hält der Gemeinderat fest, dass die Sanierung nicht erfolgen kann, falls der Voranschlag 2013 und somit die Steuererhöhung abgelehnt wird. Dies erachtet der Sprecher einmal mehr als „Trotzreaktion“ des Gemeinderates. Deshalb beantragt er, seine Motion nicht abzuschreiben. Die heute bestehende Containerlösung kostet viel.

Paul Winiker ist nach wie vor der Meinung, dass die Gesamt-Sanierung umgesetzt wird. Sollten tatsächlich alle Stricke reissen und das Budget 2013 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versenkt werden, wäre Roger Erni gezwungen, eine erneute Motion einzureichen. Heute soll sich der Einwohnerrat aber optimistisch zeigen und davon ausgehen, dass das Budget 2013 genehmigt wird.

Kathrin Graber namens der CVP/JCVP-Fraktion hat dem Bericht entnommen, dass es die Forderung von Roger Erni war, die Gesamtsanierung weiterzuverfolgen und den Schulraum Gabeldingen langfristig zu sichern. Das setzt der Gemeinderat um, weshalb der Einwohnerrat eigentlich die Motion abschreiben könnte. Die Sprecherin ist sich jedoch nicht sicher, ob die Motions-Forderung im Bericht tatsächlich richtig bzw. vollständig wiedergegeben wurde.

Roger Erni ergänzt, dass im Motionstext stand, dass das Schulhaus Gabeldingen, wenn möglich im zweiten Semester des Schuljahres 2011/2012 einer Gesamtsanierung unterzogen wird, damit baldmöglichst (Ziel: Beginn Schuljahr 2012/2013) wieder der Schulraum zur Verfügung steht. Deshalb kann die Motion heute nicht abgeschrieben werden.

Für Mario Urfer namens der SP/Juso-Fraktion steht und fällt die Motion mit der Genehmigung des Voranschlags 2013 durch die Stimmberechtigten. Die SP setzte sich immer für die Quartierschulhäuser ein, auch für Gabeldingen. Sie will Quartiere Stärken als Schulraum und Quartier-Treffpunkte. Aber genau aus dem Einzugsgebiet dieser Schulanlage könnten viele Nein-Stimmen zur Steuerkorrektur kommen. Ist es dem Motionär ernst die Schulanlage zu erhalten, dann steht er in der Pflicht, diese Stimmdenden für eine Steuerkorrektur zu gewinnen.

Matthias Senn erläutert, dass für das Provisorium Gabeldingen in der Investitionsrechnung 2013 Fr. 130'000.00 budgetiert wurden. Dies entspricht ziemlich genau den Kosten für ein Jahr. Im Jahr 2011 (seit Oktober) beliefen sich diese auf Fr. 30'000.00 bis Fr. 40'000.00. Insgesamt betragen die Kosten für das Provisorium demnach rund Fr. 300'000.00.

**Abstimmung Abschreibung Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung Nr. 268/11**

Mit 14:16 Stimmen wird die Motion nicht abgeschrieben.

Berger, Rita	nicht Abschreibung
Bienz, Bruno	GR, Abschreibung
Bienz, Viktor	nicht Abschreibung
Bieri, Esther	GR, Abschreibung
Bründler, Anton	GR, Abschreibung
Camenisch, Räto	nicht Abschreibung
Dalla Bona, Mara	nicht Abschreibung
Erni, Roger	nicht Abschreibung
Fässler, Peter	GR, Abschreibung

Fluder, Hans	GR, Abschreibung
Frey, Maurus	GR, Abschreibung
Gartmann, Hans	nicht Abschreibung
Graber, Kathrin	nicht Abschreibung
Graf, Alfons	GR, Abschreibung
Günter, Michael	GR, Abschreibung
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	GR, Abschreibung
Kaufmann-Wolf, Christine	nicht Abschreibung
Kloter, Yanik	GR, Abschreibung
Mathis-Wicki, Judith	nicht Abschreibung
Meyer, Pascal	nicht Abschreibung
Nyfeler, Nicole	GR, Abschreibung
Piazza, Daniel	nicht Abschreibung
Portmann, Peter	nicht Abschreibung
Schmid, Rolf	nicht Abschreibung
Schwizer, Roland	nicht Abschreibung
Takacs, Fabian	GR, Abschreibung
Tanner, Beat	nicht Abschreibung
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	GR, Abschreibung
Wicki Roth, Verena	GR, Abschreibung
Zosso, René	nicht Abschreibung

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. **Die laufende Rechnung für das Jahr 2013**

mit einem Gesamtaufwand von	Fr. 173'694'300
und einem Gesamtertrag von	<u>Fr. 170'946'300</u>
somit einem Mehraufwand von	Fr. 2'748'000

und **die Investitionsrechnung für das Jahr 2013** mit

Investitions-Ausgaben von	Fr. 20'707'000
und Investitions-Einnahmen von	<u>Fr. 2'000'000</u>
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr. 18'707'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2013 wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2013 wird auf 2.00 Einheiten festgelegt, d.h. gegenüber 2012 um 1/10 Einheit erhöht.
5. Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2013 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
6. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffer 1 und 4 unterliegen dem obligatorischen Referendum. Ziffern 2 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum.

7. *Folgender Vorstoss wird nicht abgeschrieben;*  
*Motion Erni Nr. 268/2011: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung*
8. *Mitteilung an den Gemeinderat zur Ansetzung der Volksabstimmung.*

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 008/12:**  
**Der Beschlusstext wird mit 28:3 Stimmen genehmigt.**

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Râto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini bedankt sich beim Sachverständigen und verabschiedet diesen.

**4. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Dorfkern** **Nr. 011/12**

1. Lesung

Martin Heini begrüsst als Sachverständigen Urs Muff.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der Baukommission unbestritten. Die BK wurde über den Ursprung für diesen Bebauungsplan informiert. Es wurde über die Verkehrsführung diskutiert. Ebenfalls waren die beiden Häuser Gallusstrasse 5/5a und Gallusstrasse 7 ein längeres Thema. Weiter hat sich die BK dann mit den Sonderbauvorschriften befasst und dabei festge-

stellt, dass nicht alle Artikel dem neuen Bau- und Zonenreglement angepasst sind. Deshalb wurden auch die Anträge der Baukommission eingereicht. Die BK hat den Bebauungsplan zur Kenntnis genommen, da es sich heute aber um die 1. Lesung handelt, fand keine Abstimmung zum Beschlusstext statt.

Martin Heini erwähnt, dass sich Gemeinderat Cyrill Wiget als Direktbetroffener im Ausstand befindet. Da dies die erste Lesung ist, erfolgt keine Beschlussfassung.

Gemäss René Zosso hat die CVP/JCVP/GLP Fraktion dieses Geschäft eingehend diskutiert und die verschiedenen Varianten abgewogen. Die Fraktion begrüsst die Anstrengungen, aus der heutigen unbefriedigenden Situation ein neues Ganzes entstehen zu lassen und den Versuch, das historische Kriens repräsentierende Elemente mit neuem, hochwertigem Wohn- und Arbeitsraum zu kombinieren. Die Idee des offenen Innenhofes und die damit entstehenden Fussgängerachsen und Begegnungsräume könnten den heute hektischen und beengten Raum aufwerten und auch einen neuen Ort zum Verweilen schaffen, wie er in Kriens so sehr gebraucht wird. Mit dem Bebauungsplan erhalten alle Beteiligten gute Entwicklungsmöglichkeiten. Das vorgesehene Wettbewerbsverfahren soll die dringend benötigte qualitätsvolle Gestaltung dieses Kernbereiches sicherstellen. Es werden 5 Vollgeschosse, mit Wettbewerb sogar 6, möglich, in denen Wohnen und Arbeiten gleichermaßen ihren Platz finden sollen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stellt sich deshalb positiv zur Durchführung eines Wettbewerbes. Den Antrag der FDP, auf Fassadenerhöhung von 16.5 plus Attika auf 19.5 ohne die formulierten Auflagen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ab. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob es nötig ist, die Bauten Breithaus und Neubreithaus zu opfern. Im Planungsbericht werden sie als schützenswert bzw. erhaltenswert eingestuft, aber auch als sanierungsbedürftig. Der Zahn der Zeit hat besonders am Breithaus ziemlich genagt bzw. man hat ihn nagen lassen. Aber trotzdem, hier geht möglicherweise historische Krienser Substanz unwiederbringlich verloren. Das sollte allen zu denken geben. Und das sollte es heute eigentlich nicht mehr geben. Historische Werte sind Kapital für die Zukunft das wir den Nachkommen bewahren sollen. Im Bebauungsplan wird im Rahmen der Beurteilung des Entlassungsgesuches für die Gallusstrasse 7 bemängelt, dass für die Gemeinde Kriens kein „eigentümerverbindlicher Schutzplan“ bestehe, was den konsequenten Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz nicht gewährleistet. Weiter ist dort zu entnehmen, dass, wenn nur dieses Einzelobjekt erhalten werden soll und nicht auch das alte Breithaus, ein Erhalt nicht mehr sinnvoll sei. Also eine Art Bankrotterklärung.

Aller Nostalgie zum Trotz ist es richtig, dass dieses Gebiet neu entstehen kann und es ist zu akzeptieren, dass dies Opfer fordert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion schlägt vor, dass der Variante A den Vorzug gegeben wird, da sie wenigstens das schützenswerte Objekt Neubreithaus ausnimmt.

Die Fraktion CVP/JCVP/GLP ist für Eintreten für dieses Zukunftsprojekt und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Gemäss Michael Günter namens der SVP-Fraktion hat man mit dem vorliegenden Bebauungsplan einmal mehr ein Geschäft, welches ein Impuls für das Zentrum geben soll. Wenn man den Bebauungsplan anschaut, treten drei Ziele in den Vordergrund. Erstens, die Verschiebung der Baulinie und die Höhenfestlegung in der Luzernerstrasse. Zweitens, die Änderung der Verkehrsregie mit der Schliessung der Gallusstrasse nach Horw. Dort entsteht Platz für die Bevölkerung. Drittens wird geregelt, was mit den erhaltenswerten Häusern in diesem Gebiet geschehen soll. Dies sind nach der Ansicht des Sprechers alles schöne Aspekte. Tatsache ist jedoch, dass für die Änderung der gesamten Verkehrsregie, sich die Baulinien än-

dern. Und zweitens ist dies nur in Abstimmung mit dem Kanton möglich. Die SVP bezweifelt, dass dies funktionieren kann. Drittens muss man sehen, dass die Änderung von Baulinien nur dann möglich ist, wenn die Grundeigentümer in diesem Projekt auch mitmachen, was heisst, wenn sie neu bauen. Das Gleiche gilt auch für den Bau und Schutz von schützenswerten Objekten. Die Grundeigentümer müssen mitmachen. Wenn sie nicht mitmachen, wird nichts investiert und die Gebäude verlottern. Das Fazit ist, dass vieles von den Grundeigentümern abhängig ist. Deshalb muss der Bebauungsplan mit und nicht gegen die Grundeigentümer erarbeitet werden. Die Bedenken sowie die Interessen müssen berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass eine Planungsleihe produziert wird. Die Kulturgüter der Gemeinde drohen zu verlottern. Dies kann nur verhindert werden, wenn die Anliegen der Grundeigentümer mitintegriert werden. Für die SVP kommt deshalb nur die Variante B in Frage. Nur wenn die Grundeigentümer mitgestalten können, kommt für die Gemeinde ein positiver Impuls.

Weiter muss die Gebäudehöhe berücksichtigt werden, was bereits schon in der BK besprochen wurde. Vorgeschlagen sind gemäss Planungsbericht, 16.5 Meter, was wie 5 Vollgeschosse zählt. Nebenan steht das Späni-Gebäude mit 6 Vollgeschossen. Es stellt sich die Frage, wieso man nur 5 Stockwerke will und für das 6. Geschoss einen Wettbewerb zulässt? Das Gemeindehaus darf 22 Meter hoch werden. Wenn dieses Anliegen nicht umgesetzt wird, passiert an der Luzernerstrasse 16 / 18 / 20 nichts, sondern das Baugesuch wird hinfällig. Der Er- und Unterhalt der Schützenswerten Objekte wird in Frage gestellt.

Hans Gartmann namens der FDP-Fraktion stellt die Frage, wie lange die Bauprofile beim ehemaligen Restaurant Bahnhöfli gestanden sind. Wenn er den Text liest, stellt er sich die Frage, wo der Kern in Kriens ist. Sind wir nicht eine Stadt? Die Krienser sagen zwar jeweils, man gehe ins Dorf. Es bestehen auch Kernzonen wie der Hofmattplatz oder allenfalls das Schappe-Center oder der Dorfplatz. Man soll in diesem Dreieck schauen, dass Bauwillige die Möglichkeiten haben, etwas zu realisieren. Aber nicht alle wollen in diesem Dreieck bauen. Es bestehen dort zwei Liegenschaften, welche als Schützens- bzw. Erhaltenswert bezeichnet werden. Das Holzhaus ist aber in einem sehr schlechten Zustand. Soll dies erhalten bleiben, dann nicht mit den vorhandenen Materialien. Mit diesen kann man nichts mehr machen. Das Steinhaus ist nichts Besonderes. Wenn man dort etwas machen will, dann mittels zurückversetzen oder mit einem Wettbewerb, welche beide Gebäude einbezieht. Darum hat die FDP diese Anträge gestellt. Vis-a-Vis wo das Zentrum Pilatus entstehen soll, ist eine Höhe von 22 Metern erlaubt. In Antrag geht es darum von 16.5 auf 19.5 Meter zu erhöhen. Es ist für die Leute nicht feststellbar, ob die Gebäude jetzt 19 oder 22 Metern hoch sind, denn es fällt nur gerade das auf, was sich auf Augenhöhe befindet. Alles was höher ist, wird gar nicht erst angeschaut. Darum soll der Erhöhung auf 19.5 Meter zugestimmt werden. Wenn man keinen Wettbewerb hat, hat man nichts, auch die zu erhaltenden Gebäude nicht. Diese sind dann auch weg. Also nochmals gesagt, soll den 19.5 Metern zugestimmt werden mit der Variante B, damit die beiden zu erhaltenden Gebäude nicht wie das Gabeldingen enden. Mit der Zustimmung soll die Gemeinde Dynamik bekommen. Die Worte Standortförderung und Wirtschaftsförderung hat man schon oft gehört. Diesen soll nun Rechnung getragen werden.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer für Eintreten zum Bericht und Antrag Bebauungsplan Dorfkern. Mit dem Bebauungsplan soll eine langfristige Ortskernentwicklung entwickelt werden. Ein Dorfkern der Fussgängerfreundlich gestaltet ist und ein identitätstiftender Bewegungsraum werden soll. Im Bereich zwischen Hohle Gasse und Horwerstrasse soll ein verkehrsfreier Platz gestalten werden. Es könnte nachgeholt werden, was in Kriens fehlt. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante A. Das Dorfschulhaus, die Gebäudezeile Horwerstrasse und Gallusstrasse ist dem Neubreithaus Gallusstrasse 7 nicht aus dem Ortsbild wegzudenken. Begrüsst würde jedoch, wenn das schützenswerte Kulturobjekt Altbreithaus erhalten werden könnte, da es das letzte Gebäude dieser Zeit im Dorfkern ist. Die alte Linde würde heute wohl keiner mehr abreißen. Wünschenswert

ist sicher die Parksituation mit der geplanten Tiefgarage zu verbessern. Es stellt sich aber auch die Frage, ob ohne Verkehrskonzept der verlangte Nachweis erbracht werden kann, der Machbarkeit, die vorgesehene neue Verkehrsführung in die Einmündung in die Horwerstrasse und wie sich der Verkehr auf die anderen Straßenabschnitte auswirken wird. Im Bericht und Antrag steht, während der öffentlichen Mitwirkung seien Stellungnahmen eingegangen und einige Kompromisse seien erzielt worden. Da stellt sich die Frage, wie kamen die Lösungen mit den betreffenden Grundeigentümern zu Stande? Es sind anscheinend Lösungen vorhanden aber nicht zu aller Zufriedenheit. Wie geht der Gemeinderat mit Privateigentum um, wenn neu aus privatem, privat-öffentlicher Raum entstehen soll. Wird es eine Flut von Einsprachen geben, oder können die Beanstandungen und Bedenken mit den Eigentümern ausgeräumt werden. Dies sind wohl die Voraussetzungen für das Gelingen des Bebauungsplans, dem die SP/JUSO Fraktion positiv gegenüber steht.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Fabian Takacs für Eintreten. Man unterstützt die Pläne des Gemeinderates und der Arbeitsgruppe, das Gebiet Kriens Dorfkern optimal und nachhaltig entwickeln zu wollen.

Den Erhalt von „ursprünglicher“ Bausubstanz in diesem Perimeter erachtet die Grüne/JG-Fraktion als sehr zentral. Ein nachhaltiger Umgang mit schützenswerten Objekten und den letzten original Krienser Überresten ist gerade im Zentrum, welches identitätsstiftend sein sollte, notwendig. Die Aufnahme des Hauses Gallusstrasse 7 in das Inventar der Kulturobjekten scheint vor dem Hintergrund der Geschichte des Hauses sinnvoll. Mit dem Wohnhaus 5/5a, das um 1811 erbaut wurde, bildet sich ein ästhetischer Gegensatz zu den modernen Gebäuden hin zur Luzernerstrasse und macht so das Dreieck zwischen Horwer-Gallus-Luzernerstrasse zu einem zeitgeschichtlich lebendigen Dorfkern. Die Grünen/JG sind der Meinung, dass die einzelnen Objekte erhaltenswert und zusammen im Ensemble zwingend schützenswert sind. Diese Meinung teilen auch die Fachgremien und Fachleute.

Was zeichnet ein Dorfkern aus? Ein Dorfkern sollte nicht nur als einer erkannt werden, er sollte auch ein Gefühl von Ruhe und einer gewissen Ästhetik vermitteln. Das Bestreben den Strassenraum innerhalb des Perimeters phasenweise vom Verkehr zu entlasten und zu einem ruhigen Begegnungsraum für ganz Kriens aufwerten, begrüsst die Grüne/JG-Fraktion deshalb. Es ist zu hoffen, dass durch den Ausbau der Einmündung Horwerstrasse zur Luzernerstrasse, der Verkehr auf der Gallusstrasse respektive Hohlen Gasse abnimmt. Durchgangsverkehr ist nicht nur für die Anwohner unangenehm, sondern auch hinderlich für das Bestreben, den Dorfkern zu beleben.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Eigentümer und die Gemeinde darauf einigen könnten, dass die privaten Hofräume in diesem Perimeter, zu gemeinschaftlich genutzten Flächen umfunktioniert und von Parkplätzen befreit werden. Denn wenn man in unserem Dorfkern flanieren will, muss er eine gewisse Durchlässigkeit vorweisen und somit attraktiv sein. Oberirdische Parkplätze sind ein Konzept aus dem letzten Jahrhundert. Da Parkplätze im grossen Stil in einem Dorfkern nichts zu suchen haben, sind diese in einem Untergeschoss mehr als erwünscht. Dass die Grundeigentümer weniger Interesse haben, das Angebot an unterirdischen Parkplätzen auszubauen, ist logisch. Doch für die Weiterentwicklung unseres Dorfkerns sind gewisse Kompromisse beider Seiten zwingend erforderlich.

Die Grüne/JG-Fraktion ist der Ansicht, dass die Durchführung eines gemeinsamen Wettbewerbs bei einer Bauhöhe von über 16.5 Meter für das einheitliche Erschliessungsbild der Häuserfassaden von zentraler Bedeutung ist. So kann eine qualitative und ästhetisch ansprechende Häuserfassade erzeugt werden. Man will kein Flickwerk an der Hauptverkehrsachse. Dies kann durch die Zusammenarbeit der Grundeigentümer verhindert werden. Es ist im Interesse der Eigentümer hier zusammen zu spannen, wenn sie eine höhere Ausnützung haben

wollen. Die Grünen/JG sind bemüht, dass Kriens ein lebendiger und offener Dorfkern bekommt und unterstützen die Fahrtrichtung des Gemeinderates.

Hans Gartmann ist nicht erfreut über die Voten von Links und der CVP. In den nächsten 20 Jahren wird nicht viel passieren. Die erhaltenswerten Objekte in diesem genannten Dreieck sind nicht da und die Gebäude sind nicht schön. Die unterirdischen Parkplätze wären eine Chance, so etwas zu realisieren. Warum sollen die Einzelhäuser an der Luzernerstrasse nicht alle aneinander kommen? Und die 16.5 oder 19.5 Meter kommen dann auch nicht mehr darauf an. Deshalb soll die Variante B gewählt werden. Man bekommt den Platz, welchen man gerne hätte wie z.B. für die Busspur. Es ist nicht verständlich, dass man auf die Variante A tendiert, wo ein Wettbewerb verlangt wird und anschliessend nichts passiert. Damit kommt man nicht weiter. Es wird keinen Fortschritt in Kriens geben. Das hat man in den letzten Jahren ein paar Mal erlebt. Die Variante B bringt Kriens vorwärts.

Gemäss Erich Tschümperlin beschränkt sich der Gestaltungsspielraum auf den Bonus bei der Ausnützung der Gebäudehöhe. Finanzielle Anreize können nicht angeboten werden. Aber man kann Einfluss auf die Qualität nehmen. Es gibt ein Angebot an Investoren wenn man ein Projekt lanciert. In diesem Gebiet kann man mitgestalten, was Sinn macht. Wenn die Investoren das machen, was Sie wollen, ist das ausschliesslich gut für sie selber. Aber die Einwohner merken, ob ein Projekt gut ist oder nicht. Daher ist es wichtig, dieses Mittel nicht einfach aus der Hand zu geben. Man soll darauf bestehen, ein Projekt zu machen.

Alex Hahn ist der gleichen Meinung wie sein Vorsprecher Hans Gartmann. Man darf nicht vergessen, dass Investoren investieren um Geld zu verdienen und nicht, um Kriens einen schönen Dorfkern zu beschenken. Wenn man den Investoren mit vielen Bedingungen die Perspektiven verbaut, dann hat kein Investor mehr Interesse. Es ist wichtig, dass ein Investor einmal anfängt. Ein Wettbewerb ist diesen einfach zu teuer.

Rolf Schmid war lange Zeit hin und hergerissen. Schlussendlich hat ihn die Fraktionsmeinung überzeugt. Wenn Individuell, dann muss die Überbauung Dorfkern kommen. Mit Dorfcharakter. Kriens hat Potenzial. Vielleicht ergibt sich ein moderner Dorfkern mit städtischem Bereich.

Michael Günter schliesst beim Votum des Vorsprechers an. Wenn der Dorfkern etwas städtischer wird, stellt sich auch die Frage des verdichteten Bauens. Vor zwei Wochen wurde im Rat lange darüber geredet und es wurde schlussendlich Entschieden, dass man die verdichtete Bauweise will. Deshalb ist es wichtig, dass man im Zentrum ein Stockwerk höher bauen darf. Das Späni-Gebäude hat, wie bereits erwähnt, 6 Vollgeschosse. Warum sollen die Gebäude nebenan nur 5 Vollgeschosse haben. Das kann nicht aufgehen. Wenn die Grundeigentümer nichts machen, kommt die Verbreiterung der Luzernerstrasse nicht und auch nicht das Rechtsabbiegen beim ehemaligen Restaurant Bahnhofli. Dann hat Kriens eine Planungsleihe, was in den letzten Jahren genug produziert wurde.

Gemäss René Zosso wurde viel von Verdichtung geredet, aber auch viel von Qualität. Es soll im Zentrum etwas Qualitätsvolles entstehen. Es soll einheitlich werden. Es sollen Fassaden entstehen, welche man gerne anschaut und nicht solche, die verlottern. Das 6. Stockwerk ist ein Zuckerli für den Bauherrn.

Gemäss Matthias Senn ist der Bebauungsplan ein übergeordnetes grundeigentümergebundenes Planungsinstrument. Ein Teil wird jetzt umgesetzt. Es besteht auch ein Inventar über die Kulturobjekte, welches behördenverbindlich ist. Die Visualisierung des Zentrums ist eingetroffen. Diese hätte man gerne schon an der BK-Sitzung gezeigt. Die Ausgangslage ist das Späni-Gebäude mit 16.5 Meter Höhe und 6. Vollgeschossen. Heutzutage wird nicht mehr in dieser Art gebaut. Darum sollen die Gebäude nebenan gleichhoch gebaut werden, einfach mit 5 Vollgeschossen wovon eines als Erdgeschoss bezeichnet wird und 4 als Vollgeschosse. Somit können alle ohne einen Wettbewerb durchführen zu müssen gleich hoch bauen. Die Situation wurde von Architekten immer als Massstäbe empfunden, die Höhe des Späni-Gebäude zu übernehmen. Der Gemeinderat war fast dabei, mit 6 Vollgeschossen zu arbeiten. Die Grundeigentümer müssten dafür aber auch etwas bieten. Deshalb ist die Auflage entstanden, zwei Gebäude jeweils miteinander zu bauen. Es ist dem Gemeinderat auch klar, dass diese Einschränkungen sind, welche den Grundeigentümer nicht Freude bereiten.

Auf einer zweiten Visualisierung ist die Einmündung Gallusstrasse zur Horwerstrasse zu sehen. Für den Gemeinderat ist es wichtig, noch etwas von der alten Dorfkernstruktur zu erhalten. Er hat diesbezüglich die Meinung der Arbeitsgruppe vorliegend, wie auch das Gutachten von Gerold Kunz. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dieser Bereich autofrei zu gestalten. Die Situation der Krienserhalle ist so, dass diese als Schützenswert eingestuft wird. Darüber ist keine Opposition vorhanden. Man freut sich, dass die Zone autofrei wird. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wenigstens dieser Punkt längerfristig erhalten bleiben soll.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Es folgt die **Detailberatung** zu den Sonderbauvorschriften.

### **S. 3 Antrag Art. 8.3.b**

Die FDP beantragt, dass in den Sonderbauvorschriften Art. 8.3.b die maximale Gebäudehöhe auf 19.50 Meter erhöht wird und der Artikel 8.3.c entsprechend gelöscht wird.

Die FDP begründet ihren Antrag damit, dass die Eigentümer an einer nachhaltigen Entwicklung des Dorfkernes grosses Interesse haben und die Rahmenbedingungen der Gemeinde begrüssen, welche allen Grundeigentümern verbindliche Rechte und Pflichten zu Grunde legen. Ein Bebauungsplan macht dann Sinn, wenn die Meinung der Grundeigentümer respektiert wird und Aussicht besteht dass Teile davon realisiert werden. Das von der Gemeinde verlangte Fachgutachten von Gerold Kunz zur Gallusstrasse 7 besagt, dass „das Gebäude aus dem Inventar zu entlassen und die Parzelle für eine Neubebauung freizugeben sei. Ohne übergeordnetes Schutzkonzept mache der Erhalt des Einzelbauwerks im Zentrum von Kriens wenig Sinn.“

Der Wettbewerb über alle 3 Parzellen, mit dem die Eigentümer einverstanden sind, bietet die Gelegenheit, eine qualitativ hochwertige Lösung aufzuzeigen und einer Verwahrlosung der alten Gebäude entgegenzuwirken.

Als weiteren Grund gibt die FDP an, dass vor dem Hintergrund des verdichteten Bauens, das raumplanerisch in Zentren gewünscht wird, eine Erhöhung der Geschosshöhe sinnvoll ist. Die Bedingung für die Ermöglichung eines sechsten Geschosses für die Bauten Typ C ist eine Farce. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass alle 4 Grundeigentümer zeitgleich planen und bauen und einen gemeinsamen Wettbewerb ausschreiben werden. Beim Pilatusareal-Siegerprojekt „Cocon“ wurde das zusätzliche Geschoss, als ein „geringfügiger Verstoss gegen das Wettbewerbsprogramm“ toleriert. Einer Gebäudehöhe von 22.0 m wurde als Kompromiss zwischen Ortsbild und Wirtschaftlichkeit zugestimmt. Somit soll auf der anderen Strassenseite

mit 19.50 gerechnet werden können? Der Raum ist durch das geplante Rückversetzen der Gebäude um 4 Meter vorhanden.

**Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss Bebauungsplan), gegenüber Antrag FDP (Erhöhung Fassadenhöhe)**

Mit 15:14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Berger, Rita	FDP, 19.5 m
Bienz, Bruno	GR, 16.5 m
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	GR, 16.5 m
Bründler, Anton	FDP, 19.5 m
Camenisch, Rätö	FDP, 19.5 m
Dalla Bona, Mara	FDP, 19.5 m
Erni, Roger	FDP, 19.5 m
Fässler, Peter	GR, 16.5 m
Fluder, Hans	FDP, 19.5 m
Frey, Maurus	GR, 16.5 m
Gartmann, Hans	FDP, 19.5 m
Graber, Kathrin	GR, 16.5 m
Graf, Alfons	GR, 16.5 m
Günter, Michael	FDP, 19.5 m
Hahn, Alex	FDP, 19.5 m
Heiz, Martin	FDP, 19.5 m
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kloter, Yanik	GR, 16.5 m
Mathis-Wicki, Judith	GR, 16.5 m
Meyer, Pascal	GR, 16.5 m
Nyfeler, Nicole	GR, 16.5 m
Piazza, Daniel	FDP, 19.5 m
Portmann, Peter	FDP, 19.5 m
Schmid, Rolf	GR, 16.5 m
Schwizer, Roland	FDP, 19.5 m
Takacs, Fabian	GR, 16.5 m
Tanner, Beat	FDP, 19.5 m
Tschümperlin, Erich	GR, 16.5 m
Urfer, Mario	GR, 16.5 m
Zosso, René	GR, 16.5 m

**S. 3 Antrag BK Art. 8 / Abs. 3b**

Die Baukommission beantragt das Wort Gebäudehöhe durch das Wort „Fassadenhöhe“ zu ersetzen.

**S. 3 Antrag BK Art. 8 / Abs. 3c**

Die Baukommission beantragt, den Art. 8, Abs. 3c wie folgt anzupassen: „Ein zusätzliches Attikageschoss mit einer Fassadenhöhe von 3.00 m ist unter folgenden Voraussetzungen zulässig“.

**S. 4 Antrag BK Art. 8 / Abs. 4b**

Die Baukommission beantragt die Anpassung des Artikels wie folgt: „Fassadenhöhe: max. 5.00 m“.

**S.4 Antrag BK Art. 8 / Abs. 5**

Die Baukommission beantragt, den Buchstaben „a“ zu streichen. Der Buchstabe „c“ soll neu zu Buchstabe „a“ und wie folgt geändert werden: „Die maximale Fassadenhöhe beträgt 13.50 m.“

Die Baukommission begründet alle ihre Anträge mit der Anpassung an das neue Bau- und Zonenreglement. Gemäss Matthias Senn stimmt der Gemeinderat aller Anträge der BK zu. Da auch aus dem Rat niemand opponiert, gelten alle Anträge der Baukommission als genehmigt.

**S.5 Antrag FDP Art. 12**

Die FDP beantragt, dass der Bebauungsplan mit dem Bestandteil „Wettbewerbsperimeter Variante B“ verbindlich ist.

Hans Gartmann begründet Antrag damit, dass wenn nur einer bauen will, gar kein Wettbewerb stattfinden kann, worauf kein Baugesuch folgt. Wenn man alles beim alten lassen will, muss man den Antrag ablehnen. Es ist aber richtig, den Wettbewerb auszuschliessen. So kann etwas entstehen, auch wenn nur Etappenweise. Den Schützenswerten Objekten in der Variante B kann die Hand geboten werden. Die Variante B ist sicher die bessere Variante.

**Abstimmung Antrag Gemeinderat (Sonderbauvorschriften), gegenüber Antrag FDP (Verbindlichkeit Variante B)**

Mit 16:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Takacs, Fabian	GR, Variante A
Tschümperlin, Erich	GR, Variante A
Frey, Maurus	GR, Variante A
Bieri, Esther	GR, Variante A
Kloter, Yanik	GR, Variante A
Urfer, Mario	GR, Variante A
Nyfeler, Nicole	GR, Variante A
Bienz, Viktor	GR, Variante A
Graber, Kathrin	GR, Variante A
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	GR, Variante A
Piazza, Daniel	GR, Variante A
Tanner, Beat	FDP, Variante B
Dalla Bona, Mara	FDP, Variante B
Schmid, Rolf	GR, Variante A
Gartmann, Hans	FDP, Variante B
Bründler, Anton	FDP, Variante B
Camenisch, Räto	FDP, Variante B
Fluder, Hans	FDP, Variante B
Heiz, Martin	FDP, Variante B
Portmann, Peter	FDP, Variante B
Günter, Michael	FDP, Variante B
Schwizer, Roland	GR, Variante A
Graf, Alfons	FDP, Variante B
Hahn, Alex	FDP, Variante B
Berger, Rita	FDP, Variante B
Zosso, René	GR, Variante A
Bienz, Bruno	GR, Variante A
Erni, Roger	FDP, Variante B
Fässler, Peter	GR, Variante A
Meyer, Pascal	Enthaltung

**S. 9 Antrag BK Art.20 / Art.21 / Art.22**

Die Baukommission stellt den Antrag die Art.20 / Art.21 und Art.22 zu streichen mit der Begründung dass gemäss Vorprüfungsbericht des Kantons Luzern vom 5. Juni 2012, Seite 4, da diese Inhalte abschliessend im PBG geregelt sind.

Auch dieser Antrag der BK wird vom Gemeinderat genehmigt.

**Antrag BK zu den Plänen:**

Die Baukommission stellt den Antrag, den Hinweis bei den Plänen bezüglich Wettbewerbsperimeter anzubringen, da dieser Verweis zu den Sonderbauvorschriften fehlt

Wettbewerbsperimeter

\* ..... gemäss Artikel 8, Absatz 3d, 4d

\*\* ..... gemäss Artikel 8, Absatz 5d (eventuell 5c)

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag zu.

Martin Heini fragt, ob ein Rückkommen verlangt wird.

Viktor Bienz hat eine Frage bezüglich Gebiet bei der Krienserhalle. Wenn man die Strasse Autofrei machen will, gilt dies auch für die Anwohner. Können diese zum Haus fahren oder müssen die z.B. im Hofmatt parkieren?

Gemäss Matthias Senn ist die Zufahrt gewährleistet.

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt findet keine Beschlussfassung statt. Martin Heini bedankt sich beim Sachverständigen und verabschiedet diesen.

**5. Bericht und Antrag: Bauabrechnung verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid Nr. 012/12**

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Mit dieser Abrechnung geht eine leidige Geschichte zu Ende. Die BK hat die Revision der Bauabrechnung vorgenommen. Es sind keine weiteren Zahlungen an Guido Wigger mehr zu leisten. Mit dieser Abrechnung ist somit nun alles abgeschlossen. Der Deckel ist geschlossen. Die BK empfiehlt dem Einwohnerrat die Bauabrechnung zu genehmigen.

Gemäss Roger Erni, namens der FGK, ist es 10 Jahre her. Einige waren dazumal schon dabei, z.B. auch der heutiger Gemeindeammann Matthias Senn. Eine fast unendliche Geschichte geht damit zu Ende. Man hat schon dazumal gewusst, dass es Rechtsstreitigkeiten bei der vom Einwohnerrat durchgesetzten Lösung geben wird. Dies führte auch zu der extremen Kostenüberschreitung von über 100%! Alle, auch die FGK, wollen diese Geschichte mit der vorliegenden Bauabrechnung abschliessen. Der Grundeigentümer Guido Wigger hat gemäss

Matthias Senn im Jahr 2012 die letzte Zahlung seitens der Gemeinde erhalten. Wie bereits Martin Heiz namens der BK sagte, soll der Deckel zugemacht und klar Ja zu diesem Geschäft gesagt werden.

Zum Schluss hat der Sprecher eine Anregung für die Kommissionsarbeit. Sie ist zu überdenken, ob solche Bauabrechnungen in der FGK noch besprochen werden müssen. Nach der Meinung der FGK reichen die externe Revisionsstelle und die Baukommission.

Martin Heini erklärt, dass ein Eintreten auf die Vergangenheitsbewältigung gewährt wird, mit dem Hinweis, dass nichts mehr geändert werden kann.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist gemäss Viktor Bienz froh, dass bei dieser leidigen Geschichte Erschliessung Familiengartenareal Ober-Studenhofweid nun endlich einen Schlussstrich gezogen werden kann. Es ist aber bedauerlich, dass diese Abrechnung nun so präsentiert werden muss. Das zeigt auf, dass nicht die günstigste Variante am Schluss wirklich auch die Günstigste ist.

Vor 10 Jahren hat der Sprecher hier im Einwohnerrat gewarnt und gesagt wie es enden wird. Im Protokoll von damals kann dies nachgelesen werden. Die Bestätigung liegt nun vor. Am meisten bedauert es der Sprecher heute, dass nach einer solchen Entscheidung des Einwohnerrates von damals, wo man weder auf die Baufachleute wie auf die Landwirtschaftsfachleute aus dem Rat, damals Heini Wachter von der LP, gehört hat. Nun steht die Gemeinde wie auch die Familie Wigger als Verlierer da. Die Gemeinde hat eine massive Kostenüberschreitung und Familie Wigger eine Asphaltstrasse fast rund um das Stallgebäude, was eine tägliche Einschränkung und Mehraufwand des betrieblichen Ablaufes zur Folge hat.

Viktor Bienz ist überzeugt, es hätte für die Gemeinde eine günstigere und für den betrieblichen Ablauf auf den Biohof bessere Variante gegeben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stimmt mit einem zum Teil gedämpften Gefühl dieser Bauabrechnung zu.

Nach Toni Bründler kommt jetzt das Stichwort mit der Weitsicht, wie vor 10 Jahren. Dort wurde bereits gewarnt, dass es ein grosses Theater geben wird. Es entstand ein langjähriger Streit. Guido Wigger hat angeboten, eine andere Führung der Strasse zu realisieren. Im Einwohnerrat hat es geheissen, dass dies auf Fr. 300'000.00 kommen wird. So war es jedoch nicht. Die Strasse hat ein Mehrfaches gekostet. Auf die Frage warum, kann man sagen, weil ein Rechtsstreit durchgeführt werden musste. Nach dem Sprecher soll man auf Leute hören, welche in diesem Gebiet Erfahrungen haben. Die SVP-Fraktion will dem Bericht und Antrag nicht zustimmen. Man kann aber das Geld nicht mehr zurückholen. Damals war die SVP die einzige Partei, welche nicht zugestimmt hat. Toni Bründler will auf den Weg geben, dass man weitsichtig planen soll und nicht nur bis ins nächste oder übernächste Jahr. Man sieht, es wird irgendwann zurückkommen.

Die FDP-Fraktion vertreten durch Roger Erni fragt ob man sieht dass die Kosten überschritten wurden. Die Antwort lautet Ja. Deshalb sagt auch die FDP Ja zum Bericht und Antrag.

Gemäss Mario Urfer namens der SP/JUSO-Fraktion werden Fehlern gemacht, auch wenn sie leider manchmal teuer zu stehen kommen. Aus Fehlern kann und soll man aber lernen. Fazit aus der Geschichte: Wenn der Einwohnerrat den Gemeinderat kontrolliert, heisst das ja nicht,

dass man ihm und seinen Fachleuten nicht vertrauen darf. Die SP/JUSO-Fraktion zieht auch einen Schlusstrich unter dieser 10 jährige Geschichte und genehmigt die Bauabrechnung.

Die Grünen sind gemäss Bruno Bienz leicht erstaunt. Diese Bauabrechnung dauerte 10 Jahre! Und wahrscheinlich mehr als 80 % des Einwohnerrates war bei diesem Entscheid damals nicht dabei. Betreffend Kostenüberschreitung sagt der Sprecher, war anscheinend schon damals klar, dass der Baukredit für die bevorzugte Variante nicht ausreichen wird. Das war sicher keine seriöse Arbeit des Einwohnerrates sowie des Gemeinderates. Die Grünen möchten einen Schlusstrich unter diese leidige Geschichte ziehen und sind für Annahme dieses Berichts und Antrages.

Gemäss Matthias Senn sind tatsächlich bereit 10 Jahre vergangen. Also ein Jubiläum. Auch er hat damals für die Variante 1 gestimmt. Interessant ist aus Sicht des Sprechers, dass alle Abstimmungen mit 21:4 geendet haben. Tatsächlich ist es auch so, dass es doppelt so teuer geworden ist, als abgeschlossen. Es ist aber auch die Hälfte so teuer wie vom Gemeinderat damals beschlossen. Die FGK hat gefragt was die Lehre daraus ist. Der Einwohnerrat muss einen Bericht und Antrag zurückweisen wenn er nicht zufrieden ist mit der Arbeit des Gemeinderates.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Bei der **Detailberatung** erfolgen keine Wortmeldungen.

Toni Bründler fragt ob ganz sicher keine Zahlungen mehr offen sind, welche noch bezahlt werden müssen?

Gemäss Matthias Senn würde sonst die Bauabrechnung nicht vorliegen. Es wurde ein Vergleich vor dem Friedensrichter gemacht.

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die verkehrstechnische Erschliessung des Areals Ober-Studenhofweid wird ein Zusatzkredit von Fr. 83'190.60 bewilligt.*
2. *Die Bauabrechnung "Verkehrstechnische Erschliessung des Familiengartenareals Ober-Studenhofweid" im Betrage von Fr. 171'590.60 wird genehmigt.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 012/12:**  
Der Beschlussestext wird mit 22:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein

Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

## 5a. Beantwortung der dringlichen Interpellation Fässler: Was stimmt nun zum Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende? Nr. 014/12

Die schriftliche Antwort wurde verteilt. Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Fässler wünscht eine Diskussion.

Da niemand opponiert, wird das Wort dem Interpellanten erteilt.

Peter Fässler erläutert, dass zurzeit in Kriens die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative der SVP „NEIN zur Asylbewerberunterkunft Grosshof“ läuft. Die SP/JUSO-Fraktion findet es unsäglich, dass wieder einmal mutwillig mit bewussten Falschaussagen das friedliche Nebeneinander von verschiedenen Menschengruppen gefährdet wird. Mit gezielten Falschaussagen Ängste schüren, die in weiten Teilen der Bevölkerung auf offene Ohren stossen: Das ist unfaires politisieren, das ist „Ziehen der tiefsten Schublade“. Wie viele Unwahrheiten verträgt die Politik? Angstmacherei als Weg zum Erreichen politischer Ziele? Stellt sich nur so der gewünschte Erfolg ein? Bei zumindest einer Partei in der Schweiz funktioniert dies ganz gut. Kritisches Hinsehen ist eine Schlüsselaufgabe von Politikerinnen und Politikern. Den Finger auf vorhandene und zukünftige Problemfelder zu halten ebenfalls. Unmut bekunden über Entwicklungen, die scheinbar aus dem Ruder laufen: O.K. Und die Stimmbürger in politische Prozesse einbinden: noch besser. Aber dabei bitte bei der objektiven Wahrheit bleiben. Vorhandene und bekannte Fakten sind aufzunehmen. Auch bei dieser Unterschriftensammlung wären genügend Unterschriften zusammen gekommen, wenn dem nachgelebt worden wäre. Im heute schon in diesen Fragen vergifteten Klima der Schweiz stossen solche Anliegen wie hier, nämlich das „sich mit Händen und Füssen wehren“ gegen ein Aufnahmезentrum für

Asylsuchende, auf viele offene Ohren und Herzen. Da braucht es keine grossen Argumente. Es genügt, dass dort Ausländer sind. Zum Glück lässt sich ein grosser Teil der Bevölkerung, und der Politikerinnen und Politiker hier im Saal, nicht für dumm verkaufen und kann sehr wohl differenzieren zwischen Populismus und zum Allgemeinwohl dienenden politischen Anliegen. Denn mit dem weiteren vergiften des sozialen Friedens ist niemandem geholfen. Gefragt sind konstruktive Lösungen von vorhandenen Problemen. Und dazu bieten der Kanton Luzern und die Gemeinde Kriens Hand.

Peter Portmann namens der SVP fragt in die Runde, wer weiss, wieviel das Asylwesen im Jahr 2013 gekostet hat. Den Bund kostet das Asylwesen jährlich 1.5 Milliarden Franken. Das Finanzdepartement veranschlagt für das Jahr 2013 rund Fr. 1.25 Milliarden Franken, was 16 % mehr bedeutet als im Jahr 2012. In Franken ausgedrückt heisst das 200 Millionen Franken mehr. Darunter fallen 309 Millionen für anerkannte Flüchtlinge an, worunter auch z.B. die Kontingentflüchtlinge fallen. Der Sprecher erläutert weitere Positionen, wieviel das Asylwesen jeweils kosten wie beispielsweise 576 Millionen Franken für vorläufig Aufgenommene, 105 Millionen Franken für Sonderflüge, Ausschaffung und Rückkehrhilfe, 85 Millionen Franken für den Betrieb von Empfangszentren und 12 Millionen für Personalausgaben. Weiter erläutert der Sprecher, wieviele Flüchtlinge aus welchen Ländern Asyl in der Schweiz suchen. Peter Portmann kann es nicht verstehen, wenn jetzt jemand behauptet, dass das Asylwesen nicht kostet. Es ist eine Frage der Zeit, dass die Kosten auf die Gemeinden übertragen werden. Ein Tag nach den Wahlen war zu lesen, dass die Containersiedlung gebaut werden. Es kommt noch viel schlimmer. Es werden feste Bauten erstellt. Was die Sicherheit angeht, soll ein Blick auf Luzern, Genf oder Zug geworfen werden.

Alex Hahn erinnert, dass in der Krauerhalle festgestellt worden ist, dass der Kanton befindet, dass 120 Asylsuchende in Kriens untergebracht werden müssen. Ob in einem Heim oder auf die Gemeinde verteilt ist dem Kanton egal. Wenn diese in der Gemeinde untergebracht werden müssen, dann z.B. in Wohnungen, welche an andere Personen vermietet werden könne. Die günstige Variante ist definitiv das Asylheim. Heute Morgen war ein Leserbrief in der Zeitung. Aus diesem ist die Frage zu entnehmen, ob wir dies uns schweizweit überhaupt noch finanziell leisten können und müssen. Weiter wird in diesem Leserbrief noch erwähnt, dass nun hervorgehoben wird, dass für die Gemeinde Kriens keine Kosten entstehen werden. Man soll jedoch mal warten, bis diese Kinder eingeschult werden möchten, Sportaktivitäten betreiben oder den Musikschulunterricht besuchen möchten. Nach dem Sprecher ist es jedoch an der Zeit, dass die Bevölkerung objektiv informiert werden muss, was die Auswirkungen des Zentrums sind.

Erich Tschümperlin stimmt seinem Vorsprecher zu. Die Ängste der Bevölkerung sind begreiflich. Wenn jedoch der Initiativtext anegschaut wird, ist es klar, dass Ängste geschnürt werden. Alle Personen in eine Schublade stecken, ist einfach unmenschlich. Man schürt Ängste, welche sich auf die Gemeinde beziehen, da die SVP-Initiative eine Gemeinde-Initiative ist. Das ganze ist widersinnig und kontraproduktiv.

Nach Kathrin Graber ist Peter Portmann ein Meister im Ablenken vom Thema. Mit seiner Aufzählung hat er gesagt, wieviele von jedem Land in die Schweiz einreisen. Diese Aufzählung zeigt doch, dass Lösungen gefunden werden müssen. Man kann doch nicht einfach sagen, dass es uns nicht interessiert. Es ist sehr anmassend, wenn generell gesagt wird, diese Personen seien Wirtschaftsflüchtlinge. Im Einwohnerrat kann man das am wenigsten beurteilen. Dafür gibt es Fachleute. Der Gemeinderat hat gesagt, dass er eine Begleitgruppe einsetzen will, was man auch aus der Beantwortung entnehmen kann. Diese soll auch die Bevölkerung miteinbeziehen was sehr wichtig ist. Deshalb der Apell an die SVP, dass die Augen aufgemacht werden sollen, dass sehr viele hier untergebracht werden müssen. Das Verfahren allgemein muss beschleunigt werden. In Kriens kann man daran nichts ändern.

Michael Günter bezieht sich auf das Votum von Alex Hahn. Es wird immer wieder vorgetragen, dass Wohnungen in Kriens zur Verfügung gestellt werden müssen. Dem ist nicht ganz so. Wenn kein Zentrum entsteht, dann kann die Caritas für die Asylbewerber die Wohnungen mieten, sofern sie dann Wohnungen finden. Zu den Kosten wurde die Begleitgruppe erwähnt. Diese ist wahrscheinlich gratis. Das Asylproblem ist das Problem. Die Zahlen sind hoch. Es braucht Lösungen. Es kann aber nicht sein, dass diese Probleme auf dem Rücken von Gemeinden gelöst werden. Sondern es braucht eine schweizweite Lösung. Dass alles auf Kriens lastet, kann wahrlich nicht sein. Dass immer der Einzelfall angeschaut werden muss, ist für den Sprecher klar. Die Auswertung zeigt jedoch, dass die Ablehnungsquote bei 90 % plus liegt.

Nach Alfons Graf werden bis Ende Jahr in unserem Land 35'000 Asylgesuche mehr eingegangen sein. Das sollte Allen zu denken geben. Zu denken geben sollte es auch diejenigen, die das zu verantworten haben. Es sind nämlich genau die Gruppierungen, welche immer von einer nachhaltigen Umwelt predigen. Wie wollt ihr Sorge tragen zur Umwelt, wenn ihr immer mehr Leute in die Schweiz schleust? Der Sprecher erwähnt, dass er nicht auf Statistiken eingehen will, was er in einer früheren Sitzung bereits gesagt hat. Tatsache ist und das wissen im Saal alle; die Schweiz hat eine katastrophale Asylpolitik, die von Mitte links immer schön geschrieben wird. Es ist alles verlogen, geheuchelt und wird gutgeheissen. Fakt ist das 90 % von den Gesuchen keine wirklichen Gründe haben und nur in die Schweiz kommen, weil es ihnen bei uns sehr gut geht. Es geht den Asylanten besser als den AHV-Bezügern. Das spricht sich herum und daher wird es immer noch mehr Gesuche geben. Die Mitte Links Regierung unterstützt dies. Man gibt mehr Geld aus für das Asylwesen als für unsere Armee. Gleichzeitig wird gejammert und von den Bürgern mehr Abgaben und Steuern verlangt. Darum müssen die Gemeinden sich wehren und dagegen halten und somit Druck auf das Amt für Migration ausüben. Es gibt Gemeinden die das schon Erfolgreich gemacht haben wie z.B. die Gemeinde Bauma im Kanton Zürich. Die haben das Zentrum geschlossen, weil die Kriminalität und die Verbrechen zugenommen haben. Vor 2 Jahren haben die Schweizer Bürger ein Gesetz angenommen, welches kriminelle Ausländer und Asylanten ausschaffen soll. Wenn das endlich mal umgesetzt würde, dann braucht es keine neuen Asylzentren mehr. Auch das im Grosshof nicht.

Hans Fluder hat eine Anmerkung zur Frage 4. Die Leute haben Angst in diesem Gebiet. Wenn man jetzt noch liest, dass die Liegenschaft an den Rand kommt. Man hat dort das Gefängnis, oben hat man die Alpenstrasse. In diesem Gebiet gibt es ruhige Quartiere. Man kann die Leute gut verstehen, dass diese hoffen, dass dies nicht kommt.

Nach Räto Camenisch ist die Antwort nicht befriedigend. Es wird ein Zentrum für 120 Personen geben. Nach den neusten Erkenntnissen kein Containerbau sondern ein Festbau, welcher durch Investoren gebaut wird. Eine Investorzeit von 30 Jahren. Das ist das absolute Minimum. Wenn diese Baute mal steht, dann steht sie. Und es wird länger sein, als die 30 Jahren. Daraus wird ein Durchgangszentrum entstehen mit Erstaufnahmen. In einer zweiten Phase ist es ein Ort, wo man auf den Entscheid und auf eine Wohnung wartet. Gegen Asylbewerber hat der Sprecher nichts. Denn diese Personen suchen ja nur nach besserem Leben. Das sieht man oft falsch. Das Problem liegt nicht bei den Asylanten sondern bei der Schweiz. Die Schweiz ist attraktiv und zieht Leute an. Die Migration hat es schon immer gegeben. Man ist der Bevölkerung Rechenschaft schuldig. Der Kanton hat die Gemeinde über den Tisch gezogen. Er hat die knappen Finanzverhältnisse ausgenützt. Man muss sowieso 70 – 90 Personen aufnehmen. Diese sollen lieber in irgendwelchen Wohnungen untergebracht werden. Somit haben sie die Gelegenheit, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen und sie sind besser kontrollierbar durch die Nachbarn als in einem Zentrum, wo eine Gruppendynamik entstehen wird. Deshalb wurde die Initiative eingeleitet. Die Unterschriften prasseln nur so rein. Die geforderte Unterschriftenzahl ist bereits übertroffen und die Initiative somit zustande

gekommen. Die SVP hofft auf eine baldige Abstimmung. Man erwartet nun vom Gemeinderat, dass er mit der Erteilung der Baubewilligung wartet, bis die Initiative entschieden ist.

Beat Tanner hat eine Frage zur Antwort 2 bezüglich Schulbildung. Ist man hier in Verhandlung mit dem Kanton, dass dieser die Kosten übernimmt. Redet man von pro Kopfbeiträgen oder von Vollbeiträgen?

Nach Lothar Sidler hat der Gemeinderat nicht die Bundespolitik zu lösen; er hat die Krienser Probleme zu lösen. Zum Asylzentrum wurden schon mehrere Vorstösse beantwortet. Der Gemeinderat hat mehrmals gesagt, dass die Ängste der Bevölkerung wahrgenommen und respektiert werden. Man hat auch schon mehrmals gesagt wie man damit umgehen will, damit die Ängste nicht real werden. Der Gemeinderat hat auch schon gesagt, dass so oder so Asylbewerber in Kriens sein werden. Im Zentrum sind Asylbewerber in der ersten Phase. Wenn das Asylheim nicht kommt, dann hat Kriens die Asylbewerber in der zweiten Phase. Jetzt muss entschieden werden, was Kriens will. Entweder die erste Phase, bei welcher die Asylbewerber anschliessend auf die Gemeinden verteilt werden oder in der zweiten Phase. Wenn die Volksinitiative zustande kommt, wird auch eine Antwort von der Bevölkerung kommen.

Zum Prozess in der zweiten Phase wurde richtig festgestellt, dass die Caritas die Wohnung sucht. Wenn nicht genügend Wohnungen gefunden werden, dann wird der Regierungsrat den Gemeinderat beauftragen, dass genügend Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das will man der Gemeinde nicht zumuten. Allenfalls muss man dann gemeindeeigene Liegenschaften zur Verfügung stellen was man ebenfalls nicht zumuten will. Die Kostenfrage ist noch nicht geklärt. Die Kinder werden alle in Emmen eingeschult. Kriens kommt erst dann zum Zug, wenn Emmen die Schulbildung nicht zur Verfügung stellen kann.

## **6. Bericht Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens**

**Nr. 315/12**

Martin Heini erteilt an den Postulant das Wort.

Nach Räto Camenisch ist das meiste bereits gesagt worden. Der Sprecher möchte auch die Sitzung nicht verlängern. Das Postulat ist in einer Phase entstanden, wo der Gemeinderat den Eindruck von Ratlosigkeit gemacht hat. Man wusste noch nichts, als es die Spatzen bereits von den Dächern piffen. Für den Postulant ist jetzt alles geklärt und dankt dem Gemeinderat.

Es erfolgt gemäss Lothar Sidler keine Ergänzung durch den Gemeinderat.

Gemäss Martin Heini liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

## 6a Beantwortung der dringlichen Interpellation Frey: Ergebnisse Investoren-Submission Teiggi-Areal Nr. 015/12

Die mündliche Beantwortung erfolgt durch Gemeindeammann Matthias Senn. Es wurde keine schriftliche Beantwortung vorgelegt, da die Interpellation sehr knapp eingereicht wurde und weil man sich im Moment in einem laufenden Verfahren befindet. Aus rechtlichen Gründen können keine Zahlen genannte werden.

Auf die erste Frage antwortete der Gemeindeammann, dass die Offerte beim Landpreis Teiggi höher ist als beim Mattenhof, was grundsätzlich erfreulich ist.

Zu Frage 3 wird erwähnt, dass im Richtplan Zentrum festgehalten wird, einen Gebäudeteil als Kulturobjekt zu erhalten. Weiter besteht ein politisches Risiko, da der Verkauf an der Urne bewilligt werden muss. Eine Verpflichtung für einen sozialen Wohnungsbau besteht nicht. Für behindertengerechtes Bauen gelten die kantonalen Richtlinien. Beim Gemeindehausareal ist man ebenfalls an der Vorbereitung einer Ausschreibung. Dort gibt es eine Verpflichtung für alters- und behindertengerechtes Wohnen

Im Vergleich zwischen Teiggi und Mattenhof kann man qualitativ folgende Aussage machen. Mit der Offerte Teiggi wurde eine Residualwertberechnung geliefert mit allen nötigen Parametern, welche bereits beim Mattenhof durchgeführt wurde. Für beide Areale wurde der gleiche Mietertrag pro Quadratmeter für Wohnen berechnet. Beim Mattenhof ist die Miete für Büroflächen höher als beim Teiggi-Areal die Miete für Atelierflächen.

Die grosse Differenz beim Landpreis kann mit den Kosten bei den Vorbereitungs- und Umgebungsarbeiten begründet werden. Diese sind beim Mattenhof deutlich höher, da man z.B. mehr Aufwand hat für die Pfählung und die Grundwassererhaltung. Auch die Kosten für die Erschliessung sind bedeutend höher. Beim Teiggi-Areal hat man bezüglich Erschliessung keinen besonderen Aufwand, anders als beim Mattenhof, wo der Bahnhofplatz der S-Bahn-Station realisiert und eine Lichtsignalanlage realisiert werden muss. Die Umgebung mit den städtischen Plätzen ist beim Mattenhof um Fr. 100.00 pro Quadratmeter höher gerechnet als beim Teiggi-Areal, wo eine normale Umgebung realisiert werden kann.

Beim Mattenhof hat man eine höhere Bruttorendite als beim Teiggi-Areal berechnet. Bei Bürobauten muss immer mit einem Leerstand gerechnet werden, dieses Risiko ist in der möglichen Maximalrendite einzurechnen.

Als Erkenntnis kann man sagen, dass beide Investoren mit ähnlichen Kennwerten gerechnet haben. Wenn der Verkauf Mattenhof abgelehnt wird, muss ein neuer Investor gesucht werden, was aufgrund der verschiedenen Landeigentümer nicht möglich sein wird. Wenn erwartet wird, dass ein neuer Investor mit einem höheren Landwert rechnet, dann muss dieser höhere Mietpreis kalkulieren und/oder mit niedriger Qualität im Ausbaustandart rechnen.

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Maurus Frey dankt dem Gemeinderat und wünscht eine kurze Diskussion. Der Gemeinderat hat gesagt, er liefere eine qualitative Aussage. Er hat jedoch rundherum geredet. In welchem Rahmen bewegt sich nun der Preis des Teiggi-Areals? Ist es das 3-fache oder das 4-fache? Diese Antwort wäre eine qualitative Aussage. Die Argumentationen wurden nicht ganz verstanden. Man hat gleich viel für Wohnungen jedoch mehr für die Büros im Mattenhof berechnet. Jedoch bekommt man mehr fürs Areal Teiggi. Wie ist das geregelt, da die Gemeinde ja zuständig ist für die Erschliessung?

Hans Gartmann kommt nicht ganz draus. Brauchen die Grünen die Informationen für die Abstimmung?

Gemäss Martin Heiz hat man nicht vom Wasseranschluss geredet, sondern von der Grundwasserhaltung. Das sind Welten.

Gemäss Matthias Senn hat man im Gemeinderat darüber diskutiert die Grössenordnung nicht preiszugeben. Es ist nicht das 3- bis 4-fache. Im Rahmen des Gestaltungsplans wird es Aufwendungen geben für die Eigentümerin. Der Radweg muss angepasst werden. Die Rampe kommt weg. Für die Haltung des Grundwassers braucht es Massnahmen.

## **7. Interpellation Portmann: Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle**

**Nr. 314/12**

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Portmann wünscht eine Diskussion. Im Initiativtext steht unter anderem, dass der Sonnenberg grün bleiben soll und dass auf eine Umzonung der Parzelle zu verzichten sei. Auch auf einen Verkauf der Parzelle südlich der Gabeldingenstrasse soll verzichtet werden. Was im Initiativtext steht, ist nichts anderes als eine unlautere Unterstellung gegenüber der Behörden. Da erweckt man beim Bürger das Gefühl, dass das Areal südlich von Gabeldingen kurz vor dem Verkauf steht. In der Antwort zur Frage 3 der Interpellation steht klar und deutlich, dass der Sonnenberg als Naherholungsgebiet nicht gefährdet sei. Auch die Einzonung unterhalb der Gabeldingenstrasse werde nicht in Betracht gezogen. Unter diesen Umständen wird an die Initianten appelliert, diese Initiative anstandshalber zurück zu ziehen! Da dieses Gebiet im gültigen Zonenplan als „Übriges Gebiet“ bezeichnet ist und den Bestimmungen der Landwirtschaftszone untersteht, ist aufgrund der Antwort auf Frage 1 die Initiative völlig unnötig. Für eine Einzonung der Parzelle in die Landwirtschaftszone hatten die Initianten keinen Mut. Also wurde diese Initiative aus Wahltaktischen Gründen lanciert und der Bürger wurde als Dumm verkauft.

Kathrin Graber als Mitglied des Initiativkomitees möchte zu Beginn der Ausführungen zu dieser Interpellation kurz zurückblenden:

Im Herbst 1999 entschied die Krienser Stimmbevölkerung in einer Volksabstimmung sehr deutlich, dass das Land auf dem Sonnenberg und unterhalb der Gabeldingenstrasse nicht umgezont und grün bleiben soll. Vor einem Jahr reicht die FDP ihren Vorstoss ein bezüglich Einzonung Gabeldingen. Diesen Vorstoss zog der Motionär allerdings auf der Menükarte des Weihnachtssessens zurück. Gleich zu Beginn dieses Jahres reicht die FDP erneut einen Vorstoss mit dem gleichen Ziel ein.

Dieser Rückblick zeigt, dass die Idee, dass das Gabeldingenland umzuzonen und zu verkaufen sei, damit ein Erlös erzielt werden kann, regelmässig und immer wieder aufkommt. Für die CVP/JCVP-Fraktion war es klar, dass gleich zu Beginn der erneuten politischen Diskussion über das Gabeldingenland Klarheit herrschen soll. Die Zukunft dieses Naherholungsgebietes mit einer Initiative mitzugestalten und den heutigen Zustand, das Grün in unserer Umgebung, zu erhalten, ist daher der richtige Weg. Abwarten, was politisch geschieht und erst das Referendum im Nachhinein zu ergreifen, wenn der Gemeinde bereits unnötige Planungskosten

entstanden sind, scheint keine gangbare Variante. Bei Standaktionen wurden innert kürzester Zeit die Unterschriften von 1305 Stimmberechtigten gesammelt, somit fast dreimal so viele Unterschriften als für das Zustandekommen der Initiative notwendig gewesen wären. Diese Stimmberechtigten bekannnten sich mit ihrer Unterschrift dazu, dass der Sonnenberg und auch die Grundstücke unterhalb der Gabeldingenstrasse grün erhalten bleiben sollen.

Der FDP-Vorstoss, der die Umzonung wollte, wurde nach der Lancierung unserer Initiative im Einwohnerrat kurz vor den Wahlen zwar abgelehnt – man geht davon aus, weil man sich in der politisch heissen Vorphase der Wahlen befand. Die SVP lobte den Mut der FDP, dieses Thema kurz vor den Wahlen aufzugreifen und zeigte in ihren Voten grosses Verständnis für eine Umzonung. Man könne sich durchaus vorstellen, auf dem Gebiet was zu realisieren. Vielleicht eine Villenzone, wie sie von der SVP her in einem Vorstoss gefordert wird? Wenn nicht am Sonnenberg, wo dann? Auch wenn der Vorstoss im Einwohnerrat noch in der alten Zusammensetzung abgelehnt worden ist, spukt diese Idee einer Umzonung und eines Verkaufs in den Politiker-Köpfen weiter. Die FDP sagte auf jeden Fall gegenüber den Medien nach Ablehnung dieses Vorstosses, dass sie sich überlegen will, das Anliegen trotzdem weiterzuverfolgen. Auch nach der Neuwahl des Einwohnerrates erwähnt die SVP oder die FDP seit der ersten ER-Sitzung im September die Einzonung oder den Verkauf dieser Gabeldingen-Grundstücke mindestens einmal an jeder Einwohnerratssitzung. Man kann also sicher nicht sagen, dass diese Initiative, wie von der SVP in ihrer Interpellation behauptet, überflüssig ist.

Aus der Interpellation der SVP geht hervor, dass sie die Initiative mit einer Ungültigerklärung am liebsten aus der Welt schaffen würde. Dieses Verhalten findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unerhört bei einer Partei, die sich Volkspartei nennt und das Volk vertreten will. Gerade die SVP, die sich immer darauf beruft, den Willen der Volksbasis zu vertreten, müsste sich bei einer Volksinitiative zurückhalten. Oder hat sie Angst bei dieser Initiative vom Entscheid der Stimmberechtigten? Dieses Vorgehen ist nicht demokratisch. Wenn die SVP solche Interpellationen schreibt, hat die SVP offensichtlich inhaltlich Mühe mit dieser Initiative und mit dem Erhalt des Naherholungsgebietes in der heutigen Form. Diese Initiative ist daher gerade auch vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Zusammenfassend kann man festhalten, dass nicht die Initiative überflüssig ist, sondern die vorliegende SVP-Interpellation.

Befremdet ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion über die Antwort des Gemeinderates. In seiner Antwort vertritt er nicht die Interessen der Gesamtbevölkerung, sondern äussert sich ausserhalb des für die Initiative vorgesehenen Verfahrens einseitig zur Volksinitiative. Damit ergreift er klar Partei für die Gegner der Initiative. Es ist nicht an ihm zu beurteilen, ob das Instrument Referendum oder Gemeindeinitiative politisch geeigneter ist. Selbstgefällig erscheint auch seine Aussage, eine Einzonung unterhalb der Gabeldingenstrasse werde nicht in Betracht gezogen. Es ist immerhin der Einwohnerrat bzw. die Bevölkerung und nicht der Gemeinderat, der über eine Umzonung entscheidet. Zudem blendet er offenbar die politischen Bestrebungen zumindest einer Partei aus. Aus der Beantwortung zu Frage 4 geht weiter hervor, dass der Gemeinderat die Initiative inhaltlich nicht versteht. Eben gerade am heutigen Zustand der Zone des Naherholungsgebiets soll nichts geändert werden. Die Initianten wollen, dass dieses Land nicht überbaut wird und grün bleibt.

Wie früher, als es um die Überbauung des Schlössli-Hogers ging, schöpft auch das Initiativkomitee alle demokratischen Mittel aus, die nötig sind, damit in den nächsten Jahren das Gabeldingen-Land grün bleibt. Die Haltung der SVP mit dem Einreichen dieser Interpellation, die Antworten des Gemeinderates auf die Interpellation und die Tatsache, dass das Gabeldingen Land von der SVP oder FDP mindestens einmal pro Einwohnerratssitzung diesen Herbst thematisiert wurde, zeigt, dass mit dieser Initiative das Naherholungsgebiet zu erhalten, eine wichtige Position bei dieser politischen Diskussion ausgeübt wird. Das Anliegen wird deshalb konsequent weiterverfolgt.

Alex Hahn namens der FDP-Fraktion erläutert, dass es eine Tatsache ist, dass das Land südlich der Gabeldingenstrasse seinerseits von der Gemeinde als Baulandreserve gekauft

worden ist und zwar mit der Zustimmung aller Parteien. Der Zweck dieses Kaufes war damals Reserven für allfällige Investitionen zu schaffen. Die heutige Bezeichnung „übriges Gebiet“ lässt die Umzonung in Bauland zu, wenigstens vorläufig. Zudem liegt die Siedlungsbegrenzungslinie am Sonnenberg im Bereich der Gabeldingenstrasse. Der übrige Sonnenberg soll als Naherholungsgebiet erhalten bleiben. Gesetzt der Fall, dass die Abstimmung zustande kommt und das Land definitiv in die Landwirtschaftszone zurückgeführt wird, dann hat die Gemeinde Kriens wirklich ein teureres „Gärtli“ gekauft. Dann fragt sich die FDP allerdings, woher die CVP das Geld beispielsweise für die Sanierung oder den Neubau des Altersheimes Grossfeld oder für andere Investitionen aufbringen will.

Grundsätzlich ist folgendes zu sagen. Die Betitelung der CVP-Initiative „Sonnenberg für alle“ ist irreführend. Sie suggeriert den Einwohnern eine Überbauung des ganzen Sonnenberges, was absolut nicht den Tatsachen entspricht. Die Sache ist unfair aufgezogen. Nachdem Gemeindepräsident Paul Winiker aufgezeigt hat, wie weit auseinander die Schere zwischen pro-Kopf-Verschuldung und Steuerkraft klafft, wäre es wichtig, neue, gute Steuerzahler nach Kriens zu bringen. Dazu könnte auch eine massvolle Überbauung schöner Gebiete beitragen wie eben das Gabeldingen.

Die FDP ist der Meinung, dass der Status des Landes südlich der Gabeldingenstrasse, also „Übriges Gemeindegebiet“, vorläufig unverändert beibehalten werden sollte. Bei Bedarf, also bei grösseren Investitionen der Gemeinde, soll aber darauf zurückgegriffen werden können. Allenfalls kann dann ein Einzonungsverfahren eingeleitet werden. Alle diese Feststellungen sind in der Beantwortung durch den Gemeinderat festgehalten. Die FDP bittet die CVP ihre Initiative „Sonnenberg für alle“ aus diesen Gründen zurückzuziehen.

Gemäss Mario Urfer war für die SP/JUSO Fraktion die Gemeindeinitiative alles andere als überflüssig. 1305 Krienser bekunden, dass sie das Land unterhalb der Gabeldingenstrasse nicht verbaut haben wollen. Im Rat wurde über dieses Thema wohl mehr als zur Genüge diskutiert. So unglücklich wäre es aber auch nicht, wenn es zu einer Volksabstimmung käme, dann hätte man einen klaren Volksentscheid. Nach dem Ortsplanungsverfahren wird es beim Status-Quo bleiben und das heisst, das Grundstück bleibt grün, zum Wohle unserer Perle der Krienser Lebensqualität, die Naherholung.

Erich Tschümperlin findet, das Gebiet soll erhalten bleiben. Er war erstaunt über das Argument, dass man das Land für die Einzonung gekauft hat. Nach dem Wissen des Sprechers wurde das Landwirtschaftsland zum Baulandpreis gekauft und es wurde gesagt, dass man das Land einzonen muss, da dies sonst teuer geworden wäre. Zum Argument Egoismus, auch wenn dort eingezont wird, können nicht alle dorthin, die wollen. Vielleicht sollte man mal einen Vorstoss über die Steuerkraft der Bewohner vom Sonnenberg einreichen. Die Leute die dort wohnen, wissen wie man Steuern optimiert. Erich Tschümperlin bittet die CVP die Initiative nicht zurückzuziehen. Der Souverän soll sagen was er will. So kann das Thema endlich zur Ruhe kommen.

Hans Gartmann fragt, wer damals schon im Rat vertreten war, als das Land gekauft wurde. Man hat der Bevölkerung 7 oder 8 Millionen Franken „verkauft“. Man gibt viel Geld aus, dass der Sonnenberg gesichert wird, dass er nicht überbaut wird. Man hat die Abstimmung gewonnen in der Annahme, dass die Einzonung erfolgt und dann verkauft wird und schlussendlich die Liegenschaft gratis ist. Der Titel der Initiative stört.

Räto Camenisch hat damals das Ganze miterlebt. Im Nachhinein fand ein Schildbürgerstreich statt. Dies muss man jetzt ausbaden. Aber wie? Es gibt die Möglichkeit der teilweisen Überbauung. Wenn man baut, sieht man nicht mehr nach Kriens. Auch wenn niedrige Häuser gebaut werden. Das ist für den Sprecher als langfristig denkender Mensch schade.

Gemäss Daniel Piazza ist es für die JCVP, welche die Initiative „Sonnenberg für alle“ zusammen mit der CVP mitinitiiert und Unterschriften gesammelt hat wichtig, dass das Anliegen so interpretiert wird, wie es seitens des Initiativkomitees gemeint wird. Man will niemand irreführen und niemandem etwas unterstellen. Es geht darum, den Fuss in die Türe zu halten, so dass die grüne Kuppe Sonnenberg grün bleiben kann, wie sie heute ist. Es ging um ein Signal. Um ein Zeichen, dass weite Teile des Volkes nichts am Status Quo beim Sonnenberg ändern wollen. Denn in den vergangenen Jahren sind immer wieder Ideen oder politische Vorstösse publik geworden, welche z.B. eine Villenzone, die Umzonung von Gabeldingen-Parzellen oder auch der Bau eines Seilparks mit Intensiv-Nutzung gefördert haben. Und dies obwohl bereits mehrmals Unterschriften für einen Grünen Sonnenberg als Naherholungsgebiet der Gemeinde Kriens eingereicht worden sind. Zuletzt war das im Jahr 2007 mittels einer Petition ebenfalls mit dem Titel „Sonnenberg für alle“ mit 473 Unterschriften und ein entsprechendes Konzept des Gemeinderates von 2008, deswegen der Name der Initiative da man niemand irreführen will, welches daraufhin vorgelegt wurde. Auch da hat es geheissen, dass der Sonnenberg als Naherholungsgebiet erhalten bleiben soll. Im Initiativtext heisst es deshalb:

*„Der Sonnenberg soll grün und für alle als Naherholungsgebiet erhalten bleiben. Auf eine ein- oder Umzonung sowie auf einen Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücken am Sonnenberg und insbesondere der Parzellen südlich der Gabeldingenstrasse sei daher zu verzichten.“*

Was also klar hervorkommt ist, dass man keine Umzonung will. Man will nichts ändern. Das übrigens im Unterschied zur Gemeindeinitiative „Meiersmatt: Wiese bleibt Wiese“, die explizit eine Rückzonung gefordert hat. Das Volk soll nicht nur sagen können was es will, sondern es soll auch sagen können was es nicht will. In der Vergangenheit gab es immer wieder Initiativen auf verschiedenen Ebenen, welche eine solche Zielsetzung verfolgt haben. Denkt man z.B. an die Minarett-Initiative, wo gefordert wurde, dass keine Minarette gebaut werden sollen. Dort hiess der Text der Verfassungsinitiative wörtlich *„Der Bau von Minaretten ist verboten“*. Genau gleich will man die teilweise oder ganze Überbauung von weiteren Sonnenberg-Parzellen verhindern. Am Status Quo hingegen will man dagegen nichts ändern. Die Initiative ist aus diesem Grund weder ungültig noch verfassungswidrig noch fordert sie eine Änderung des Zonenplans. Der Gemeinderat missversteht das Anliegen, wenn er bei der Annahme ein Ortsplanungsverfahren einleiten will. Das ist nicht nötig, was er in seinen eigenen Ausführungen zur Beantwortung der Interpellation Portmann als Reaktion auf eine Annahme der Initiative auch nicht ausschliesst.

Die Initiative ist ein Statement von 1'305 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass die Gemeinde Kriens weder Um- und Einzonungen noch Parzellenverkäufe vornehmen soll und den Sonnenberg für die Zukunft so erhalten will, wie er heute ist. Das ist übrigens ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für die Gemeinde. Ein Asset für die Zukunft von Kriens.

Nach Kathrin Graber gibt es ein paar Aussagen zum Ergänzen. Bereits 1999 war eine Volksabstimmung, wo es ein überparteiliches Komitee gegeben hat. Es resultierte ein positiver Abstimmungskampf. Im Zukunftsworkshop war ein wichtigstes Anliegen ein gutes Naherholungsgebiet. Man kann nicht sagen, dass diese Initiative überflüssig ist. Wenn die SVP dies sagt, dann nimmt sie die Bevölkerung nicht ernst. Es wurde gesagt, dass das Gebiet für Sozialen Wohnungsbau sein soll und das Land der Öffentlichkeit zugänglich sein soll. Zum Stichwort Egoismus. „Sonnenberg für alle“ ist ein Argument, dass der Sonnenberg nicht verbaut werden soll, sondern alle Nutzen und auf Kriens und andere Berge schauen können. Es ist vielmehr egoistisch, wenn man dort bauen soll und nur noch für wenige nutzbar ist. Dass man die Bevölkerung als dumm verkauft, stimmt auch nicht.

Gemäss Roger Erni ist das Gabeldingen nicht der Sonnenberg. Das Gebiet Mühlerain ist auch nicht das Gabeldingen. Wenn man nicht mehr bauen will, dann muss man gegen die Umzo-

nung Mühlerain sein. Der Sonnenberg ist oberhalb des Siedlungsgebietes. Wenn das Teiggi-Areal gekauft wird, getraut man nicht zu rechnen, was es dort herauszuholen gibt. Viele hier im Rat haben gebaut. Man will gar nicht wissen, wie diese dazu gekommen sind. Der Sprecher gönnt es jedoch jedem einzelnen.

Gemäss Matthias Senn ist es unüblich dass eine Initiative einen „Ist“-Zustand verlang. Normalerweise wird eine „Soll“-Zustand verlangt. Der Gemeinderat hat gefragt, wie das Verfahren ist, wenn die Initiative angenommen wird. Man hat gehört, dass man kein Ortsplanungsverfahren will. Gemäss Gemeindeordnung ist die Initiative überwiesen, wenn diese vom Einwohnerrat angenommen wird und kommt nicht vors Volk. Wenn man keine Ortsplanungsrevision will, dann soll man dies bei der Ortsplanung in der zweiten Lesung reinschreiben, dass man nicht umzont. Aus Sicht des Gemeinderates tritt man am selben Ort.

## **8. Postulat Kaufmann: Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd Nr. 003/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

## **9. Postulat Tanner: Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens Nr. 004/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats opponiert.

Nach Beat Tanner stellt der Gemeinderat den Antrag auf Ablehnung für die Forderung der Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens. Dass das Sozialdepartement als einer der Gründe die notwendige Anpassung gesetzlicher kantonaler Vorschriften angibt, erstaunt sehr. Offenbar beruft sich der Gemeinderat auf einen Bericht der NLZ, welcher eine Anpassung des Sozialhilfegesetzes als notwendig erachtet. Gemäss Auskunft des Rechtsdienst des Sozialdepartements des Kantons Luzern wären keine Anpassungen am kantonalen Recht notwendig. Dies wurde nach der Beantwortung dem Gemeindeglied auch zurückgemeldet. Nur mit der Generalvollmacht ist es möglich, dass der Sozialdienst die notwendigen Kontrollen bezüglich allfälliger Schwarzarbeit oder nicht deklarerter Vermögenswerte durchführen und Sozialhilfemissbrauch wirkungsvoll verhindern kann.

Mitarbeitende von Sozialämtern bestätigen, dass sie immer wieder Verdächtige haben, diese aber mangels Möglichkeiten nicht kontrollieren können wie z.B. Schwarzarbeit bei der Haushaltshilfe, Autoexport usw. Es stimmt, dass eine Mitwirkungspflicht seitens der Klienten besteht. Oftmals werden aber nicht alle Bankkonten, Einkommen und Vermögenswerte deklariert, vor allem solche, bei welchen die Schwarzarbeit nachweisbar wäre. Dies wäre auch im Interesse aller ehrlichen und kooperativen Sozialhilfebezüger, aber auch der Steuerzahlenden der Gemeinde Kriens. Immer mehr ist man der Auffassung, dass das Datenschutzgesetz Betrüger und Verbrecher schützt. Im Interesse aller ehrlichen und kooperativen Sozialhilfebezüger und den Krienser Steuerzahler soll der Überweisung des Postulats zugestimmt werden.

Gemäss Judith Mathis teilt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Ansicht des Gemeinderates und lehnt das Postulat Tanner ab. Kaum ein anderer Ausgabenbereich in den Gemeinden ist in den letzten Jahren so stark wie die wirtschaftliche Sozialhilfe ins öffentliche Interesse gerückt worden. Unzählige zusätzliche Kontrollmechanismen sind in der Zwischenzeit eingeführt worden.

Die Idee des Postulanten, eine Generalvollmacht zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten einzuführen scheint auf den ersten Blick verlockend zu sein. Sie würde jedoch aus verschiedenen Gründen nicht funktionieren. Da ist einmal die antragstellende Person, die sich in ihrer wirtschaftlichen Notlage an die Gemeinde wendet. Von dieser Person geht die Sprecherin nicht in erster Linie von einem Täter aus, der seine Verhältnisse nicht offen auf den Tisch legen will. Die professionelle Arbeit der Sozialbehörde basiert zu einem grossen Teil auf Beziehungsaufbau und Vertrauen zu den Klienten. Diese beiden Teile sind ein wesentlicher Faktor in der sogenannten sozialen Sicherheit. Sie führen dazu, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Klient und Fachperson überhaupt möglich wird. Diese Vertrauensbasis zum Klienten könnte kaum aufgebaut werden, wenn er zum vorneherein eine Generalvollmacht unterschreiben müsste und so unter den Generalverdacht käme, dass er etwas zu verheimlichen hätte.

Weil nach Volksmund Vertrauen gut ist und Kontrolle besser hat die Sozialbehörde nach § 11 und § 12 des kantonalen Sozialhilfegesetzes klare Grundlagen, um den Klient auf seine Mitwirkungs- und Auskunftspflichten aufmerksam zu machen. Bei Verweigerung der Mitwirkungs- und Auskunftspflicht hat die Sozialbehörde die Möglichkeit der Leistungskürzung oder in einem zweiten Verfahrensschritt sogar die Leistungseinstellung zu verfügen. Wenn Sozialhilfe unrechtmässig bezogen wird, erfüllt das den Tatbestand des Betrugs und wird strafrechtlich verfolgt.

Eine Generalvollmacht stösst auch klar an die Grenzen von Berufsgeheimnispflichten wie z. B. im medizinischen Bereich. Dort werden nur auf Grund von ganz konkret genannten Fachstellen und festgelegten Zeiträumen Auskunft erteilt bei vorliegender vom Klienten unterzeichneter Entbindung der Schweigepflicht und keinesfalls auf Grund einer allgemeinen Generalvollmacht. Aus den erwähnten Gründen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das vorliegende Postulat ab.

Gemäss Martin Heiz wird die SVP das Postulat unterstützen wenn gute Gründe dafür vorliegen. Was eher befremdet sind die 13 Seiten der Begründung. Man hat bezüglich den Begründungen eine Änderung vorgenommen, dass diese kurz und bündig sein müssen. Für den Sprecher ist diese Begründung keine mehr, sondern bereits ein Bericht, welcher sicher viele Stunden Zeit gebraucht hat. Es heisst immer, dass der Sozialvorsteher überlastet ist, aber wenn man diese Begründung sieht, stellt man fest, dass der Gemeinderat noch viele Ressourcen hat.

Nach Peter Fässler namens der SP/JUSO-Fraktion verlangt der Postulant, verbindlich von allen Bezüger von Sozialhilfe in Kriens eine schriftliche Vollmacht zur Informationsbeschaffung zu verlangen. Die SP/JUSO-Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, dass der Bezug von Sozialhilfe bundes- und kantonsweit genügend geregelt ist. Es bestehen klare Gesetze und Weisungen über die notwendige Informationsbeschaffung. Und es bestehen Sanktionsmöglichkeiten, falls Klienten der Informationspflicht nicht nachkommen.

Was soll also diese Vollmacht zur Informationsbeschaffung? Soll sie Missbräuche verhindern? Dazu gibt es sicher effizientere Mittel. Genügend personelle Ressourcen in den Sozialämtern zum ersten, allenfalls der Sozialinspektor für konkrete Verdachtsfälle. Die SP/JUSO-Fraktion ist auch gegen allfällige Unterstellungen, dass alle Bezüger von Sozialhilfe unrechtmässige Unterstützungen erschleichen wollen. Die statistischen Zahlen zeigen klar, dass dies nur bei einem kleinen Prozentsatz aller Bezüger der Fall ist. Die SP/JUSO-Fraktion wehrt sich

dagegen, Missbrauch bei Sozialhilfeempfängern mit Gesetzesmissbrauch vom Staat zu bekämpfen. Denn genau eine solche vom Postulant geforderte Regelung verstösst gegen die geltenden Gesetze. Aus diesem Grund lehnt die SP/JUSO-Fraktion vehement dieses Postulat ab.

Die Grünen/JG sind gemäss Bruno Bienz schon ein wenig überrascht, von diesem Vorstoss der FDP. Zum einen predigen sie seit Jahren gemäss Zitat aus Homepage: „*Aus Liebe zur Schweiz, absurde Bürokratie stoppen. Wir Liberalen wollen einfache Regeln sowie transparente und einfache Verfahren. Unnötige Verbote, Bevormundung, Bürokratie und die Beschwerdeflut sind uns ein Dorn im Auge*“. Dieser Slogan wird anscheinend von der FDP nicht in jedem Bereich gelebt! Denn dieser Vorstoss geht in genau diese Richtung. Es wäre angebracht gewesen, die heutigen Abläufe beim Sozialamt Kriens nachzufragen. So wäre dieser Vorstoss unnötig gewesen. Das heutige Zwei-Stufige Verfahren gewährleistet ohne grossen administrativen Aufwand eine saubere Abklärung mit allen notwendigen Schritten. Heute wird vom Antragssteller von allen seinen Konten die Auszüge verlangt. Vollmachten werden im Einzelfall schon heute gezielt eingeholt, wenn dies notwendig wird. Wenn er diese nicht vorlegen will, wird gar nicht auf das Gesuch eingetreten oder die Bezüge werden gekürzt. Eine Auszahlung erfolgt erst, wenn alle Unterlagen vorliegen. Wie in allen Bereichen ist sonst eine Sanktion über den Geldbeutel am wirksamsten. Wenn ein schwarzes Konto auf irgend einer Bank besteht, ist es auch mit der Vollmacht nicht möglich, dieses ausfindig zu machen. Denn eine Blankovollmacht ist juristisch nicht zulässig. Das Bundesgericht hat die Möglichkeiten einer solchen Vollmacht aufgezeigt. So kann nicht aufs Geratewohl hin bei einer Bank oder Versicherung Auskunft verlangt werden. Diese Einrichtungen müssen auf der Vollmacht genau bezeichnet werden. Das bräuchte schon im Vorfeld viele Personalressourcen. Zudem kann der Klient diese Vollmacht jederzeit widerrufen.

Diese Vollmacht generiert daher viele administrative und personelle Kosten, da diese Vollmacht konsequenterweise ja auch bei allen korrekt vorgehenden Klienten eingeholt werden muss. Und gerade diese beiden Ressourcen sind in Kriens ja bekannterweise sehr knapp. Und ob mit oder ohne Vollmacht; wenn ein Klient nicht kooperiert, verstösst er gegen die Mitwirkungspflicht und kann und wird sanktioniert werden. Das Sozialamt von Kriens ist bekannt für seine konsequente, rigorose Haltung. Falls es dem Postulant wirklich ernst ist mit einem guten Intake-Verfahren, wäre der Sache besser gedient, die Personalressourcen anzupassen und diese für rechtliche Fragestellungen wie Sozialversicherungsfragen, Unterhaltsfragen und Zuständigkeitsfragen einzusetzen.

Noch zum Schluss eine ketzerische Frage: Würde die FDP auch eine solche Vollmacht bei den Steuern unterstützen? Die Grünen/JG würden dann den Vorstoss schon machen. Die Grünen lehnen einstimmig dieses Postulat aus den genannten Gründen ab.

Räto Camenisch fühlt sich etwas zurückversetzt in eine Diskussion, welche vor 6 Jahren stattgefunden hat. Peter Portmann hat damals den Sozialinspektor gefordert. Der damalige Sozialvorsteher hats fast ab dem Stuhl geschlagen. Mittlerweile arbeitet der Emmer Sozialinspektor für die Gemeinde Kriens. Er hat bereits 21 Fälle aufgedeckt.

Bevor Lothar Sidler etwas zur Sache selbst erläutert, nimmt er Stellung zum Votum von Martin Heiz. Die Begründung selbst umfasst zwei Seiten. Die restlichen Seiten sind Beilagen als Information. Zweitens wurde richtig festgehalten, dass die Begründungen kurz ausfallen müssen. Wenn die Überweisung durch den Gemeinderat erfolgt, sind diese sehr kurz. Wenn der Gemeinderat gegen eine Überweisung ist, ist man verpflichtet zu sagen, wieso keine Überweisung erfolgen soll und diese fallen dann etwas ausführlicher aus. Diese Begründung hat der Sprecher in seinen Herbstferien bearbeitet.

Bezüglich des Sozialinspektors hat sich der vorgängige Sozialvorsteher gewehrt, der Sprecher jedoch nicht, da er dies als Sinnvoll erachtet. Zum Prozess der Sozialhilfe. Wenn jemand Sozialhilfe beziehen will, muss er ein Formular ausfüllen. Bevor dies nicht vollständig ausgefüllt ist, kommt es zu keinem Bezug. Zuerst müssen die Inakte 1 und 2 durchlaufen werden. Der Antragsteller muss sage, welche Konten und welche Vermögen vorhanden sind. Das Sozialamt hat ein Informationsrecht. Es kann alles überprüft werden. Diese Überprüfungsmöglichkeit reicht, um zu beurteilen, ob jemand Anspruch hat auf WSH.

Zur Generalvollmacht äussert sich Lothar Sidler, dass man sich darüber unterhalten muss, was für Vollmachten man will. Will man eine verfassungswidrige oder eine verfassungsmässige Vollmacht? Wenn man sich für eine verfassungswidrige Vollmacht entscheidet, ist die Situation so, dass man mehr will als das Gesetz für notwendig erachtet. Diese wird aber vor Bundesgericht abgeschmettert. Die Berner Vollmacht kann als verfassungsmässig betrachtet werden und ist auf dem Internet herunterladbar. Wenn man diese anschaut, sieht man, dass sie mit der Krienser ziemlich identisch ist. Die Generalvollmacht darf verlangt werden, diese darf jedoch jederzeit widerrufen werden. Wenn jemand das System austricksen will, dann wird diese Person die Vollmacht widerrufen. Jemand der nichts zu verstecken hat, der wird sie nicht widerrufen.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulates Tanner: „Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens (Nr. 004/12)“**  
Das Postulat wird mit 16:13 Stimmen nicht überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

## **10. Interpellation Urfer: Erlen - kein denkmalgeschütztes Gebäude Nr. 322/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **11. Interpellation Tanner: Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien Nr. 326/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **12. Fragestunde**

Auf die Fragestunde wird aus Zeitgründen verzichtet.

## **13. Verabschiedung Toni Bründler (SVP)**

Martin Heini bittet Toni Bründler nach vorne.

Toni Bründler hat den Rücktritt von seinem Mandat als Einwohnerrat Kriens eingereicht. Mit ihm tritt ein eigentliches Urgestein des Rates und der SVP ab der politischen Bühne. 1996 war er, zusammen mit Martin Heiz, als erster SVP-Politiker in den Rat eingetreten. Ein Jahr zuvor war er Gründungsmitglied der SVP Kriens und auch deren Kassier. Von September 1996 ist bis Ende 2002 war Toni Bründler im Einwohnerrat, hat dann pausiert, und ist im September 2008 zurückgekehrt. In der Baukommission brachte er sein bautechnisches Wissen zwischen 2000 und 2002 ein. Seit 2008 war er Mitglied in der USK und zwischendurch auch Mitglied der KiZ. Im Einwohnerrat hielt er eigentlich nur kurze, prägnante Reden. Zudem hatte er eine grosse Präsenz, gemeint ist damit, dass er kaum einmal, wenn überhaupt, an einer Ratssitzung gefehlt hat. Offensichtlich hält sich Toni Bründler sehr viel draussen auf. Ein echter Naturbursche. Er ist viel in seinem Wald anzutreffen, er kennt jeden Winkel und beobachtet Flora und Fauna, auch die ungebetenen Gäste wie Neophyten oder exotische eingeschleppten Käfer. Seine grosse Leidenschaft war und ist das Bauen, Hegen und Pflegen. Sein Haus und sein Garten geben ihm immer wieder zu tun. Richtig Handwerken und Anpacken, das liegt ihm. Nicht im Traum, sondern in seinem Garten hat er sogar einen Holzofen zum Brotbacken aufgebaut. Und jetzt, wo Schnee liegt, wird er sich wieder auf die Skier schwingen. Langweilig wird es ihm wohl nicht. Und wenn es doch so käme, schlägt der Sprecher vor, dass Toni Bründler immer noch die Obernauer Wetterschmöker gründen. Wegen der finanziellen Lage der Gemeinde Kriens verzichtet Toni Bründler auf ein Abschiedsgeschenk.

Martin Heini wünscht dem abtretenden Einwohnerrat für die Zukunft alles Gute!

Toni Bründler dankt dem Einwohnerratspräsident für diese schönen Worte. Er wurde bereits zweimal verabschiedet. Das Erste Mal ziemlich genau vor 10 Jahren. Und heute ist seine Verabschiedung als 13. Traktandum aufgeführt am 13. Dezember 2012. Doch der Sprecher beruhigt, dass er nicht abergläubisch ist. Toni Bründler erwähnt, dass er bereits bei 12 Budgetdebatten mitarbeiten durfte. Wenn die Budgets jeweils so rassig behandelt werden wie heute, dann wird es gut rauskommen. Für ihn selber kam das dies aber etwas zu früh. Die

Arbeit wurde für den Sprecher im Rat etwas zäh und hat darum die Entscheidung zur Demission getroffen.

Toni Bründler wünscht allen alles Gute, schöne Festtage und weiterhin gute Sitzungen.

Das zweite Mal in seinem Leben wird Toni Bründler unter Applaus aus dem Einwohnerrat verabschiedet.

## Schluss

Martin Heini bedankt sich für die speditive Mitarbeiter. Das ganze ging sehr schnell über die Bühne. Die Sitzung war quasi eine Punktlandung, auch wenn zwei Traktanden abtrakandiert wurden. Denn man hatte anstelle dieser beiden Vorstösse, zwei dringliche Vorstösse zu behandeln.

Der eingangs der Sitzung erwähnte Wunsch hat sich erfüllt. Der Sprecher hofft, dieser bleibt auch so bis zur Abstimmung am 3. Februar 2013.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 31. Januar 2013, um 13:30 Uhr angesagt.

Martin Heini wünscht allen frohe Weihnachten, gute Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2013.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im schutzwürdigen Gebäude Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung schliesst um 19.10 Uhr.

\*\*\*\*\*

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

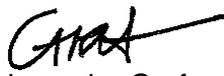
Der Einwohnerratspräsident:

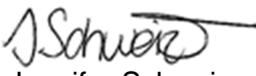
  
Martin Heini

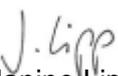
Der Gemeindeschreiber:

  
Guido Solari

Die Protokollführerinnen:

  
Alexandra Graf

  
Jennifer Schweizer

  
Janine Lipp